

KLASSEN FRAGEN

ZEITSCHRIFT FÜR KOMMUNISTISCHE DEBATTE & POLITIK

Ausgabe 02 / Oktober 2026

Editorial

Der Imperialismus, Schwerpunkt unserer ersten Ausgabe, drängt zum Krieg. Die Aggression gegen das sozialistische Kuba wurde weiter eskaliert bis hin zur offenen Kriegsdrohung durch die USA. Die menschenverachtende Politik gegen das – trotz aller Bedrängung – selbstbewusst widerständige kubanische Volk ist eine Ausprägung des Imperialismus. Im Nahen Osten weitet sich der Angriffskrieg der USA und Israels gegen den Iran auf den Libanon, die Golf-Staaten und den Jemen aus, während das Morden der israelischen Armee in Gaza weitergeht. Hier mischt auch der deutsche Imperialismus mit, unterstützt das kriegführende israelische Apartheidregime und liefert Waffen an Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate, mit denen diese in den Krieg in Jemen eingreifen.

In Deutschland wird die Militarisierung weitergetrieben und ein umfassender Klassenkampf von oben geführt. Die Rekord-Aufrüstung soll mit Rekord-Sozialabbau finanziert werden. Dagegen zeigen sich erste zarte Pflänzchen des Widerstands. Die Gewerkschaften mobilisierten zu bundesweiten Protesten gegen den geplanten Sozialabbau. Der Zusammenhang von Sozialabbau und Aufrüstung, von vielen Kolleginnen und Kollegen mittlerweile erkannt, blieb in den offiziellen Reden jedoch eine auffällige Leerstelle. Unklar blieb auch, gegen wen sich die Proteste richten: fehlgeleitete Politiker und unfähige Manager? Hier tut Orientierung durch KommunistInnen Not, denn Klassenkampf hat einen Gegner: die Kapitalistenklasse, in unserem Fall die deutsche. Dabei ist die Forderung nach Kooperation mit China und Russland wenig hilfreich als Aktionslosung für

die Arbeiterklasse – sie suggeriert eine Wirtschaft zum gegenseitigen Vorteil im Kapitalismus, als ließen sich Konkurrenz und Profitstreben einfach abschalten. Die Realität sieht für viele Kolleginnen und Kollegen insbesondere in der Industrie anders aus: Wirtschaftliche Kooperation mit China unter Bedingungen kapitalistischer Produktion bedeutet Rationalisierung, Standortverlagerung, Streichung von Arbeitsplätzen hier, weil der Preis der Ware Arbeitskraft dort niedriger ist. Dagegen hilft nur Klassenkampf – hier wie dort.

Das Ringen um ein klares Verständnis vom Sozialismus ist unverzichtbar, um uns weiterentwickeln und stärken zu können, um als kommunistische Partei zu bestehen.

Vor allem die Jugend macht Hoffnung durch ihren anhaltenden Widerstand gegen die Wehrpflicht. Dass die SDAJ hierbei eine große Rolle spielt, demonstriert, wie sich konsequente, auf marxistische Analyse gestützte Arbeit in der Praxis bewährt. In den Schulstreiks die Forderung nach einer „Regierung des Friedens“ (auch wenn sie jetzt „gesellschaftliche Machtoption“ heißt) zu verbreiten, schürt Illusionen in die vermeintliche Friedfertigkeit bürgerlicher Regierungen, statt auf den gemeinsamen Kampf der Arbeiterklasse zu orientieren. Der Begriff „Machtoption“ stammt aus der bürgerlichen

Politikwissenschaft, wo er vor allem für Spekulationen über Regierungskonstellationen – mit oder ohne PdL oder AfD – dient. Warum bedienen wir uns solch schwammiger Begriffe? Warum sprechen wir nicht weiterhin von „Revolution“ statt von „gesellschaftlicher Machtopposition“?

Im Editorial der ersten Ausgabe schrieben wir: „Wir wollen Debatten und Kontroversen anstoßen.“ Dabei bleiben wir und danken allen Leserinnen und Lesern für die vielen Zuschriften, die uns erreicht haben, für die Kritik, für die Anregungen und Ermutigungen, für den Widerspruch und die Angebote zur Unterstützung. Wir nehmen all das als Ansporn, in *Klassenfragen* die streitbare Diskussion unter Marxistinnen und Marxisten fortzuführen.

Die Parteiführung äußerte leider nur formale Kritik an unserem Projekt und ließ uns über die Bezirke auffordern, die Zeitschrift einzustellen. Eine inhaltliche Begründung, um die wir mehrfach baten, blieb aus. Wir gehen darauf in diesem Heft mit einer Erklärung der Herausgeber ein.

Wie nötig *Klassenfragen* ist zeigte auch die im Juni veranstaltete Imperialismus-Konferenz der DKP. Unsere Zeitschrift war – was uns freut – für manche dabei eine hilfreiche Handreichung, die Kontroversen besser nachvollziehbar machte. Offiziell war diese Konferenz als Diskussionsauftakt angelegt. Wir vermissen allerdings die strukturierte Aufarbeitung der wichtigsten Diskussionspunkte im Nachgang zur Veranstaltung. So wurde auf der Konferenz Widerspruch zu zentralen Thesen geäußert, u.a. zur Gleich-

setzung von Imperialismus und G7/Räuber anstatt Imperialismus als Weltsystem zu begreifen, dessen Gesetzmäßigkeiten sich durch das Handeln der Akteure hinter ihrem Rücken durchsetzt. So wird Imperialismus zur Politikvariante, mit Konsequenzen für die Strategie unserer Partei: wenn man Imperialismus auch „abwählen“ kann, ist die Losung einer „Regierung des Friedens“ durchaus folgerichtig. Wir hoffen, dass der PV seiner Verantwortung nachkommt, diese Diskussion strukturiert weiterzuführen. Wir sind jedenfalls entschlossen, mit *Klassenfragen* die notwendige Debatte anzuregen.

Schwerpunktthema dieses Heftes, die zweite Ausgabe der *Klassenfragen*, ist der Sozialismus. Die Zuspitzung der Widersprüche des Kapitalismus in seinem letzten Stadium bereitet vor und drängt dahin, dass diese Gesellschaftsformation durch die des Sozialismus abgelöst wird. Unser Verständnis des Sozialismus ist geprägt dadurch, dass er Antwort auf diese Widersprüche ist – bestimmte Negation des Kapitalismus. Unsere Aufgabe als Kommunisten in diesem Land ist es, die sozialistische Revolution von morgen in den Kämpfen von heute vorzubereiten. Das Ringen um ein klares Verständnis vom Sozialismus ist unverzichtbar, um unsere Aufgabe als Avantgarde wahrnehmen zu können – und das heißt: uns weiterentwickeln und stärken zu können, um als kommunistische Partei zu bestehen.

Der Herausgeberkreis

*

Inhalt

Editorial.....	1
Vorwort der Redaktion	4
Notwendige Aufarbeitung unseres Erbes.....	5
Was ist Sozialismus?	8
Sozialismus am Sankt Nimmerleinstag?	12
Zu einigen Begriffen: Übergangsperiode, Sozialismus und Kommunismus.	14
Die NÖP-Legende.....	17
Konträre Konzepte: Markt vs. Plan.....	25
Erfahrungen aus den Klinikstreiks für Entlastung in NRW	27
Die große Neuetikettierung	32
Kuba, (k)ein Beispiel für Selbstbefreiung?	38
Kuba: Markt contra Emanzipation.....	43
Chinas Kapitalexporte	46
Uwe Behrens: Drei Bücher über China – und was man davon lernen kann	51
Materialistische Geschichtsschreibung.....	54
Antwort auf eine Zuschrift von Jörg Lang	57
Stellungnahme der Herausgeber von »KlassenFragen«.....	60
Briefwechsel zwischen Hans-Peter Brenner und Hans Heinz Holz.	62

Impressum

KLASSENFRAGEN

Zeitschrift für kommunistische Debatte und Politik

ist eine periodisch erscheinende Publikation.

Herausgeber

Arbeitskreis KlassenFragen:

Jan Meier · Jürgen Lloyd · Lucas Zeise · Maxi Meyer

www.klassenfragen.org

Kontakt: kontakt@klassenfragen.org

Abonnieren unter <https://www.klassenfragen.org/abonnieren>

V.i.S.d.P.: Jürgen Lloyd · Viktoriastr. 109 · 47799 Krefeld

Vorwort der Redaktion

In dieser Ausgabe #2 beschäftigen wir uns schwerpunktmäßig mit dem **Sozialismus**. Der Sozialismus steht nicht nur als fernes Ziel in unserem Programm, sondern ist die Aufhebung der kapitalistischen Widersprüche und daher die Leitschnur, nach der wir in die heutigen Kämpfe eingreifen.

In der Chinadebatte der vergangenen Jahre wurde immer auch über unsere Sozialismusvorstellungen diskutiert, wenn auch nicht explizit und organisiert. Zur Strukturierung der Debatte und zur Transparenz der Positionen und Widersprüche wollen wir mit dieser Ausgabe einen Beitrag leisten.

Was unterscheidet eine kommunistische Partei von einer Partei, die nur für bessere Verhältnisse innerhalb des bestehenden Systems kämpft? Der Beitrag „*Sozialismus am Sankt Nimmerleinstag?*“ zeigt, wie entscheidend der Sozialismus als Ziel und Richtschnur für den Charakter der Partei und die Strategie und Taktik in den täglichen Kämpfen ist. In „*Was ist Sozialismus?*“ wagen Georg Fülberth und Lucas Zeise sich an die Definition der Grundzüge des Sozialismus. „*Übergangsperiode, Sozialismus, Kommunismus*“ bringt Klarheit in Begriffe, deren Unschärfe nicht folgenlos ist: Wer diese Phasen nicht unterscheidet, kann jede beliebige gesellschaftliche Wirklichkeit als Sozialismus bezeichnen.

Paul Rodermund arbeitet in „*Notwendige Aufarbeitung unseres Erbes*“ heraus, wie entscheidend eine Niederlagenanalyse für unser Sozialismusverständnis ist und welche Aufgaben vor der DKP liegen. Einen kleinen Beitrag zur Aufarbeitung unserer Geschichte leistet die „*NÖP-Legende*“, in der Olaf Peters mit gängigen Vorurteilen und Fehlschlüssen aus der Geschichte der jungen Sowjetunion aufräumt. Er charakterisiert die NÖP als eine Erscheinung der Über-

gangsperiode in der SU, die nicht als marktsozialistische Blaupause für kommende Anläufe zum Sozialismus herhalten darf. Dass Markt und Plan keine neutralen Instrumente sind, zwischen denen man pragmatisch im Aufbau des Sozialismus wählen kann, reißt Jürgen Lloyd in „*Konträre Konzepte: Markt vs. Plan*“ an.

Kein Heft über Sozialismus, ohne sich mit Kuba zu beschäftigen. Tomke Blotekamp wirft in „*Markt contra Emanzipation*“ einen Blick auf die Auswirkungen von Blockade und Marktformen in Kuba auf die Gleichstellung der Frau und andere Errungenschaften der Revolution. Sie betont, dass es auch an uns liegt, ob die kubanische Revolution überlebt oder nicht.

In „*Kuba, (k)ein Beispiel für Selbstbefreiung?*“ macht Tobias Kriele deutlich, wie wenig hilfreich es ist, die antikoloniale Befreiungsgeschichte Lateinamerikas entlang ethnischer Linien zu erzählen und Sklaverei und Klassenkämpfe dabei auszublenden. Dagegen zeigt er, dass die kubanische Befreiungstradition seit dem 19. Jahrhundert den Kampf gegen Kolonialismus, Sklaverei, Rassismus und patriarchale Unterdrückung miteinander verband und Kubas Widerstand auch heute von weltweiter Bedeutung ist.

Wie müssen wir kämpfen, damit die Arbeiterklasse von einer Klasse an sich zu einer Klasse für sich werden kann? Mit dieser Frage beschäftigt sich Jurek Macher in der *Analyse der Entlastungsstreikbewegung in NRW*, die in den letzten Jahren deutsche Gewerkschaftsgeschichte schrieb. Er schildert, wie Beschäftigte, die als Subjekte ihres eigenen Arbeitskampfes auftreten, mehr gewinnen als nur bessere Personalschlüssel.

Den theoretischen Abschluss des Heftschwerpunkts bildet die Auseinandersetzung mit Domenico Losurdos Schriften und Beiträgen. Franz Leo kommt in „*Die große Neuetiket-*

tierung" zu dem klaren Schluss: Losurdos Einfluss ist desorientierend für die Klärung der Geschichte der kommunistischen Bewegung.

Im zweiten Teil des Heftes knüpfen wir mit Analysen und Rezensionen an die erste Ausgabe zum Imperialismus an.

Wir veröffentlichen den zweiten Teil der *Analyse chinesischer Kapitalexporte* von Markus Bernd, der die chinesische Kreditvergabe und Kapitalexporte in ihrem globalen Zusammenhang betrachtet. und rezensieren die *China-Bücher von Uwe Behrens* sowie „*Socialism Betrayed*“ von Roger Keeran und Thomas Kenny.

Im Abschnitt „Debatte“ antworten wir auf die umfangreiche *Zuschrift des Genossen Jörg Lang* zu unserem ersten Heft und versuchen Differenzen und Gemeinsamkeiten aufzuzeigen.

Den Abschluss bilden zwei Texte in eigener Sache. In der *Stellungnahme der Herausgeber* begründen wir einmal mehr, warum wir die Herausgabe der KlassenFragen für alternativlos und unsere Pflicht halten und was den Anstoß zu dieser Initiative gegeben hat. Wir dokumentieren abschließend einen *Briefwechsel aus dem Jahr 2005*, dessen Schlussfolgerungen wir uns nur anschließen können.

*

Notwendige Aufarbeitung unseres Erbes

Zur Diskussion um den Sozialismus als Zukunftsentwurf

von Paul Rodermund

Die Unzufriedenheit über die Krisenerscheinungen des bestehenden kapitalistischen Systems ist groß, das Vertrauen in eine Alternative jedoch gering. Es braucht deshalb einen sozialistischen Zukunftsentwurf, der Menschen überzeugen und hinter sich vereinen kann. Anders gesagt: eine aktualisierte und in sich schlüssige Theorie des Sozialismus ist eine wesentliche Aufgabe des ideologischen Klassenkampfes unserer Zeit.

Die Niederlagenanalyse

Das Parteiprogramm liefert bei der Beschreibung grundlegender Merkmale des Sozialismus einen sehr brauchbaren Rahmen.¹ Anders verhält es sich mit der Niederlagenanalyse.² Zwar werden innere und äußere, ökonomische, politische, ideologische, objektive und subjektive

Ursachen benannt, eine systematische Erklärung ihrer Zusammenhänge fehlt jedoch. Notwendig wäre zwischen Ursache, Wirkung und Erscheinungsform zu unterscheiden.

Die Charakterisierung des sowjetischen Sozialismus im Parteiprogramm als „administrativ-zentralistisch“, zu unflexibel für technischen Fortschritt und geprägt von einer „staatliche Durchdringung aller Bereiche der Gesellschaft“ durch die die Eigeninitiative gehemmt worden sei ist mindestens so missverständlich wie die dort benannten Verletzungen von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie durch Repression und Massenverfolgung.

Zentralismus und staatliche Planung stehen nicht grundsätzlich im Widerspruch zu Flexibilität, Innovation oder Eigeninitiative. Entschei-

¹ Vgl. Parteiprogramm der DKP, Abschnitt „Das sozialistische Ziel“, S. 21-24.

² Vgl. Parteiprogramm der DKP, Abschnitt „Ursachen der Niederlage“, S. 24-28.

dend ist vielmehr, welche Formen gesellschaftlicher Eigeninitiative gemeint und welche politisch wünschenswert sind. Auch die Repressionen in der Sowjetunion müssen historisch konkret untersucht werden: Welche Bedrohungen und Konflikte bestanden, welche Maßnahmen waren politisch begründet oder falsch und welche Alternativen gab es? Eine solche Differenzierung relativiert Verbrechen nicht, sondern ist Voraussetzung dafür, ihre Ursachen zu verstehen und ihre Wiederholung zu verhindern.

Auffällig ist vor allem, dass in der Niederlagenanalyse des Parteiprogramms subjektive Faktoren stark hervorgehoben werden, während ökonomische Fehlentwicklungen und die Widersprüche zwischen Planung und Markt unzureichend untersucht werden. Eine materialistische Niederlagenanalyse müsste aber gerade die Veränderungen der ökonomischen Basis in den Blick nehmen. Die zunehmende Bedeutung von Marktmechanismen ist dabei nicht neutral: Sie trug zur Herausbildung bürgerlicher Kräfte und bürgerlichen Bewusstseins bei.

In ihrer jetzigen Form liest sich die Niederlagenanalyse deshalb teilweise wie eine bürgerliche Kritik des Realsozialismus. Sie bleibt bei einem Potpourri potentieller Fehler stehen, statt die objektiven Widersprüche zu erklären, die zu ihrer Entstehung und schließlich zur Niederlage geführt haben. In diesem Abschnitt wäre also eine Überarbeitung geboten.

China und der Sozialismus

Während die Niederlagenanalyse aber in der aktuellen Diskussion sträflich vernachlässigt wird, steht im Rahmen der Chinadebatte eine grundlegende Veränderung unserer Sozialismuskonzeption im Raum. Hier liegt eine entscheidende Gefahr.

Ein Beispiel: Das Parteiprogramm formuliert, dass sich die sozialistische Gesellschaftsordnung auf das gesellschaftliche Eigentum an allen wichtigen Produktionsmitteln, den Finanzinstituten und Naturressourcen „gründet“.³ Im Zuge der Chinadebatte wurde gesellschaftliches Eigentum dagegen ausdrücklich auf eine „entwickelte“ Phase des Sozialismus verschoben. Auch Patrik selbst hat mit Bezug auf das Sozialismusreferat der SDAJ benannt, dass er die benannte Formulierung im Parteiprogramm nicht teilt. Gleichzeitig wird in Referaten des Parteivorstands die Notwendigkeit betont, Bourgeoisie, Markt und Profitprinzip kontrolliert in die Produktivkraftentwicklung des im Aufbau befindlichen Sozialismus einzubeziehen⁴.

In der jüngeren Vergangenheit wurde das Sozialismusverständnis des Parteiprogramms vermehrt indirekt durch entsprechende programmatische Aussagen in Frage gestellt. Nötig wäre hingegen ein Offenlegen der Kontroverse und das Organisieren einer strukturierten Debatte.

Die Aussage im Programm besagt in erster Linie, dass das gesellschaftliche Eigentum das

³ Parteiprogramm der DKP, Abschnitt „Das sozialistische Ziel“, S. 21.

⁴ Siehe bspw. das Referat „Probleme beim Aufbau des Sozialismus nach der proletarischen

Revolution“: „Vom Kapitalismus lässt sich ja lernen, dass es ihm gelingt Teile der Arbeiterklasse zu integrieren oder Unterdrückung so zu verpacken, dass sie nicht als solche Empfundene wird. Integration einer

bestimmende Produktionsverhältnis der sozialistischen Gesellschaft ist, auch bei fortbestehenden anderen Eigentums- und Übergangsformen. Entscheidend ist daher nicht, ob Waren, Wert, Markt oder begrenztes Privateigentum existieren können, sondern welche Eigentums- und Machtverhältnisse die Entwicklung bestimmen und welche Rolle und Wirkung Markt und Privateigentum im Sozialismus entfalten.

Für die Programmdebatte droht eine problematische Verallgemeinerung historischer Erfahrungen.

Das wäre der Fall, wenn dabei Erfahrungen des Realsozialismus nicht als Gegenstand einer offenen Untersuchung genutzt, sondern zur nachträglichen Legitimation einer bestimmten politischen Position herangezogen werden. Die Darstellung beispielsweise, DDR und Sowjetunion seien aufgrund ihrer Planwirtschaft ökonomisch am Ende gewesen, ist eine Legende bürgerlicher Ideologie, die unter der Fahne des „Marktsozialismus“ allerdings Eingang in die Diskussion unter Kommunistinnen und Kommunisten gefunden hat.

Das ist auch der Fall, wenn unsere marxistischen Begriffe und Definitionen an die chinesische Realität angepasst werden, weil man überzeugt ist, dass China den Sozialismus aufbaut. Das hat wenig mit einer wissenschaftlichen Debatte zu tun.

Bisher bietet das Parteiprogramm hierzu eine klare Orientierung: Den Kapitalisten müssen die entscheidenden Produktionsmittel genommen und damit die Möglichkeit beseitigt werden, die Gesellschaft der Profitlogik zu unterwerfen. Diese zielgerichtete Umwälzung der

Produktionsverhältnisse ist Aufgabe der Übergangsperiode zum Sozialismus, die mit der Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten beginnt und mit der Durchsetzung der sozialistischen Produktionsverhältnisse ihren Abschluss findet.⁵ Darauf „gründet“ sich dann die sozialistische Gesellschaft, die ohne sozialistische Produktionsverhältnisse, die den Wesenskern des Sozialismus ausmachen, eben (noch) keine ist. Marktmechanismen, Privateigentum und Profitprinzip sind keine neutralen Instrumente, die unter Führung einer kommunistischen Partei beliebig für den Aufbau des Sozialismus eingesetzt werden können.⁶ Sie reproduzieren kapitalistische Klassenverhältnisse.

Was ansteht

Der 23. Parteitag der DKP hatte eine umfassende Programmdebatte beschlossen und den Parteivorstand beauftragt, zentrale Fragen zur Vorbereitung einer Überarbeitung des Parteiprogramms zu diskutieren. Dazu gehören die Bewertung der Geschichte des Sozialismus, die Entwicklungen im postsowjetischen Raum und in den heutigen sozialistisch orientierten Staaten sowie unsere Zukunftsvorstellungen zur Überwindung des Kapitalismus.

In der jüngeren Vergangenheit wurde das Sozialismusverständnis des Parteiprogramms vermehrt indirekt durch entsprechende programmatische Aussagen in Frage gestellt. Nötig wäre hingegen ein Offenlegen der Kontroverse und das Organisieren einer strukturierten Debatte.

Ein naheliegender Ansatzpunkt, der über die DKP hinaus Bedeutung für die kommunistische

Kapitalistenklasse in die Macht der Arbeiterklasse erfordert sicherlich die Bestechung dadurch, dass die Kapitalisten Profit machen können.“

⁵ Für eine Definition der Übergangsperiode und ihrer Aufgaben vergleiche die Begriffsklärungen

„Übergangsperiode, Sozialismus und Kommunismus“ in dieser Ausgabe der KlassenFragen

⁶ s. hierzu auch „Konträre Konzepte: Markt vs. Plan“ in dieser Ausgabe der KlassenFragen

Weltbewegung haben könnte, wäre eine systematische Auseinandersetzung mit der DDR: Was waren ihre Erfolge? Welche objektiven Widersprüche bestanden und welche politischen und ökonomischen Entscheidungen verschärfen sie? Was lässt sich aus diesem historischen Versuch für künftige Anläufe lernen? Was kann

übernommen werden? Was muss an veränderte gesellschaftliche und technologische Bedingungen angepasst werden? Welche Fehler wurden gemacht?

Nehmen wir diesen Auftrag an!

*

Was ist Sozialismus?

von Georg Fülberth und Lucas Zeise

Erste Antwort in einem Satz: *Sozialismus ist eine Produktionsweise, die die Katastrophengeschichte des Kapitalismus und der Klassenherrschaft beendet.*

Einige Worte zur unmittelbaren Vorgängergesellschaft

Trotz der Steigerung der Produktivität des Kapitalismus – seiner größten Leistung – ist er mit Fremdbestimmung der Mehrheit der Gesellschaftsmitglieder, Massenelend, Kriegen mit vor ihm nie gekanntem technischem Gewaltpotential (bis hin zur Gefahr der Selbstvernichtung der Menschheit) und Umweltzerstörung verbunden.

Im Kapitalismus beruht die Klassenherrschaft ökonomisch auf dem Eigentum und Nichteigentum an den Produktionsmitteln und wird durch den Einsatz politischer, juristischer, ideologischer und gewalttätiger Mittel gewährleistet.

Die Produktionsmittel sind im Kapitalismus weitgehend privates Eigentum. Die Organisation der politischen, juristischen und gewalttätigen Mittel zur Gewährleistung des Eigentums ist der Staat. Er verfügt teilweise auch über die ideologischen Machtmittel, teils befinden sich diese ebenfalls in den Händen der Privateigentümer.

Solange der Kapitalismus besteht, sind die von ihm erzeugten Katastrophen unvermeidlich.

Zweck des kapitalistischen Wirtschaftens ist die Erzielung, Vermehrung und Maximierung von Gewinn (Profit) für die Privateigentümer durch den Einsatz von Lohnarbeitern. Regelmäßig kommt es im Kapitalismus daher zu Absatzkrisen. Produktionsmittel bleiben ungenutzt, Arbeitskräfte werden entlassen. Die Anhäufung (Akkumulation) von Kapital ohne Verwendungsmöglichkeit wird zur Überakkumulation. Krisen enden typischerweise erst dann, wenn die Produktionsmittel und die Arbeitskräfte so billig werden (Kapital sich also entwertet), dass sich ihr Einsatz auch bei geringer Auslastung oder dürftiger Nachfrage wieder lohnt.

Um diesen Krisen zu entkommen, greifen Kapitalisten zum Export von Waren und Kapital. Kapitalexport in weniger entwickelte Länder bewirkt Anpassung von deren ökonomischen Strukturen an die Bedürfnisse der Kapitalexporteure – mit der Folge neuen Massenelends. Die Konkurrenz der Industriemächte um Rohstoffzufuhr und Absatzmärkte führt zu Kriegen. Resultate sind sich immer wieder erneuernde Massenelends- und Fluchtbewegungen.

Bei der ständigen Vermehrung von Waren und Produktionsmitteln wird die Biosphäre geschädigt: durch die Plünderung natürlicher

Ressourcen und die Belastung von Boden, Wasser und Atmosphäre – eine mittlerweile permanente und immer schärfer werdende Umweltkrise.

Die Beseitigung von Massenelend, Kriegen und der Ruin der Biosphäre innerhalb des Kapitalismus kann zwar als möglich gedacht werden, ist aber höchst unwahrscheinlich, da solche Fortschritte so lange reversibel bleiben, wie der Kapitalismus weiterbesteht. **Das Kernproblem des Kapitalismus ist es, dass die Produktion, ja die Aktivität der ganzen Gesellschaft nach den Interessen der Kapitalisten am größtmöglichen Profit ausgerichtet ist.** Damit sind nicht nur Fehlentwicklungen und Katastrophen verbunden. Die Menschen (nicht nur die Lohnarbeiter, sondern alle, sogar der größte Teil der Kapitalisten selber) sind in ihrem Handeln systematisch fremdbestimmt.

Eigenschaften der neuen Produktionsweise

Mit der Aufhebung des Privateigentums an den wichtigsten Produktionsmitteln im Sozialismus hört die Verfügung der Eigentümer über Produktionsmittel und Arbeitskraft der Lohnarbeiter zum Zweck der Mehrwerterzeugung und -aneignung sowie der Gewinnmaximierung auf, damit auch das Kapital selbst. Nicht mehr das von der Konkurrenz auf den Märkten beherrschte Gewinnstreben reguliert das Wirtschaftsleben, sondern das geplante Übereinkommen zwischen den Arbeitenden.

Bestimmende Vergesellschaftungsform der Arbeit im Sozialismus ist eine Kooperation der Produzierenden, die nicht vom Kapital erzwungen wird, sondern durch die Produzenten selbst stattfindet. Diese werden nicht durch das Kapital angewendet, um eine gemeinschaftliche Arbeitsleistung zu erbringen, sondern sie wenden ihre Arbeitskraft selbst an. Das Instrument der gemeinschaftlichen Selbstverfügung der Produzenten über ihre Arbeitskraft ist der

Plan. Im Sozialismus werden keine Waren durch voneinander unabhängige Produzenten, sondern Güter durch im Rahmen dieses Plans voneinander abhängige Produzenten erzeugt. Dabei ist die zur Produktion eingesetzte und einzusetzende Arbeitszeit als „Ökonomie der Zeit“ die entscheidende Größe, die Produktion und Verteilung von Gütern bestimmt.

An die Stelle des Markts und des Tauschs tritt somit die Planung dessen, was in welcher Menge und mit welchem Einsatz von Ressourcen hergestellt und verteilt werden soll. Die Planung muss realistisch sein, also auf einer lückenlosen Kostenrechnung beruhen. Sie muss außerdem den Bedürfnissen der Menschen entsprechen und ihnen politisch voraus sein.

Wirtschaftssubjekte im Sozialismus sind nicht mehr miteinander konkurrierende Individuen, sondern selbstverwaltete Produktions- und Reproduktionseinheiten. Diese nehmen von unten nach oben an der gesamtgesellschaftlichen Beschlussfassung teil. An deren Ergebnissen haben sich die zusätzlichen übergeordneten Einrichtungen (z. B. zentrale Planbehörden) zu orientieren. Die Entscheidungsfindung muss grundsätzlich demokratisch sein.

Geld dient im Sozialismus als Verrechnungseinheit der Kostenrechnung, der Steuerung des Einsatzes knapper Mittel und der Buchführung über die Verteilung. In diesen Funktionen kommt es auch im Kapitalismus zum Einsatz, allerdings mit einem wichtigen Unterschied: Im Kapitalismus wird Geld regelmäßig und zwangsläufig auch zu Kapital. Seine Eigentümer vermögen also über fremde Arbeitskraft zu verfügen. Im Sozialismus ist das ausgeschlossen.

Die Preise der produzierten und noch zu produzierenden Güter werden im Sozialismus nicht auf Märkten (durch das Verhältnis von Angebot und Nachfrage) ermittelt. Sie werden vielmehr politisch bestimmt. Wichtigste Grundlage für die Entscheidungen über Löhne und

Preise ist eine genaue Kenntnis darüber, welcher Aufwand an gesellschaftlich notwendiger Arbeitszeit in jedem Produkt und jeder Dienstleistung enthalten ist. Über die Planung der Investitionen und darüber, welche Produkte und Produktgruppen sowie welche Branchen gefördert oder verkleinert werden sollen, kann auch im Sozialismus nur rational entschieden werden, wenn genaue Aufwandsrechnungen vorliegen.

Trotz der relativ kurzen Zeitspanne erwies es sich, dass öffentliches Eigentum und Planwirtschaft – nachdem sie einmal durchgesetzt und Anfangsschwierigkeiten überwunden waren – eine Entwicklung zu gewährleisten vermögen, die die dem Kapitalismus inhärenten Katastrophen vermeiden kann.

Der Lohn dient den Einzelnen zum Konsum/ zur eigenen Reproduktion. Auch im Kapitalismus wird über die Ausgaben zur Reproduktion meist nicht vom individuellen Lohnempfänger entschieden, sondern von Haushalten: in der Regel Familien, die – ebenso wie im Sozialismus – Reproduktionsgemeinschaften sind. Diese sind im Kapitalismus ebenfalls in ihrem Inneren üblicherweise Gütergemeinschaften, also insofern kommunistisch organisiert. Die Reproduktionseinheiten werden sich im Sozialismus wahrscheinlich stark wandeln und über die bisherigen Formen hinaus in größere Einheiten

übergehen. Zugleich dürfte sich der gesamtgesellschaftliche Anteil an der Reproduktionsarbeit (Erziehung, Pflege, Gesundheit, Kultur, Sport) noch weiter erhöhen.

Der Sozialismus ist wie der Kapitalismus keine statische Gesellschaftsformation. Die Regeln, nach denen er funktioniert, ändern sich. Die Fähigkeit, die Produktion so zu planen, dass sie den Bedürfnissen der Menschen entspricht, muss von der Gesellschaft erlernt werden. Wenn alle Menschen nach ihren Fähigkeiten arbeiten und nach ihren Bedürfnissen Anteil am Erarbeiteten haben können (MEW 19, S. 21: „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen!“), ist das Ziel des Sozialismus erreicht. Dieses wird als Kommunismus bezeichnet. Insofern ist der Sozialismus nur die Umwandlungsperiode vom Kapitalismus zum Kommunismus.

Historisches

Versuche, sozialistische Gesellschaften zu errichten, sind seit 1917 in mehreren Ländern unternommen worden. Dabei wurden folgende Erfahrungen gemacht:

Russland, wo 1917 mit der Schaffung der Grundlagen des Sozialismus begonnen wurde, sowie osteuropäische Länder und China, die ihm nach dem Zweiten Weltkrieg folgten, waren keine hoch entwickelten kapitalistischen Gesellschaften. Die sogenannte „ursprüngliche Akkumulation des Kapitals“ in West-, Mittel- und Nordeuropa sowie in Nordamerika hatte mehrere Jahrhunderte gedauert und war außerordentlich gewaltsam. In der Sowjetunion fand dieser Prozess der Akkumulation von Produktionsmitteln, wenngleich nicht von Kapital, in wenigen Jahrzehnten statt, wodurch sich ein großer Teil der schweren Deformationen, mit denen sie verbunden gewesen ist, erklärt. Hier und in der Volksrepublik China endete der Versuch, einen Sozialismus zu errichten, im Kapitalismus.

In den Jahrzehnten zwischen 1917 und 1991, während derer in China, der Sowjetunion und Ost- und Mitteleuropa sozialistische Gesellschaften bestanden, sind dort einige Vorteile einer solchen Ordnung hervorgetreten:

Trotz der relativ kurzen Zeitspanne erwies es sich, dass öffentliches Eigentum und Planwirtschaft, nachdem sie einmal durchgesetzt und Anfangsschwierigkeiten überwunden waren, eine Entwicklung zu gewährleisten vermögen, die die dem Kapitalismus inhärenten Katastrophen vermeiden kann. Bestehendes Massenelement wurde beseitigt und erneuerte sich nicht. Unsicherheit der Existenz und Arbeitslosigkeit fehlten. Eine leistungsfähige Infrastruktur mit allgemeinem Zugang zu Bildung und Gesundheitsversorgung wurde errichtet. Frauen und Männer nahmen in beinahe gleichem Maße am Erwerbsleben teil. Ausbeutung von Ländern mit niedrigerem Entwicklungsstand fand nicht statt. Es fehlten die Gründe zu aggressivem ökonomischem und gewaltsamem Verhalten auf dem Weltmarkt. Militärische Rüstung, die stattfand, war eine Last für die Gesellschaft wie im Kapitalismus, aber anders als dort keine Quelle des Profits für Privateigentümer.

Aus diesen Erfolgen des bisherigen Sozialismus, aber auch aus seinem Scheitern können folgende Schlüsse gezogen werden:

Grundsätzlich gilt, dass der endgültige Sieg einer neuen Gesellschaftsformation letztlich nur dann möglich ist, wenn sie eine höhere Arbeitsproduktivität als die ihr vorangegangene kapitalistische erreicht. Die Produktivität war in den Gesellschaften des sowjetischen Typs nicht nur niedriger als in den kapitalistischen Kernländern, auch ihre Steigerung blieb (zuletzt) hinter dem Produktivitätsfortschritt im Westen zurück.

Nach einer Anfangsphase kräftig steigender Produktivität in der Sowjetunion und den nach 1945 sozialistisch gewordenen Ländern nahm ab den späten 50er und frühen 60er Jahren der

Produktivitätszuwachs ab. In allen Ländern des damaligen Sozialismus (außer Albanien) gab es danach Versuche, dem Markt oder, wie es dort hieß, dem „Wertgesetz“ innerhalb der sonst sozialistisch geprägten Planwirtschaft mehr Geltung zu verschaffen. Es sieht aus heutiger Sicht nicht so aus, dass diese „Reformen“, selbst wenn sie unverdünnt zur Anwendung gekommen wären, zu einem nennenswerten Zuwachs der Arbeitsproduktivität geführt hätten. Wir neigen der Auffassung zu, dass die hinter der realen Entwicklung zurückbleibende Theorie der sozialistischen Wirtschaft und entsprechend fehlerhafte Planung der Gesellschaft zu den Hauptursachen der stagnativen Tendenzen gehört.

Schlussfolgerungen

1. Dauerhaft wird Sozialismus erst verwirklicht werden können, wenn die Möglichkeit zu freier Kooperation der Produzenten gegeben ist und genutzt wird. Anders als in der untergegangenen Version des Sozialismus ist der Plan dann Instrument der gemeinschaftlichen Selbstverfügung der Produzenten.
2. Sozialistische Gesellschaften können nur gelingen, wenn in ihnen eine zwar nicht unmittelbar entscheidungsrelevante, aber ungehinderte Öffentlichkeit für die Erkundung von verschiedenen Wegen gesellschaftlicher Entwicklung besteht und sie fähig sind, getroffene Entscheidungen zu überprüfen sowie – wenn sinnvoll – zu korrigieren.
3. Sie werden bleiben, wenn sie
 - auf der Produktivität hochentwickelter kapitalistischer Gesellschaften aufbauen,
 - über eine vorausschauende, stimmige, kooperativ erstellte und realisierte Theorie, Planung und Praxis verfügen, die den Bedürfnissen der

Menschen gerecht wird sowie deren Kreativität Spielraum und Ermutigung gibt,

- von der Mehrheit der Menschen getragen werden,
- in der Systemauseinandersetzung mit kapitalistischen Gesellschaften

sich zu behaupten imstande sind, und

- sich dynamisch in Richtung Kommunismus entwickeln.

Zweite Antwort in einem Satz: *Sozialismus ist nach Aufhebung des Privateigentums die kooperative und planmäßig organisierte Verfügung der Produzenten über die Produktion und sich selbst.*

*

Sozialismus am Sankt Nimmerleinstag?

Oder: Was macht eine kommunistische Partei zur kommunistischen Partei?

von Maxi Meyer

Was unterscheidet eine kommunistische Partei von einer Partei, die lediglich für soziale Verbesserungen, Frieden oder demokratische Rechte kämpft? Sicher nicht allein die Berufung auf Marx, Lenin oder den Sozialismus oder der Name der Partei. Entscheidend ist die strategische Orientierung: Ist der Sozialismus das Ziel, auf das der Kampf der Arbeiterklasse im eigenen Land ausgerichtet wird – oder bleibt er eine ferne Perspektive, die zwar wünschenswert, aber für die Taktik der aktuellen Kämpfe nicht relevant ist?

Der Sozialismus ist keine abstrakte Verheißung einer fernen Gesellschaft. Durch die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft wissen wir: Die Widersprüche des Kapitalismus müssen durch die Veränderung der Produktionsverhältnisse gelöst werden. Der Sozialismus ist die bestimmte Negation des Kapitalismus. Er ist die Aufhebung der kapitalistischen Eigentums- und Produktionsverhältnisse durch die politische Machteroberung der

Arbeiterklasse und die anschließende planmäßige Umgestaltung der Gesellschaft durch die Arbeiterklasse in Richtung Kommunismus. Die kommunistische Partei hat deshalb die Aufgabe, die Arbeiterklasse zu organisieren, ihr die Bedingungen ihrer eigenen Befreiung bewusst zu machen und sie auf ihre historische Aufgabe – den Kampf um die politische Macht und den Aufbau des Sozialismus vorzubereiten.

Dabei geht es nicht darum, den Sozialismus zur Tagesaufgabe zu erklären. Tagesaufgabe ist es, die Politik der DKP so anzulegen, dass die Klasse befähigt wird, für ihre Interessen zu kämpfen und dass sie dabei lernt, wie sie erfolgreich kämpfen kann. Dabei geht es auch darum, wie diese Kämpfe geführt werden,¹ damit in ihnen am Ende die Erkenntnis reifen kann, dass nur der Sozialismus die Verwirklichung der Interessen der Arbeiterklasse und damit letztlich auch der Menschheit ermöglicht. Damit bereiten wir heute die „subjektive Seite“, das „nicht-mehr-Wollen“ als Voraussetzung einer revolutionären Situation vor, in der der Sozialismus

¹ Vgl. dazu den Beitrag zu den Entlastungskämpfen in dieser Ausgabe.

dann Tagesaufgabe wird und in der die Arbeiterklasse dann auch handlungsfähig sein muss. Es geht um die Frage, ob Sozialismus als Ziel handlungsleitend für die Strategie der Partei in den heutigen Kämpfen ist.

Fällt die Perspektive – der Sozialismus als Ziel und Richtschnur, die Arbeiterklasse als Subjekt der Veränderung – weg, verändert sich auch der Charakter der Partei. Aus einer revolutionären Organisation, die die Arbeiterklasse auf die Machtfrage orientiert, wird dann eine Partei, die innerhalb der bestehenden Gesellschaftsordnung bessere Verhältnisse herstellen will.

Tageskämpfe, Gewerkschaftsarbeit, demokratische und antifaschistische Kämpfe oder der Kampf gegen Militarisierung müssen von einem als erreichbar begriffenen Ziel her organisiert werden. Wir Kommunistinnen müssen uns die Frage stellen: Wie müssen wir kämpfen, damit die Arbeiterklasse erkennt, wer wirklich ihr

Gegner ist? Wie müssen wir kämpfen, damit die Arbeiterklasse von einer Klasse an sich zu einer Klasse für sich werden kann? Wie müssen wir kämpfen, damit die Arbeiterklasse so zu kämpfen lernt, dass sie perspektivisch die Machtfrage stellen und den Sozialismus errichten kann? Wie müssen wir kämpfen, damit die Arbeiterklasse sich ihrer eigenen Kraft bewusst wird und die Kraft der Klassensolidarität erfährt?

Die Regierung des Friedens ist nichts davon, sie wirkt in die „Gegenrichtung“. Sie suggeriert, eine andere Regierung könne Frieden schaffen, also das Kapital könnte auf die gewaltsame Durchsetzung seiner Interessen verzichten. Sie macht die falsche Hoffnung, jemand anderes als der Zusammenschluss und gemeinsame Kampf der Arbeiterklasse „könnte uns eine Atempause verschaffen“ oder „die Krisen der Menschheit [...] lösen.“²

Fällt die Perspektive – der Sozialismus als Ziel und Richtschnur, die Arbeiterklasse als Subjekt der Veränderung – weg, verändert sich auch der Charakter der Partei. Aus einer revolutionären Organisation, die die Arbeiterklasse auf die Machtfrage orientiert, wird dann eine Partei, die innerhalb der bestehenden Gesellschaftsordnung bessere (Kräfte-)Verhältnisse herstellen will. Und damit wird der Sozialismus auf den Sankt Nimmerleinstag verschoben – nicht, weil ein konkretes Datum für seine Errichtung fehlt, sondern weil er zu einem fernen, utopischen Heilsversprechen geworden ist, das für die Strategie und Taktik der Partei folgenlos bleibt.

*

² https://dkp.de/wp-content/uploads/2026/01/2026-DKP-Strategie-Friedenskampf_web.pdf, S. 18.

Zu einigen Begriffen: Übergangsperiode, Sozialismus und Kommunismus.

von Steven Payne und Jürgen Lloyd

Von Hegel stammt das Wort von der „Anstrengung des Begriffs“. Der Marxismus hat von ihm den Anspruch übernommen, unsere Begriffe nicht dogmatisch als vorgegebene Definitionen zu verstehen, die der Wirklichkeit übergestülpt werden, sondern auf den Prozess zu schauen, in dem die Begriffe gebildet werden. Dass dies dann als Reflexion einer Entwicklung der materiellen Wirklichkeit verstanden wird, und nicht als Bewegung der Idee, unterscheidet die materialistische Dialektik vom Idealismus Hegels. Die „Anstrengung des Begriffs“ bleibt nichtsdestotrotz unverzichtbar für den Marxismus und die Partei, welche den Marxismus als ihr wissenschaftliches Fundament versteht.

Die folgenden Versuche, einige Begriffe in ihrem Zusammenhang zu erläutern, sollen demnach auch nicht dogmatisch bestimmen, wie die Wirklichkeit ist oder zu sein hat, sollen auch keine bloße Wortklauberei sein. Im Gegenteil: Die begriffliche Bestimmung der Phasen muss aufzeigen, wie sie sich in den Zusammenhang des historischen Prozesses einfügen, der vom Kapitalismus in die kommunistische Zukunft führt und wie sich daraus die jeweiligen spezifischen Aufgaben identifizieren lassen.

Klare, gemeinsame Begriffe sind eine wichtige Voraussetzung für klares Denken, präzise Argumentation und darauf aufbauend gemeinsame Praxis. Das heißt, sie sind Voraussetzung für den wissenschaftlichen Anspruch, den wir an die Arbeitsweise einer kommunistischen Partei stellen.

Übergangsperiode

Die Phase von der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat (und Verbündeter)

bis zur Schaffung von (im Wesentlichen) sozialistischen Produktionsverhältnissen.

In dieser Phase wird die in der proletarischen Revolution errungene politische Macht genutzt, um die Grundlagen der kapitalistischen Produktionsverhältnisse zu zerschlagen und durch neue Produktionsverhältnisse zu ersetzen – nämlich solche, die den Aufbau einer sozialistischen Produktionsweise ermöglichen und zur Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft geeignet sind. Ein wesentlicher Moment dieser Änderungen ist offensichtlich die Abschaffung der privaten Form des Eigentums an Produktionsmitteln.

Klare, gemeinsame Begriffe sind eine wichtige Voraussetzung für klares Denken, präzise Argumentation und darauf aufbauend gemeinsame Praxis. Das heißt, sie sind Voraussetzung für den wissenschaftlichen Anspruch, den wir an die Arbeitsweise einer kommunistischen Partei stellen.

Voraussetzung und Ausgangspunkt der Übergangsperiode ist demnach die proletarische Revolution, mit der die politische Macht errungen wird, die in dieser Phase erforderlichen Maßnahmen durchzusetzen.

Diese Periode kann politisch verschiedene Formen annehmen. Historisch wurde sie in der UdSSR als Sowjetsystem realisiert, während die Entwicklung in der DDR und weiteren Ländern Osteuropas die Form von Volksdemokratien angenommen hat. Unabhängig von diesen unterschiedlichen politischen Formen, muss die Übergangsperiode aber immer dieselbe oben bestimmte Aufgabe erfüllen. Sie ist kein beliebig ausdehnbares Stadium (und erst recht keine eigene Gesellschaftsformation), sondern muss ihren Zweck erfüllen, die Grundlagen sozialistischer Produktionsverhältnisse zu schaffen – also weitergehen zum Sozialismus – und würde andernfalls untergehen und in der historischen Entwicklung zurückschreiten. Diese Abhängigkeit wurde 1948 von Georgi Dimitroff u.a. wie folgt beschrieben:

„Der volksdemokratische Staat ist ein Staat der Übergangsperiode, berufen, die Entwicklung des Landes auf dem Wege zum Sozialismus zu gewährleisten.“

Das bedeutet, dass die Macht der Kapitalisten und Großgrundbesitzer zwar gestürzt und der Besitz dieser Klassen in das Eigentum des Volkes überführt ist, die ökonomischen Wurzeln des Kapitalismus jedoch noch nicht liquidiert sind, die kapitalistischen Elemente noch vorhanden sind und sich entwickeln in dem Bestreben, die kapitalistische Sklaverei wiederherzustellen. Deshalb ist eine Vorwärtsentwicklung zum Sozialismus nur möglich unter der Voraussetzung eines unversöhnlichen Klassenkampfes gegen die kapitalistischen Elemente bis zu ihrer völligen Liquidierung.

Nur durch unbeirrbares Vorwärtsgen auf dem Wege des Sozialismus kann der volksde-

mokratische Staat erstarken und seiner historischen Mission gerecht werden. Wenn die Volksdemokratie aufhören würde, die Ausbeuterklasse zu bekämpfen, wenn sie aufhören würde, die kapitalistischen Elemente zu unterdrücken und zu verdrängen, würden diese unweigerlich die Oberhand gewinnen und die Volksdemokratie nicht nur in ihren Grundlagen untergraben, sondern zu ihrem Untergang führen.“¹

Sozialismus – die erste Phase der kommunistischen Gesellschaft

Als „erste Phase der kommunistischen Gesellschaft“ bezeichnete Marx die Entwicklungsphase der menschlichen Gesellschaft, die wir Sozialismus nennen. In dieser Phase können sich die ökonomischen und gesellschaftlichen Gesetzmäßigkeiten sowie die Triebkräfte des Sozialismus zunehmend entfalten und voll wirksam werden. Auf Basis der geschaffenen ökonomischen Grundlagen sozialistischer Produktionsverhältnisse – aber noch behaftet mit den geerbten Bedingungen der kapitalistischen Gesellschaft – gilt für die Verteilung der individuellen Konsummittel das Prinzip „Jedem nach seiner Leistung“.

Voraussetzung hierfür ist die erfolgte Abschaffung des Privateigentums an den (wesentlichen) Produktionsmitteln, deren Übergang ins Eigentum der Gesellschaft und die dadurch ermöglichte Nutzung der Produktionsmittel durch und für die Gesellschaft selbst. Letzteres kann nur in Form einer bewussten Steuerung der Produktion erfolgen – als gesellschaftliche Planung.

Ziel dieser Phase ist der vollständige Aufbau solcher gesellschaftlichen Verhältnisse, die den

¹ Die Rede von Dimitroff auf dem 5. Parteitag der Bulgarischen Arbeiterpartei (Kommunisten), 1948, wurde in Auszügen dokumentiert in der Ausgabe vom Februar 1949 von »Wissen und Tat«, der

theoretischen Zeitschrift der KPD. Ein Faksimile mit dem vollständigen Beitrag haben wir unter <https://www.klassenfragen.org/docu/dimitroff1948> zugänglich gemacht.

Übergang zum Prinzip „Jedem nach seinen Bedürfnissen“ ermöglichen. Das betrifft in wachsendem Umfang Fragen des Bewusstseins und der Moral. Auf Grundlage der Ausschaltung der früheren Ausbeutungsverhältnisse und der Errichtung der sozialistischen Ökonomie kann sich ein Bewusstsein entwickeln, bei dem der Gegensatz von individuellen und gesellschaftlichen Bedürfnissen überwunden ist.

Kommunismus – die höhere Phase der kommunistischen Gesellschaft

Was wir als entwickelten Kommunismus bezeichnen, und bei Marx die „höhere Phase der kommunistischen Gesellschaft“ genannt wurde, setzt voraus, dass dieses soeben beschriebene Bewusstsein vorherrschend in der Gesellschaft geworden ist. Hier bringt sich jeder mit seinen Fähigkeiten und Interessen für die gemeinsame gesellschaftliche Produktion ein, im Bewusstsein, dass damit Bedürfnisse befriedigt werden, welche ebenso seine eigenen, wie die der Gesellschaft sind.

Ab hier gilt, was Engels so beschreibt:

„Damit erst scheidet der Mensch, in gewissem Sinn, endgültig aus dem Tierreich, tritt aus tierischen Daseinsbedingungen in wirklich menschliche. Der Umkreis der die Menschen umgebenden Lebensbedingungen, der die Menschen bis jetzt beherrschte, tritt jetzt unter die Herrschaft und Kontrolle der Menschen, die zum ersten Male bewußte, wirkliche Herren der Natur, weil und indem sie Herren ihrer eignen Vergesellschaftung werden. [...]“

Erst von da an werden die Menschen ihre Geschichte mit vollem Bewußtsein selbst machen, erst von da an werden die von ihnen in Bewegung gesetzten gesellschaftlichen Ursachen vorwiegend und in stets steigendem Maß auch die von ihnen gewollten Wirkungen haben. Es ist der Sprung der Menschheit aus dem Reich der Notwendigkeit in das Reich der Freiheit.“²

Diktatur des Proletariats

Der Begriff der »Diktatur des Proletariats« definiert den Charakter des Staates in der Übergangsperiode. Dieser Staat, der mit der proletarischen Revolution geschaffen wird, realisiert die politische Macht der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten. Um die notwendigen Maßnahmen für die Zielsetzung der Übergangsperiode durchzuführen, sind gewaltsame Eingriffe in die bisherigen bürgerlichen Rechte der Ausbeuterklasse erforderlich. Zugleich wird auch die Verteidigung der Entwicklung gegen konterrevolutionäre Angriffe Aufgabe dieses Staats.

Letzteres bleibt – wenn auch in abnehmender Weise – Funktion des sozialistischen Staates auch in der ersten Phase der kommunistischen Gesellschaft, bis das Verschwinden der Klassenspaltung diese Aufgabe schließlich obsolet macht.

*

² Friedrich Engels: Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft, MEW19, S.226

Die NÖP-Legende

Marktsozialistische Behauptungen und die wirkliche Entwicklung der sowjetischen Wirtschaft in den 1920er Jahren.

TEIL 1

von Olaf Peters

Auf Initiative Lenins ging die Sowjetmacht 1921 mit der Neuen Ökonomischen Politik (NÖP) dazu über, in vielen Bereichen der Wirtschaft freien Handel und Produktion für den Markt zuzulassen und zu fördern. Verfechter eines Marktsozialismus behaupten, die NÖP würde ihre Theorien belegen und Marktreformen in sozialistischen Ländern rechtfertigen. In den Debatten europäischer Kommunisten über China behauptet z. B. Domenico Losurdo, die chinesische Reform und Öffnung sei eine „gigantische NÖP“¹. Unser Parteivorsitzender Patrik Köbele schätzt ein, die NÖP zeige, dass nur durch Marktbeziehungen die sozialistischen Produktivkräfte effizient entwickelt werden könnten.²

Eine konkrete Betrachtung der sowjetischen Wirtschaft in den 1920er Jahren zeigt das Gegenteil: Unter den besonderen Bedingungen dieser Jahre musste die Sowjetmacht ein gewisses Maß an Markt und damit an Kapitalismus zulassen. Als die Wiederherstellung der Wirtschaft erreicht war, als die Zerstörungen des 1. Weltkrieges und des Bürgerkrieges überwunden und die Produktion den Stand von 1913 übertraf, ließen sich die Widersprüche zwischen Marktelementen und sozialistischem Aufbau nicht mehr abmildern. Die Sowjetmacht musste die NÖP ersetzen – durch den Kurs auf

den planwirtschaftlichen Aufbau der Schwerindustrie, die Kollektivierung der Landwirtschaft und die damit verbundene Kulturrevolution. In der offiziellen sowjetischen Geschichtsschreibung war die NÖP eine Erscheinung der Übergangsperiode, die bis zum Sieg des Sozialismus Mitte der 1930er Jahre reichte.³

Dieser Beitrag diskutiert einige Irrtümer, die in der kommunistischen Debatte über die NÖP umlaufen, und verbindet das mit einem groben Überblick über die historische Entwicklung. Über den richtigen Kurs führte die KPdSU intensive Debatten – die klassische Auseinandersetzung mit marktsozialistischen Auffassungen, die damals Nikolai I. Bucharin vertrat. Nachdem 20. Parteitag der KPdSU war es in der internationalen kommunistischen Bewegung nur noch eingeschränkt möglich, die positiven Beiträge Stalins im Kampf gegen marktsozialistische Theorien zu würdigen. Dieser Beitrag benennt Kernpunkte der damaligen Kontroversen. Diese besondere Entwicklung und ihre Analyse durch die KPdSU sind ein Beispiel für die allgemeine Tatsache, dass die Widersprüche des Sozialismus nicht mit den Rezepten des Kapitalismus gelöst werden können.

¹ Domenico Losurdo: *Flucht aus der Geschichte? Die russische Revolution und die chinesische Revolution heute*, Essen: Neue Impulse Verlag, 2009, S. 55-57.

² Patrik Köbele: Herausforderungen und Probleme beim Aufbau des Sozialismus. Referat auf der PV-

Tagung am 19./20. Juni 2021, in: *DKP Intern* 2021, Nr. 3, S. 3–20, hier: S. 11.

³ *Weltgeschichte in zehn Bänden. Band 9*, Berlin: VEB deutscher Verlag der Wissenschaften, 1967, S. 314, 324.

1. Irrtum: „Die NÖP kann ein Vorbild für einen neuen Sozialismus sein.“

Ende 1920 hatte die Rote Armee im Bürgerkrieg im Wesentlichen gesiegt, die Arbeiterklasse und die werktätigen Bauern hatten ihre Revolution unter großen Opfern gegen innere und äußere Reaktionäre verteidigt. 1921 schlug Lenin den Übergang zur NÖP vor und wies in der Auseinandersetzung mit ultralinken Illusio-

Die Bedingungen, die die Sowjetmacht zwangen, für einige Jahre einen gewissen Kapitalismus zuzulassen, bestanden also aus einer Kombination von Faktoren, die es so in keiner anderen Revolution gegeben hat.

nen nach, dass unter den damaligen Bedingungen ein unmittelbarer, sofortiger Übergang zu sozialistischen Produktionsverhältnissen nicht möglich war, dass eine staatskapitalistische Wirtschaft einen Schritt nach vorn bedeuten würde, dass ein begrenzter privater Kapitalismus zugelassen werden musste. Um zu bewerten, was am Weg der NÖP allgemeine Gültigkeit

auch für andere Revolutionen hat, müssen diese Bedingungen betrachtet werden.

Weltkrieg und Bürgerkrieg hatten Chaos, Hunger und Zerstörung hinterlassen. Die Gewalt, die Hungersnot, Krankheiten und Emigration ließen die Bevölkerung sinken.⁴ Vor dem Weltkrieg hatte Russland Getreide exportiert, nun importierte Sowjetrussland Getreide, um den Hunger abzumildern⁵. Mehrere Millionen obdachloser Kinder und Jugendlicher mussten betteln, stehlen oder sich prostituieren.

Die Industrie war zusammengebrochen: 1921 lag ihre Produktion etwa bei 30 Prozent des Standes von 1913, dem letzten Jahr vor dem Weltkrieg. Die Getreideproduktion von 1921 lag geschätzt bei 44 Prozent der Ernte von 1913.⁶ Die Hälfte der Lokomotiven war beschädigt, für die intakten Lokomotiven fehlte der Brennstoff⁷ – ein geregelter Gütertausch fand nicht statt. Stadtbewohner flohen vor dem Hunger aufs Land, damit verkleinerte sich die Arbeiterklasse.⁸ Ein Symbol für die industrielle Krise wurde, dass die Arbeiter der Großbetriebe begannen, kleine, improvisierte Gebrauchsgüter – wie Feuerzeuge – herzustellen, um sie bei Schiebern gegen Brot einzutauschen.⁹

Die sowjetische Wirtschaft war in weiten Teilen von technisch rückständiger Kleinproduktion geprägt. Das zaristische Russland war ein imperialistisches Land gewesen, es hatte eine gewisse industrielle Entwicklung gegeben – aber rund 80 Prozent der Bevölkerung des riesigen Landes lebten von der Landwirtschaft.¹⁰

⁴ R. W. Davies: Introduction, in: Ders. (Hrsg.): *From Tsarism to the New Economic Policy. Continuity and Change in the Economy of the USSR*, London 1990, S. 1-28, hier: S. 5.

⁵ Nove: *Economic History*, S. 81.

⁶ Davies: Introduction, S. 6. Vgl. William G. Rosenberg: Introduction. NEP Russia as 'Transitional' Society, in: Sheila Fitzpatrick u.a. (Hrsg.): *Russia in the Era of NEP. Explorations in Soviet Society and Culture*, Bloomington und

Indianapolis 1991, S. 1-11, hier: S. 5; Nove: *Economic History*, S. 61f.

⁷ Ebd., S. 85.

⁸ Ebd., S. 60

⁹ W. I. Lenin: X. Parteitag der KPR (B), 8.-16. März 1921, in: *LW*, Bd. 32, S. 200.

¹⁰ Eric Hobsbawm, *Das Zeitalter der Extreme: Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts*, München: dtv, 2007, S. 474.

In der Revolution hatten Landarbeiter und arme Bauern die Enteignung der Grundbesitzer und damit ein eigenes Stück Land erkämpft. Das hieß auch: Die Landwirtschaft bestand bis zur Kollektivierung ab 1928 fast ausschließlich aus kleinen Bauernwirtschaften. Moderner Fruchtwechsel passte nicht zu den traditionellen Dorfstrukturen, ein nennenswerter Teil der Bauern benutzte einen Holzpflug, erntete das Getreide mit einer Sense und drosch es mit einem Dreschflegel.¹¹ Lenin betonte, dass diese rückständige Kleinproduktion das zentrale Hindernis beim Aufbau des Sozialismus war – das „kleinbürgerliche Element“ sei eine „Elementar-gewalt“ und der „Hauptfeind“.¹²

In den Jahren des Bürgerkrieges hatte für die Bauern eine Ablieferungspflicht gegolten – sie mussten alles Getreide, das sie nicht selbst als Lebensmittel oder Saatgut verbrauchten (teilweise noch mehr), an den Staat abliefern. Dieser Zwang bot den Bauern kaum Anreize, ihre Wirtschaft auszuweiten, die Sowjetmacht setzte ihn mit harten Repressionen durch – im Bürgerkrieg war das notwendig und vermittelbar, nach dem Sieg über die Konterrevolution nicht mehr.

Im Dezember 1920 stellt Lenin fest, dass es unmöglich sei, sofort landwirtschaftliche Genossenschaften zu bilden – an den Übergang der Einzelbauern zum Sozialismus sei zu diesem Zeitpunkt nicht zu denken, „[w]ir müssen uns auf den Einzelbauern stützen, er ist nun einmal so, wie er ist, und wird in der nächsten Zeit kein anderer werden“.¹³ Darin drückt sich

eine weitere Ausgangsbedingung der NÖP aus: Anfang der 1920er Jahre war die Sowjetmacht und erst recht die kommunistische Partei auf dem Dorf und unter der Bauernschaft schwach¹⁴ (ein grundlegender Unterschied zur Entwicklung der chinesischen Revolution). Lenin stellte fest, dass „wir [in der Krise von 1921] die großen Massen der Bauern gegen uns hatten“.¹⁵ Diese Unzufriedenheit der Bauernschaft eskalierte im Aufstand von Kronstadt im Februar und März 1921.¹⁶

Diese drei Faktoren prägten die Ausgangsbedingungen der NÖP: Chaos und Zerstörung nach den Kriegen, ein starkes kleinbürgerliches Element der russischen Wirtschaft, die damalige Schwäche der Sowjetmacht auf dem Land. Unter diesen Bedingungen war ein sofortiger, unmittelbarer Übergang zur sozialistischen Planwirtschaft unmöglich. Erst in den Jahren 1926 bis 1928 konnte die Industrie wieder den Stand vor dem Weltkrieg erreichen.¹⁷ Gerade damit, dass „es unmöglich ist, die Großindustrie rasch wiederherzustellen“, begründete Lenin die Notwendigkeit der NÖP¹⁸: Getreide brauchten die Städte sofort, die Sowjetmacht musste die bäuerlichen Kleineigentümer in dieser Lage nehmen, „wie sie nun einmal sind“, das hieß, mit ihnen zu handeln.

Die Bedingungen, die die Sowjetmacht zwingen, für einige Jahre einen gewissen Kapitalismus zuzulassen, bestanden also aus einer Kombination von Faktoren, die es so in keiner anderen Revolution gegeben hat. Diese besondere

¹¹ Nove: Economic History, S. 101f.

¹² W. I. Lenin: Über die Naturalsteuer. Die Bedeutung der neuen Politik und ihre Bedingungen. In: *LW*, Bd. 32, S. 341-380, hier: S. 375f.

¹³ W. I. Lenin: VIII. Gesamtrussischer Sowjetkongress. 22.-29. Dezember 1920, in: *LW*, Bd. 31, S. 457-531, hier: S. 524f.

¹⁴ Helmut Altrichter: *Kleine Geschichte der Sowjetunion 1917-1991*, München: Beck, 2001, S. 56f; Nove: Economic History, S. 42, 108.

¹⁵ W.I. Lenin: IV. Kongress der Kommunistischen Internationale, 5. November – 5. Dezember 1922, in: *LW*, Bd. 33, S. 401-418, hier: S. 407.

¹⁶ Lenin: Naturalsteuer, S. 372; Nove: Economic History, S. 72.

¹⁷ Davies: Introduction, S. 5f.

¹⁸ Lenin: Naturalsteuer, S. 379.

Lage lässt vermuten, dass die Sowjetunion im Vergleich zu anderen Revolutionen ein besonders großes Maß an Marktbeziehungen und Kapitalismus zulassen musste und dass die Übergangsperiode länger dauerte. Die NÖP kann deshalb kein Modell sein.

2. Irrtum: „Der Übergang zur NÖP war eine Abkehr vom ‚Messianismus‘.“

Nach der Oktoberrevolution hatten die Bolschewiki die entscheidenden Teile des alten Staatsapparates zerschlagen und mit dem Aufbau eines neuen Staates begonnen. Sie hatten die Banken nationalisiert. Um die große Industrie zu vergesellschaften, führten sie zunächst die Arbeiterkontrolle ein – das bedeutete, die Masse der Beschäftigten zum Kampf gegen ihre „Arbeitgeber“ um die Kontrolle der Unternehmen zu mobilisieren.¹⁹ Die Unternehmer versuchten, Betriebe zu schließen, die Massenbewegung führte dazu, dass die Großindustrie Mitte 1918 im Wesentlichen nationalisiert war.²⁰

Um die Revolution gegen den folgenden weißen Terror und die imperialistische Intervention zu verteidigen, waren auch wirtschaftliche Zwangsmaßnahmen nötig, die als „Kriegskommunismus“ bezeichnet werden. Die Sowjetmacht kontrollierte zeitweise nur Teile des Landes und musste alle Ressourcen für die Verteidigung mobilisieren. Sie beschlagnahmte Lebensmittel von privaten Händlern, versuchte, die Preise für Konsumgüter zu kontrollieren und verbot schließlich den privaten Handel,

auch viele Kleinbetriebe wurden nationalisiert.²¹ Zu den Zwangsmaßnahmen des Kriegskommunismus gehörte auch die Ablieferungspflicht für Getreide (s. Abschn. 1.).

Die Währung brach zusammen. Industriebetriebe zahlten Löhne in Naturalien. Öffentliche Dienstleistungen, wie Wohnung, Transport oder Post, mussten nicht bezahlt werden. Beim Austausch zwischen Staatsbetrieben wurde ganz auf Geld verzichtet (ohne dass es bereits Alternativen für eine nachvollziehbare Buchführung gab).²²

In der bolschewistischen Partei richteten sich damals Hoffnungen darauf, dass es möglich sein würde, auf diese Weise unmittelbar zu sozialistischen Verhältnissen zu kommen, dass der Zusammenbruch der Währung bereits die Überwindung der Geldwirtschaft bedeuten könne. Lenin beschreibt, die Bolschewiki hätten erkennen müssen, dass „der direkte Übergang zu einer rein sozialistischen Wirtschaftsform, zur rein sozialistischen Verteilung der Güter“ in dieser Lage nicht möglich war und sie deshalb einen Rückzug vornehmen mussten: den Übergang zur NÖP.²³ Hans Heinz Holz fasst Lenins zahlreiche Äußerungen zu dieser Frage zusammen:

„Lenin hat keinen Zweifel daran gelassen, daß er die NÖP nicht als Ziel, sondern als Not- und Übergangslösung betrachtete, um mit den Folgen der Kriegszerstörung und Unterentwicklung fertig zu werden und den Aufbau einer qualifizierten Produktion zu beschleunigen.“²⁴

Domenico Losurdo dagegen will zeigen, dass die Wende zur NÖP eine viel grundsätzlichere

¹⁹ Nove: Economic History, S. 42f; Lenin: Rede zum Jahrestag der Revolution. 6. November 1918, in: LW, Bd. 28, S. 129-144, hier: 131f.

²⁰ Nove: Economic History, S. 44, S. 59.

²¹ Ebd., S. 48, 53, 59.

²² Ebd., S. 57f.

²³ W.I. Lenin: IV. Kongress der Kommunistischen Internationale. 5. November - 5. Dezember 1922, in: LW, Bd. 33, S. 401-418, hier: S. 408.

²⁴ Hans Heinz Holz: *Theorie als materielle Gewalt: Die Klassiker der III. Internationale*, (= Aufhebung und Verwirklichung der Philosophie, Bd. 2), Berlin: Aurora-Verl., 2011, S. 166, Anm. 34.

Bedeutung hatte – für ihn weist sie in die Richtung eines „Marktsozialismus“. Die NÖP zeige, dass sich die kommunistische Bewegung weltanschaulich umorientieren musste: weg von dem, was er „Messianismus“ nennt, also von Vorstellungen, die mit der religiösen Hoffnung auf Erlösung durch den Messias vergleichbar sind. Dieser Messianismus habe sich im Kriegskommunismus in den Illusionen über einen sofortigen Übergang und die Hoffnung auf die Abschaffung des Geldes gezeigt.²⁵ Einen „Hang zum Messianismus“ sieht er bereits bei Marx und Engels;²⁶ er äußere sich zum Beispiel im „Mythos vom Absterben des Staates“ oder in der Vorstellung, im Kommunismus gebe es keinen Markt.²⁷ Einen Bruch mit dem sogenannten Sozialismus des heutigen China und überhaupt dem „Marktsozialismus“ sieht Losurdo bereits als Beweis für „messianische Tendenzen“.²⁸ In dieser Sicht geht es bei der NÖP nicht um die besonderen Maßnahmen der Übergangsperiode zwischen Kapitalismus und Sozialismus in der Sowjetunion, sondern darum, was eine sozialistische Gesellschaft ausmacht – dass die NÖP also kein Rückzug vor einer neuen Offensive war, sondern eine Änderung des Ziels.

In der historischen Einschätzung der NÖP macht Losurdo einen Fehler, den Stalin 1929 in der großen Parteiauseinandersetzung bei Bucharin kritisiert hat: Er „vergisst, dass die NÖP [neben einer gewissen Freiheit des Handels] noch eine andere Seite hat“ – „NÖP heißt Freiheit des privaten Handels in bestimmten Grenzen, in einem bestimmten Rahmen, bei Gewährleistung der regulierenden Rolle des Staates auf dem Markt.“²⁹

Die Bolschewiki gingen einen Weg, für den es keine historischen Vorbilder gab, die Revolution entwickelte sich in Widersprüchen – natürlich traten in der Partei Schwankungen, Fehler und Richtungskämpfe auf. Mit einer Abkehr von einem „Messianismus“ hatte das nichts zu tun. Auf neue Bedingungen musste die Partei taktisch flexibel und strategisch klar reagieren – das gilt sowohl für den Übergang vom Kriegskommunismus zur NÖP als auch für die Perspektive, den Sozialismus in einem Land aufzubauen, und für den Übergang von der NÖP zu Industrialisierung und Kollektivierung der Landwirtschaft.

Diejenigen, die die NÖP zum marktsozialistischen Modell machen wollen, ignorieren oft, wie schnell sich die Widersprüche zwischen der Dynamik des Marktes, d. h. den kapitalistischen Elementen, und den Zielen der Sowjetmacht entwickelten und zuspitzten

Die begrenzte Freiheit des Marktes konnte eine Rolle spielen, bis die zerrüttete Wirtschaft auf das Niveau von vor dem 1. Weltkrieg wiederhergestellt war (s. Teil zwei dieses Artikels in

²⁵ Domenico Losurdo: *Der Klassenkampf oder die Wiederkehr des Verdrängten. Eine politische und philosophische Geschichte*, Köln: Papyrossa, 2016, S. 215-219.

²⁶ Domenico Losurdo: *Der Kommunismus. Geschichte, Erbe und Zukunft*, Köln: Papyrossa, 2021, S. 177.

²⁷ Losurdo: *Flucht aus der Geschichte?*, S. 105.

²⁸ Losurdo: *Der Kommunismus*, S. 207.

²⁹ J. W. Stalin: *Über die rechte Abweichung in der KPdSU(B). Rede auf dem Plenum des ZK und der ZKK der KPdSU(B) im April 1929*, in: Ders.: *Werke*, Berlin 1954, Bd. 12, S. 8-58, hier: S. 28.

der nächsten Ausgabe). Der wirkliche Sprung in der Produktivkraftentwicklung war nur auf planwirtschaftlichem Weg möglich, und darauf richteten die Bolschewiki ihre Politik aus. Noch 1920 hatten die Arbeiten am GOELRO-Plan für den Bau von Kraftwerken begonnen.³⁰ Bereits 1927 – also noch vor der „großen Wende“ von 1929 – begannen die Bauarbeiten am Dnepr-Staudamm. „Meiner Meinung nach ist das unser zweites Parteiprogramm“, sagt Lenin über diesen Plan – er sei der Weg hin zu einem umfassenden Wirtschaftsplan und damit für den Übergang von der Wiederherstellung der Wirtschaft hin zum „wirklichen Aufbau“, auf diese Weise entstehe die „wirtschaftliche Grundlage“ für den Kommunismus.³¹

3. Irrtum: „Die NÖP zeigt, dass Plan und Markt miteinander vereinbar sind.“

Nach wenigen Jahren führte die Dynamik der Marktwirtschaft, die sich seit Beginn der NÖP entwickelt hatte, zu Ungleichgewichten und Widersprüchen, die die Frage nach dem weiteren Entwicklungsweg auf die Tagesordnung setzten. 1927 schätzte das ZK der KPdSU ein: „Im Problem der Preise sind alle grundlegenden ökonomischen und politischen Probleme des Sowjetstaates miteinander verknüpft.“³²

Bei der Bildung der Preise ging es um das Verhältnis, zu dem die Produkte der Industrie und der Landwirtschaft miteinander ausgetauscht werden – und damit um das Bündnis zwischen Arbeiterklasse und werktätiger Bauernschaft. Es ging um die Frage, welche sozialen Kräfte im wirtschaftlichen Wiederaufbau gestärkt werden. Und es ging um die Frage, für

welche Industriebetriebe welche Investitionen möglich sind, also um die Zukunft der sowjetischen Wirtschaft. An der Entwicklung der Preise während der NÖP zeigt sich, wie auch die begrenzte Freiheit des Marktes in Widerspruch zum sozialistischen Aufbau geriet. Als Ende der 1920er Jahre die Wiederherstellung der sowjetischen Wirtschaft auf das Niveau von 1913 erreicht war (s. Teil 2 dieses Artikels), waren die Elemente der Marktwirtschaft ein Hindernis für die weitere Entwicklung geworden.

Zuerst war es nötig, in der zerrütteten Wirtschaft irgendeine Art von geregelterm Austausch von Gütern zu organisieren und den Güterverkehr wieder in Gang zu bringen. Die entscheidende Maßnahme, mit der die Sowjetmacht zur NÖP überging, war, im März 1921 die Ablieferungspflicht für Getreide durch eine Steuer für die Bauernwirtschaften zu ersetzen. Nun sollten sie, nachdem sie ihre Steuern gezahlt hatten,³³ ihr überschüssiges Getreide verkaufen können. Mit einer Landwirtschaft von Kleinproduzenten war die einzige Alternative zum Zwang des Kriegskommunismus der Austausch von Waren, und das heißt: auf einem relativ freien Markt (vgl. Abschnitt 1).

Austausch über den Markt erforderte damals, privaten Handel zuzulassen (staatliche Handelsorganisationen mussten noch aufgebaut werden). Das hieß auch, die Entstehung einer neuen Schicht kleiner Kapitalisten zuzulassen, der „Nepmänner“ (nach der russischen Abkürzung NEP für NÖP).

Wie sich in den folgenden Jahren die Preise entwickeln sollten, ergab sich aus der grundlegenden Struktur der sowjetischen Wirtschaft: Eine schwach entwickelte Industrie, eine große

³⁰ Peter Gatrell, R.W. Davies: The Industrial Economy, in: R.W. Davies (Hrsg.): *From Tsarism to the New Economic Policy. Continuity and Change in the Economy of the USSR*, London 1990, S. 127-159, hier: S. 133.

³¹ W. I. Lenin: VIII. Gesamtrussischer Sowjetkongress. 22.-29. Dezember 1920, in: *LW*, Bd. 31, S. 457-531, hier: S. 511f.

³² Zit. n. Nove: *Economic History*, S. 140, Übers. d. V.

³³ Zunächst als Naturalsteuer, ab 1924 als Geldsteuer. Nove: *Economic History*, S. 79.

Zahl kleiner Bauernwirtschaften, die teilweise vor allem für die Selbstversorgung produzierten (s. Abschnitt 1). Der große Historiker Eric Hobsbawm beschreibt den Widerspruch, der sich in der Preisentwicklung der NÖP-Jahre zuspitzte und der erst durch Kollektivierung und planwirtschaftliche Industrialisierung gelöst werden konnte:

„[B]is zu dem Zeitpunkt, als die industrielle Entwicklung dann weiter fortgeschritten war, [hatte es] kaum etwas gegeben [...], das die Bauern in den Städten kaufen konnten und das sie dazu gebracht hätte, ihre Überschüsse zu verkaufen, anstatt sie in den Dörfern aufzuessen und zu versaufen. Genau das aber sollte die Schlinge sein, mit der sich die NEP schließlich selbst strangulierte (was als »Scherenkrise« bekannt werden sollte).“³⁴

Bis 1923 hatte sich die Getreideproduktion nach der Hungersnot erholt. Industriewaren blieben knapp. Landwirtschaftliche Güter waren billiger als 1913, Industriewaren wegen der hohen Nachfrage (und der immer noch ineffizienten Verteilung) teurer, die Preisschere ging auseinander.³⁵ die von Hobsbawm erwähnte Scherenkrise. Das wiederum reduzierte den Anreiz für die Bauern, Getreide zu vermarkten, darauf waren Stadtbevölkerung und Industrie aber angewiesen. Um den Markt in Gang zu halten und den Bauern Anreize zu bieten, musste die Sowjetregierung die Marktdynamik begrenzen: Sie legte fest, dass die staatliche Industrie zu niedrigeren Preisen verkaufen musste. Für eine gewisse Zeit konnte sie das Problem so

entschärfen, ohne die strukturellen Gründe zu beseitigen.

Denn nun gab es eine kaufkräftige Nachfrage nach Industriewaren zu offiziellen Preisen – aber nicht genug Industriewaren. Die Scherenkrise führte zum „Warenhunger“. Die offiziellen Preise richteten sich nicht nach Angebot und Nachfrage, das bot einen Anreiz zur Spekulation. Nepmänner kauften Industriewaren und verkauften sie auf dem Dorf zu höheren Preisen. Offizielle und private Preise gingen auseinander, teilweise um das Doppelte oder Dreifache. In der Nähe der Städte waren die Preise niedriger als in abgelegenen Gegenden.³⁶ Die Preiskontrollen stärkten damit zeitweise die Privathändler und Spekulanten.³⁷

Die Regierung versuchte, auch die Preise, zu denen der Staat Getreide kaufte, nicht zu weit steigen zu lassen – die Getreidepreise von Angebot und Nachfrage bestimmen zu lassen, hätte den industriellen Aufbau gefährdet.³⁸ Die niedrigen Getreidepreise auf der einen, der Warenhunger auf der anderen Seite verringerten den Anreiz für die Bauern, Getreide auf den Markt zu bringen. In der privaten Wirtschaft wirken Preise sich auf Produktionsentscheidungen aus: Statt Getreide zu verkaufen, verfütterten die Bauern einen Teil davon ans Vieh und produzierten mehr Fleisch und Eier.³⁹ Auch mit Getreide begann die Spekulation: Die in den vorangegangenen Jahren gewachsenen Kulakenwirtschaften konnten es sich leisten, Getreide in Erwartung höherer Preise zurückzuhalten, private Händler kauften Getreide zu höheren Preisen auf.⁴⁰

³⁴ Eric Hobsbawm: *Das Zeitalter der Extreme: Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts*, München: dtv, 2007, 474f. „Versaufen“ bezieht sich darauf, dass ein Teil des dringend benötigten Getreides zu Schnaps verarbeitet wurde.

³⁵ Nove: *Economic History*, S. 88-90.

³⁶ Ebd., S. 97f, S. 137f.

³⁷ Alan Ball: *Private Trade and Traders during NEP*, in: Sheila Fitzpatrick u.a. (Hrsg.): *Russia in the Era of NEP. Explorations in Soviet Society and Culture*, Bloomington und Indianapolis 1991, S. 89-105, hier: S. 97-99.

³⁸ Vgl. Davies: *Introduction*, S. 23.

³⁹ Nove: *Economic History*, S. 149.

⁴⁰ Ebd., S. 147; Ball: *Private Trade*, S. 97.

Die Sowjetmacht versuchte, die Widersprüche im Rahmen der NÖP einzudämmen, aber ihre Ursachen lagen in der Struktur der sowjetischen Wirtschaft: Sie spitzten sich zu. Ab 1925 wurde es schwieriger, das benötigte Getreide aufzukaufen. Anfang 1928 war die Getreidebeschaffung gegenüber dem Vorjahr massiv zurückgegangen – trotz regional guter Ernte.⁴¹ Das bedeutete eine akute Krise für die Versorgung der Städte (und z. B. der usbekischen Baumwollgebiete). In den Städten mussten 1928 und 29 Lebensmittelkarten eingeführt werden. Die Sowjetmacht reagierte mit einer Kampagne, in der sie Getreide von Kulaken beschlagnahmte. Die bedrohliche Spekulation mit Getreide und diese Kampagne waren der Ausgangspunkt für die Verschärfung des Klassenkampfes auf dem Land, der in den folgenden Jahren zur Kollektivierung und zur Enteignung der Kulaken führen sollte.

Natürlich hätte die Sowjetmacht auch anders reagieren können als mit Zwang gegen Kulaken und Spekulanten: Sie hätte die Preiskontrollen und damit die Begrenzung des Marktes aufheben können, sie hätte einen Markt zulassen können, auf dem sich die Preise nach Angebot und Nachfrage richten. Das hätte die gesellschaftliche Stellung der Kulaken gestärkt und den Aufbau der Schwerindustrie unmöglich gemacht (genauer in Teil 2).

Die Widersprüche der NÖP lagen in ihrer Anlage: Für eine gewisse Zeit war sie notwendig und förderlich, aber die begrenzte Freiheit des Marktes konnte nicht dauerhaft stabil sein. Das meint Hobsbawm mit der Schlinge, mit der sich die NÖP selbst strangulierte. Er fasst zusammen:

„Es war daher niemals sehr wahrscheinlich gewesen, daß sich die Neue Ökonomische Politik - also ein ausgewogenes Wirtschaftswachstum auf Basis einer vom Staat gesteuerten bäuerlichen Marktwirtschaft, deren Kommandospitzen von ihm kontrolliert wurden – als dauerhafte Strategie erweisen würde.“⁴²

Diejenigen, die die NÖP zum marktsozialistischen Modell machen wollen, ignorieren oft, wie schnell sich die Widersprüche zwischen der Dynamik des Marktes, d. h. den kapitalistischen Elementen, und den Zielen der Sowjetmacht entwickelten und zuspitzten. Aus einer solchen Sicht erscheinen leicht Stalins Machtstreben oder seine ideologische Verbohrtheit als Gründe für das Ende der NÖP. Tatsächlich zeigt sich: Die Entwicklung der sowjetischen Wirtschaft in den 1920er Jahren ist ein Beispiel dafür, dass selbst eine begrenzte Freiheit des Marktes nach kurzer Entwicklung in Widerspruch zur planmäßigen Ausrichtung der Wirtschaft an gesellschaftlichen Bedürfnissen führen muss.

Ausblick

Der zweite Teil dieses Artikels in der nächsten Ausgabe beschreibt, warum sich die Widersprüche der NÖP zugespitzt haben, als die Wiederherstellung der Wirtschaft erreicht war – und damit, in welchem Maße die Marktbeziehungen tatsächlich zu einer Entwicklung der Produktivkräfte beitragen konnten. Anhand der Richtungskämpfe in der KPdSU wird diskutiert, dass der Übergang zur Planwirtschaft keine willkürliche Entscheidung war, sondern ein besonderer Ausdruck der allgemeinen Tatsache, dass die Widersprüche des Kapitalismus zum Sozialismus drängen.

*

⁴¹ Nove: Economic History, S. 149. Nove gibt einen Rückgang um 30 Prozent an.

⁴² Hobsbawm: Zeitalter der Extreme, S. 475.

Konträre Konzepte: Markt vs. Plan

von Jürgen Lloyd

Die Frage danach, wie sich die Steuerung einer Ökonomie gemäß einer gesellschaftlichen Planung zu den „mit unsichtbarer Hand“ sich durchsetzenden Wirkungen einer Marktwirtschaft verhält, ist umstritten. Unterschiedliche Antworten hierauf schlagen sich nicht zuletzt auch in gegensätzlichen Positionen nieder, was denn den Charakter der sozialistischen Gesellschaftsformation auszeichnet. Wenn im Titel Markt und Plan als *konträre* Konzepte benannt werden, deutet das auf die hier vertretene Position bereits hin. Deren Hintergrund sei – da Transparenz bei kontroversen Debatten hilfreich ist – kurz skizziert.

Die politische Ökonomie handelt von der Art und Weise, wie die gesellschaftliche Produktion reguliert ist. Wird der Zusammenhang der individuellen Produktionstätigkeiten zueinander und mit den Bedürfnissen anderer Individuen und der ganzen Gesellschaft über den Markt organisiert, oder wird er planmäßig gesteuert?

Engels formuliert das Folgende zur Konsequenz, welche aus der Produktion von Waren – also der Produkte von Privatindividuen für den Austausch am Markt – für die Gesellschaft hervorgeht:

„Aber jede auf Warenproduktion beruhende Gesellschaft hat das Eigentümliche, daß in ihr die Produzenten die Herrschaft über ihre eigenen gesellschaftlichen Beziehungen verloren haben.“¹

Das betrifft das eigentliche Thema und die zentrale Frage der Beschäftigung von Marx und Engels mit den gesellschaftlichen Produktionsverhältnissen: Welchen Charakter haben die

Beziehungen der Menschen, die sie in der gesellschaftlichen Produktion ihres Lebens notwendig eingehen? Welche Form erhält die Vergesellschaftung der Menschen?

Kommunistinnen und Kommunisten kann es nicht darum gehen, eine Idealvorstellung von Gesellschaft zu entwerfen und die Wirklichkeit dann nach diesem Bild zu beurteilen. Sie können aber ebenso wenig die von Marx und Engels untersuchten Gesetzmäßigkeiten des historischen Materialismus über den Charakter einer Gesellschaftsformation ignorieren.

Engels charakterisiert die Gesellschaftsformation, in der das Proletariat die öffentliche Gewalt ergriffen hat und kraft dieser Gewalt die gesellschaftlichen Produktionsmittel in öffentliches Eigentum verwandelt hat – also den Sozialismus:

„Der Umkreis der die Menschen umgebenden Lebensbedingungen, der die Menschen bis jetzt beherrschte, tritt jetzt unter die Herrschaft und Kontrolle der Menschen, die zum ersten Male bewusste, wirkliche Herren der Natur, weil und indem sie Herren ihrer eignen Vergesellschaftung werden.“²

Das für jede marxistische Analyse grundlegende Verständnis vom politischen/ ideologischen/ kulturellen/ juristischen Überbau, der sich über der Basis der Produktionsverhältnisse erhebt, ist hier von Bedeutung: Die Basis – das ist die Gesamtheit der Verhältnisse, die die Menschen miteinander in der gesellschaftlichen Produktion ihres Lebens eingehen³. Im Produktionsprozess – im Stoffwechsel mit der Natur, der nur in der bürgerlichen Ideologie von

¹ Friedrich Engels: Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft, MEW19, S.214

² Ebd. S. 226

³ Hierzu insbes. Karl Marx: Zur Kritik der Politischen Ökonomie – Vorwort, MEW13, S.8

isolierten Individuen, in Wirklichkeit aber stets auf gesellschaftlicher Grundlage vollzogen wird – bilden sich die gesellschaftlichen Beziehungen. Bei dieser von Marx ergründeten Basis geht es exakt darum, wie die individuellen Produktionstätigkeiten zueinander und mit den Bedürfnissen anderer Individuen und der ganzen Gesellschaft vermittelt werden.

Kommunistinnen und Kommunisten kann es nicht darum gehen, eine Idealvorstellung von Gesellschaft zu entwerfen und die Wirklichkeit dann nach diesem Bild zu beurteilen. Sie können aber ebenso wenig die von Marx und Engels untersuchten Gesetzmäßigkeiten des historischen Materialismus über den Charakter einer Gesellschaftsformation ignorieren.

Ob dies durch einen bewussten Plan bewirkt wird, oder ob es den Mechanismen des Marktes überlassen wird, ist demnach keineswegs eine Frage eines beliebig austauschbaren und nach Praktikabilitätserwägungen zu wählenden Instruments, sondern bestimmendes Charakteristikum der Gesellschaftsformation. Die erste

Position – dass der Markt lediglich ein für die Gesellschaftsformation irrelevantes Instrument sei – findet sich jedoch bei Deng Xiaoping:

„Ob wir etwas mehr Plan oder Markt haben, ist kein grundlegender Unterschied zwischen Sozialismus und Kapitalismus. Planwirtschaft ist nicht gleichbedeutend mit Sozialismus. Im Kapitalismus gibt es auch Planung, Marktwirtschaft ist nicht gleichbedeutend mit Kapitalismus, denn im Sozialismus gibt es auch Märkte. Plan und Markt sind beides wirtschaftliche Instrumente.“⁴

Zur Frage, ob Markt und Plan koexistieren können, schrieb Helmut Dunkhase 2013:

„Markt und Plan sind logisch unvereinbar. Zum Markt gehören untrennbar unabhängig, privat voneinander produzierende Produzenten, deren Zusammenhang durch den Tausch gestiftet wird. Der Tausch ist verbunden mit einem Eigentümerwechsel und in seiner Realisierung nehmen die Produkte die Form einer Ware an. Die gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeitquanten für die Produkte bestimmen sich im Nachhinein, gewaltsam. Das besorgt das hinter dem Rücken der Agierenden wirkende Wertgesetz. Zum Plan gehören untrennbar abhängig voneinander produzierende Produzenten, deren Zusammenhang durch Kooperation gestiftet wird. Die Kooperation ist nicht mit einem Eigentümerwechsel verbunden und in Kooperation erzeugte Produkte nehmen nicht die Form einer Ware an.“⁵

Und kommt zu dem Schluss:

„Markt und Plan schließen einander aus. Das heißt aber natürlich nicht, dass in der Realität nicht Marktelemente und Planwirtschaft nebeneinander bestehen können. Das hat es in

⁴ Zitiert nach: Felix Wemheuer: Einleitung: Kann der Markt den Sozialismus retten, in: Ders. (Hrsg.): Marktsozialismus. Eine kontroverse Debatte, Wien: Promedia, 2021, S. 7.

⁵ Helmut Dunkhase: Planwirtschaft im 21. Jahrhundert. In: »Marxistische Blätter« Heft 5/2013

*der Vergangenheit gegeben, und das wird es in der Zukunft sicherlich auch für einen bestimmten Zeitraum geben. Es geht mir darum, klar zu machen, dass, wenn man sich in der Planwirtschaft auf Marktelemente einlässt, sich damit den Feind ins Haus geholt hat.*⁶

Auch im Kapitalismus findet Planung statt. Für das einzelne Unternehmen machen bereits Marx und Engels hierauf aufmerksam und weisen auf den dabei sich zeigenden Widerspruch zur „Anarchie der gesellschaftlichen Produktion“⁷. Beim Übergang zum Monopolkapitalismus bringt der Druck des wachsenden gesellschaftlichen Charakters der Produktivkräfte die Ausdehnung kapitalistischer Planung auch über das einzelne Unternehmen hinaus hervor.⁸ Die Planung im Monopolkapitalismus bleibt aber kapitalistische Planung. Sie unterscheidet sich von der sozialistischen Planwirtschaft in einer entscheidenden Frage: Von wem

und für welches Interesse wird geplant? Vom monopolistischen Finanzkapital und seiner staatsmonopolistischen Geschäftsführung für das Privatinteresse der Monopolisten und deren Herrschaft? Oder Planung durch die im Sozialismus herrschende Arbeiterklasse und ihrer Regierung, welche das Eigentum an den Produktionsmitteln übernommen hat und mittels dessen die gesellschaftliche Produktion bewusst und nach Maßgabe der Bedürfnisse und Interessen der Menschen regelt?

Das Thema ist hiermit sicherlich nicht umfassend behandelt. Wir wollen uns damit in einem späteren Heft von Klassenfragen beschäftigen. Hier sei lediglich die damit verbundene grundsätzliche Problemstellung für unser Verständnis der sozialistischen Gesellschaftsformation vorgestellt.*

*

Erfahrungen aus den Klinikstreiks für Entlastung in NRW

von Jurek Macher

Die Entlastungsstreikbewegung hat in den letzten Jahren deutsche Gewerkschaftsgeschichte geschrieben. Für Kommunist:innen lohnt sich ein genauerer Blick.

Anders als bei traditionellen Tarifrunden sollte mit einem „Tarifvertrag Entlastung“ nicht Lohn oder Urlaub, sondern eine ausreichende Personalbemessung in den Krankenhäusern geregelt werden. Es ging darum, die Krankenhäuser zu zwingen, mehr Personal aufzubauen und mitzubestimmen, wo wie viel Personal eingesetzt werden muss. Hintergrund war das weit

verbreitete Bewusstsein in den Belegschaften, dass es so, wie es ist, nicht weitergehen kann. Enormer Arbeitsdruck und das Wissen, die Patient:innen nicht richtig versorgen zu können, waren Ausgangspunkte für den Aufbau von Kampfkraft der Arbeiterklasse in einem Bereich, der als unbestreikbar galt. Besonders im Fokus: die (Forderung nach Abschaffung der) Fallpauschalen (DRGs), die der zentrale Hebel waren und sind, um alles im Gesundheitswesen auf Profit auszurichten – mit den bekannten Folgen für Personal und Patient:innen. „Mehr

⁶ Ebd.

⁷ Friedrich Engels: Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft, MEW19, S.215; ebenso auch Karl Marx: Das Kapital, MEW23, S.377

⁸ Hierzu W.I.Lenin: Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, LW22, S.209 u. S.211

von uns ist besser für alle“ wurde zur wichtigsten Losung der Bewegung und drückte damit auch aus, dass dieser Kampf im unmittelbaren Interesse der gesamten Arbeiterklasse lag.

Stärke aufbauen

Verdi-Betriebsgruppen bereiteten sich mit Hilfe von Organizern monatelang auf die Auseinandersetzung vor: Dem Arbeitgeber wurde ein Ultimatum für die Aufnahme von Verhandlungen gestellt. Die Ultimaten sind dabei selbst ein Kampfmittel, das einerseits die Legitimität der Kampfmaßnahmen in den Köpfen der Belegschaften erhöht – schließlich hatten die Klinikleitungen Zeit bekommen, die Probleme selbst zu lösen – andererseits gewinnen wir Zeit, um Stärke aufzubauen. Teams setzten sich zusammen und stellten Forderungen auf, wählten Delegierte, die sich in Räten zusammenfanden, um gemeinsame Forderungen bereichsspezifisch zu diskutieren. Schlüsselpersonen aus den Bereichen wurden gezielt angesprochen und mit in die Planung einbezogen. Fast 12.000 (überwiegend weibliche) Beschäftigte versammelten sich hinter den Forderungen und erklärten ihren Willen, für deren Durchsetzung zu streiken. Die Frage danach, was die Kolleg:innen bräuchten, um ihre Arbeit im Sinne der Patient:innen gut machen zu können, erwies sich als unglaublich mobilisierend und brachte die Beschäftigten sofort in einen regen Austausch.

Als die Klinikleitungen der Unikliniken in NRW das Ultimatum unkommentiert verstreichen ließen, traten die Beschäftigten in den unbefristeten Streik, knapp 2.000 allein am ersten Streiktag. Drei Wochen sollte es dauern, bis ein erster richtiger Verhandlungstermin stattfand und 77 Streiktage, bis ein Ergebnis abgeschlossen wurde. In über 25 zähen Verhandlungstagen saßen die Beschäftigten selber am Verhandlungstisch, diskutierten jeden Zwischenstand mit ihren Kolleg:innen in den Streikzelten. In täglichen Streikversammlungen und Ratssit-

zungen wurden Taktiken und Strategien der Bewegung besprochen, fanden Austauschrunden zwischen den diversen Berufsgruppen und Diskussionen zu fachlichen wie zu Fragen des Arbeitskampfes statt. Auszubildende diskutierten mit Praxisanleiter:innen darüber, wie eine gute Ausbildung auszusehen habe und organisierten Tage, an denen fachliche Schulungen für Auszubildende und Kolleg:innen angeboten wurden. Mehr und mehr wurden die Streikenden selbst Akteure ihres Arbeitskampfes.

Selbst Subjekt sein

Die Kolleg:innen sind in solchen Auseinandersetzungen nicht mehr passives Anhängsel der Gewerkschaftsbürokratie oder der Geschäftsführungen der Krankenhäuser, sondern werden selbst zu handelnden Akteur:innen. Daraus entwickelt sich ein anderes Selbstbewusstsein. Das zeigt sich nicht zuletzt im Auftreten der Streikenden. Sie mischen sich ein, diskutieren, treffen Entscheidungen, werden Bestimmer:innen ihres eigenen Schicksals. Die Resignation und Frustration, die in vielen Abteilungen unserer Krankenhäuser Einzug halten, weichen einer lebendigen Aktivität, einer schöpferischen Kraft.

Die Gewerkschaften werden nicht mehr als Dienstleister wahrgenommen, sondern als Werkzeuge, als Organisation der Beschäftigten selbst begriffen. Wie sehr das der Fall ist, hängt auch davon ab, in welchem Maße wir in den Gewerkschaften Stellvertretertum zurückdrängen können. Wenn es gelingt, dann sind es die Beschäftigten selbst, die in den Verhandlungen ihre Klinikleitungen mit den unmenschlichen Arbeitsbedingungen konfrontieren, die Strategien entwickeln und die beginnen, ihre Perspektive auf die Zeit nach der einzelnen Auseinandersetzung zu erweitern. Wir lernen noch nicht, Revolution zu machen, aber wir lernen unsere Kämpfe als Belegschaft zu führen – gemeinsam und solidarisch, im Interesse von allen, die ein

funktionierendes öffentliches Gesundheitswesen brauchen.

Gemeinsam kämpfen

Im Arbeitskampf wird die Konkurrenz zwischen Arbeiter:innen objektiv aufgehoben. Solidarität und Zusammengehörigkeit werden erfahren, Gemeinsamkeiten erkannt, vielleicht entsteht schon eine Ahnung davon, wie eine Gesellschaft auf Grundlage von Solidarität und Gemeinsamkeit aussehen könnte. Das beginnt bereits bei der Forderungsdiskussion mit der Frage: Was brauchen wir, um gut arbeiten zu können?

Diese punktuelle und zeitlich begrenzte Aufhebung der Konkurrenz kommt nicht ohne Gegenteilstendenzen daher: Abschlussangebote nur für eine Berufsgruppe, das Ausspielen streikstärkerer gegen streikschwächere Bereiche, Angebote, deren Umsetzung für Teile der Belegschaft weniger hilfreich sind, ökonomische Schwierigkeiten den Streik fortzusetzen, die Verbreitung von Polemik gegen Streikende als faul oder patient:innengefährdend Das sind nur einige der Spaltungsversuche, denen wir uns in der Zuspitzung solcher Auseinandersetzungen gegenübergestellt sehen. Nicht selten stehen wir am Scheideweg: Wird z. B. überstürzt ein Angebot für nur eine Berufsgruppe, zuungunsten anderer Berufsgruppen angenommen, endet die Auseinandersetzung mit großem Schaden am Bewusstsein und den weiteren Kampfbedingungen.

Um das abzuwenden, ist eine enge Rückkopplung zwischen Tarifkommission, Streikdelegiertenversammlungen und bis in die Stationsteams notwendig. Etwas überspitzt: Jetzt kann der Teufelskreis der „Wunschkonzerts-Forderungsaufstellung“ über „Die-Gewerkschaft-verhandelt-für-uns“ bis zur großen Enttäuschung über die „Gewerkschaftsbonzen“, die es am Verhandlungstisch vergeigt haben, durchbrochen werden. Es gibt Situationen, in

denen wir nicht stark genug sind, weiterzumachen. Manchmal muss man aber auch weitermachen, selbst wenn man verliert. Wichtig ist aber vor allem, dass gemeinsam in den Belegschaften diskutiert und entschieden wird, denn dann kann auch klar werden, was es bräuchte, um zu gewinnen. Gelingt es uns als Belegschaft, gemeinsam die richtigen Antworten zu finden, kann das Bewusstsein gestärkt, der Kampfwille gefestigt werden und der Widerspruch zwischen uns und der Gegenseite offener zutage treten. Das sind Erfahrungen, die außerhalb eines Streiks wohl kaum gemacht werden würden.

Das Wissen und die Macht – im Betrieb

Wenn Streikende sich in die Lage versetzt sehen, in den praktischen Austausch zu gehen über die Frage, was sie benötigen, um ihre Arbeit gut zu machen – für Patient:innen, wie für sich selbst als Belegschaft – dann zeigt sich, dass sie selbst es sind, die am besten wissen, was sie dafür brauchen: wie viele Kolleg:innen, welche Materialien, welche Arbeitsbedingungen. Und das, was ihnen dabei im Weg ist: Fallpauschalen, Profitinteressen, Zweiklassenmedizin. Eine bedarfsorientierte Versorgung drängt sich den Beschäftigten nahezu auf, der gesellschaftliche Aspekt der Frage „Warum und wie mache ich diesen Beruf?“ tritt in den Vordergrund. Besonders deutlich gezeigt hat sich das in den Verhandlungen zu den Notdienstvereinbarungen und der Arbeit in den Clearing-Stellen. Bestätigt durch die lebensfremden Hinweise der höheren Leitungsebenen, wie die Arbeit doch zu machen sei, versammeln sich die Expertinnen und Experten ihrer Fachrichtungen, Gelernte wie Studierende, Erfahrene wie Neue und beweisen die Überlegenheit einer Gesellschaft, die sich den Menschen zum Ziel wählt.

Die Reaktion der Arbeitgeberseite fällt in dem Bewusstsein darüber dementsprechend hart aus, wenn man bedenkt, dass die Forderungen einem Außenstehenden doch fast als harmlos, vielleicht sogar konsensfähig erscheinen könnten. Streikende wurden angezeigt, Auszubildende nicht für ihre Abschlussprüfungen zugelassen, Chefärzte gingen an die Medien mit Lügengeschichten darüber, dass krebskranke Kinder aufgrund der Streiks sterben müssten.

Reformkampf ist nicht gleich Reformkampf. Es kommt darauf an, WIE diese Auseinandersetzung geführt wird. Sind die Beschäftigten Subjekt oder Statist:innen?

Aber die Beschäftigten halten mit ihrem Wissen, ihrer Arbeit und ihrer Organisation plötzlich den Hebel in der Hand, nicht nur um den Arbeitgeber zu Zugeständnissen zu zwingen, nicht nur um sich gewerkschaftlich zu organisieren. Der wahre Zweck von Arbeiterorganisation wird spürbar: Die Arbeit zu organisieren, selbst schöpferisch den Arbeitsprozess zu gestalten.

Am Anfang zeigt sich deutlich, wie menschenverachtend der Kapitalismus ist, wie er über Leichen geht; dann wird im Kampf die eigene Stärke spürbar als Produzent:innen des gesellschaftlichen Reichtums (bzw. von Gesundheit als Teil dessen) und als Expert:innen für den eigenen Bereich. Das ist der Boden, von dem aus die Forderung nach Abschaffung des Kapitalismus und für den Aufbau des Sozialismus als einzig sinnvolle Sache angesehen wer-

den kann. Ein Vorschein, wie so eine sozialistische Gesellschaft aussehen könnte, wird bereits sichtbar, wenn Streikende Forderungen für Personalschlüssel für alle Stationen eines Großbetriebs diskutieren.

Unsere Aufgabe als Kommunist:innen

Die Schwierigkeit, vor der wir bei den Schlussfolgerungen stehen, die wir aus den Entlastungsstreiks ziehen, ist, die historische Besonderheit dieser Kämpfe anzuerkennen, ohne sie in ihrer Konkretheit zu überhöhen und daraus unser Handeln für folgende Kämpfe abzuleiten.

Reformkampf ist nicht gleich Reformkampf. Es kommt darauf an, WIE diese Auseinandersetzung geführt wird. Sind die Beschäftigten Subjekt oder Statist:innen? Dafür braucht es die entsprechenden Strukturen, in denen die Möglichkeit für die Belegschaft, Subjekt zu werden, angelegt sind. Das ist einmal eine „Demokratisierung des Streiks“, also Rätestrukturen, Teilhabe von Beschäftigten in den Verhandlungen, Tarifkommissionen usw.; das sind außerdem bestimmte „Kampf-Prinzipien“, die darauf abzielen, alle Beschäftigten zu erreichen, abzuholen und einzubinden, basierend auf Erfahrungen wie z. B. im BVG-Streik oder den kommunistisch dominierten Gewerkschaften in den USA mit W. Z. Foster in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Diese Voraussetzungen müssen aber von Kommunist:innen aktiv hergestellt werden, auch gegen den Widerstand von Teilen der Gewerkschaftsbürokratie. Das alles entsteht nicht von allein, ermöglicht dann aber einen Rahmen, in dem eine Eigendynamik und ein Wachstum entstehen kann, sowohl quantitativ als auch qualitativ.

Damit diese Strukturen wirklich fruchten, spielt aber das Bewusstsein der Belegschaft zu Beginn der Auseinandersetzung eine ebenso

wesentliche Rolle. Es ist nicht egal, ob ein Betrieb eine erste Tarifrunde bestreitet oder schon jahrelange Kampferfahrung sammeln durfte, selbst wenn dies in herkömmlichen Tarifrunden geschah. Streikerfahrene werden eher handelndes Subjekt einer Auseinandersetzung als Kolleg:innen, die Gewerkschaften bisher nur aus den Nachrichten kannten. Auch diese (jahrelange) Vorbereitung innerhalb der Belegschaft ist Aufgabe von Kommunist:innen.

Ebenso spielen aktive Kommunist:innen innerhalb und als Teil der Streikbewegung eine entscheidende Rolle für den Ausgang der Auseinandersetzung, insbesondere an beschriebenen Scheidewegen, wie der Annahme eines vergifteten Angebotes oder der Abwehr von Repressionen. Dabei ist es gerade unsere Aufgabe, schon während der Tarifrunde die Zeit danach vorzubereiten. Das bedeutet, organisatorische Strukturen zu schaffen, neu herausgebildete Führungspersonen einzubinden, die Auseinandersetzung in die aktuelle Lage des Klassenkampfes einzubetten und Frustration vorzubeugen. Gerade dem, insbesondere durch gewerkschaftliche Hauptamtliche und Organizer, häufig verbreiteten Eindruck, dass jetzt „einmal richtig“ gestreikt werden müsse und dann das Gesundheitssystem gerettet sei, muss mit einer realistischen Einschätzung und langfristigen Perspektive des Kampfes begegnet werden. Diese Perspektive muss auch auf den Kampf innerhalb der Gewerkschaften weisen: Für weitere Tarifrunden nach „rätedemokratischem Modell“, für den politischen Streik und für eine antimilitaristische Grundhaltung der Gewerkschaften.

Die Frage, ob ein Kampf als erfolgreich auszuwerten ist, bemisst sich für uns nicht bloß an einzelnen Prozentpunkten der Lohnerhöhung. Entscheidend ist für uns die Einschätzung, wie sich die Ausgangsbedingungen für folgende Kämpfe geändert haben, welche Erfahrungen die Kämpfenden gemacht haben, ob wir in der

Lage sind, das erkämpfte Ergebnis zu verteidigen, wie sich der Bewusstseinsstand und die Organisation der Belegschaft geändert hat.

Im Betrieb geht es um qualitative organisatorische Stärke: Streikleitungen, die Erfahrungen gemacht haben; Teamdelegierte, die den Klassengegner 1:1 kennen gelernt haben; Vertrauensleute, die systematisch die Gewerkschaft in ihrem Betrieb aufbauen; das Wissen über die Notwendigkeit der Organisierung von Mehrheiten; Kolleg:innen, die im Streik über sich herausgewachsen sind (selber organisieren, Reden halten, der Demo einheizen ...) etc. Nach dem Streik sackt das erstmal wieder in sich zusammen, das ist normal. Auch hier haben wir die Aufgabe, die Strukturen aktiv und lebendig zu halten. Und: Die gemachten Erfahrungen kann uns niemand mehr nehmen.

Insgesamt geht es darum, ob wir der Bourgeoisie geschadet haben und ob unsere Klasse insgesamt nun vorteilhafter dasteht. Diese Perspektive auf einen Kampf können wir vermitteln. In der Geschichte waren häufig Streiks von besonderer Bedeutung, die verloren wurden. Zum Beispiel der Streik in Crimmitschau, der mit einer Niederlage vor Ort endete, aber trotzdem dazu führte, dass der Achtstundentag als allgemeinverbindliche gesetzliche Forderung auf die Tagesordnung kam.

Die historische Besonderheit besteht darin, dass ein Kampf stattgefunden hat, der nach Nachahmern ruft, der Erfahrungen generiert hat, aus denen wir lernen, an die wir anknüpfen können, nicht nur in dieser Belegschaft, sondern als Klasse. Und dass die Keimform einer Räteorganisation sichtbar wurde, die in diesem System zwar niemals aus eigenem Antrieb gedeihen könnte, aber vielleicht spürbar gemacht hat, dass die Arbeiterklasse, wenn sie gemeinsam handelt, auch ein anderes Grundprinzip als Profit und Konkurrenz durchsetzen könnte: die Solidarität der Arbeiterklasse.

Die große Neuetikettierung

Nation statt Klasse, Staat statt Sozialismus. Domenico Losurdo interpretiert Klassenkampf und Kommunismus um.

von Franz Leo

»Zuweilen trat (...) eine Unterernährung der revolutionären Phantasie ein und eine bequeme, nämlich schematisch-praktizistische Verringerung der Totalität« (Ernst Bloch)

Die politische Ökonomie (und deren Kritik) ist den allermeisten Linken der Gegenwart das, was vielen Schülern die Mathematik: Sie langweilt, nervt, bleibt unverstanden. Ohne aber wenigstens rudimentäre Kenntnis von ihr (also der politischen Ökonomie; Mathematik wäre auch nicht schlecht) ist kein Verständnis von bestehenden Weltverhältnissen zu haben, und ohne solches Verständnis vom Verhältnis bloß ungenauer Maßstab der Kritik an ihnen und fehlerhaftes Richtmaß der Praxis gegen sie. Das gilt indes nicht minder für die Beurteilung der (jüngeren) Vergangenheit.

Das Ende des kurzen 20. Jahrhunderts war gleichbedeutend mit dem Ende des Sozialismus, wie er in einem erheblichen Teil der Welt für genau diesen Zeitraum zwischen 1917 und 1991 real geworden war. Für seine danach heimatlos gewordenen Anhänger blieben verschiedene Weisen des Umgangs mit dieser Niederlage. Erstens der Rückzug ins Private. Zweitens der Übertritt ins Lager der Sieger mit der Erklärung, man habe sich einmal an der Tür geirrt, sei jetzt aber ganz sicher an der richtigen Adresse – Überläufer, Renegaten, Opportunisten, you name it. Drittens aber: standhaft bleiben, weitermachen. Doch wie?

Zerrüttet, wie sie waren, dezimiert und voll der Zweifel über das Woher und Wohin, begegnete der italienische Philosoph und Ideengeschichtler Domenico Losurdo den übriggebliebenen Kommunisten in Europa um das Jahr

2000 in einem Essay mit der sehr nachdrücklich vorgetragenen Feststellung, sie hätten keinen Grund, sich ihrer Geschichte zu schämen, sondern sollten vielmehr ein selbstbewusstes Verhältnis zur Vergangenheit ihrer Bewegung entwickeln. Losurdo geriet daraufhin in den folgenden Jahren bis zu seinem Tod im Jahre 2018, aber auch darüber hinaus, zumindest für ein deutsches Publikum kommunistischer Provenienz zu einer Referenz, zu einer Anrufungsinstanz, wenn es darum ging, den eigenen Standpunkt bei der Beurteilung der jüngeren Vergangenheit, aber nicht zuletzt auch jener der Gegenwart zu untermauern.

Ein Beitrag zum historischen Selbstbewusstsein

Der besagte Essay, der zuerst in der italienischen Zeitschrift *L'Ernesto* erschien und dann in deutscher Übersetzung unter dem Titel »Flucht aus der Geschichte? Die kommunistische Bewegung zwischen Selbstkritik und Selbsthass« in mehreren Teilen in der *jungen Welt*, sollte also der Erbauung dienen und Verzagtheit vertreiben. Losurdo würdigt in seiner Verteidigungsschrift die historische Rolle der Sowjetunion im Kampf gegen den Nazifaschismus und gegen den Kolonialismus und weist darin eine an ernsthafter Aufarbeitung desinteressierte Dämonisierung der Stalin-Zeit zurück. Man kommt nicht umhin, den dahinterstehenden Anspruch und zentrale Aussagen wie die genannten zu loben. Die Art der Verteidigung allerdings weist eine Reihe von Merkwürdigkeiten auf, die als Muster auch in nachfolgenden Schriften erkennbar werden.

Auffällig ist zunächst, dass Losurdo sich für die Geschichte des Sozialismus, präziser: die der sozialistischen Staaten recht eigentlich gar nicht interessiert. Ökonomische Probleme des Sozialismus sind eine Kategorie, die in dieser Schrift wie im gesamten Oeuvre des Italieners im Grunde keine Rolle spielt. An die Stelle der Erörterung von Plan und Markt, Wert und Warenproduktion unter nichtkapitalistischen Produktionsverhältnissen treten auch nicht etwa politikgeschichtliche Erwägungen im engeren Sinne, sondern ideologiekritische Aspekte. Nach solcher Darstellung wird der Ideologie explizit ein höherer Rang bei der Erklärung von Nieder- und letztlich Untergang der sozialistischen Staaten des Warschauer Vertrags eingeräumt als der ökonomischen Konkurrenzfähigkeit gegenüber dem kapitalistischen Ausland oder auch politischen Entscheidungen der kommunistischen Führungsmannschaft.

Losurdos Ansatz hatte also von Anfang an idealistische Schlagseite, ihm fehlt, vom anderen Ende her betrachtet, das materielle Fundament. Man mag zu seiner Verteidigung ins Feld führen, dass es dafür andere gibt, sein Terrain sei nun mal die Ideengeschichte, doch für einen Marxisten ist der Einwand erstens nicht statthaft, und falls darüber hinweggesehen werden sollte, bleibt zweitens zumindest der Befund, dass „Flucht aus der Geschichte“ als Niederlagenanalyse nichts taugt.

Wozu aber dann? Losurdos Anspruch, den Kommunisten den „Selbsthass“ auszutreiben, folgt einer Masche, die sich durch sein ganzes späteres Schaffen hindurchzieht. Kurt Gossweiler hat das gelegentlich seiner sehr umfangreich geratenen Kritik am hier in Rede stehenden Essay so formuliert: Der Italiener verteidige die Sowjetunion und ihre Führer »wie ein Anwalt, der etwa so argumentiert: »Aber bedenken

Sie, dass die Gegenseite mindestens ebenso schlimm, wenn nicht noch schlimmer ist, und bedenken Sie ferner, wieviel Gutes meine Mandanten vollbracht haben!«¹

Man kann diese Vorgehensweise, ein vornehmes Wort wäre Komparatistik, in der Folge immer wieder beobachten. Wer Losurdos 2012 in deutscher Übersetzung erschienenen Buch »Stalin. Geschichte einer schwarzen Legende« zur Kenntnis nimmt, erfährt auffallend wenig über die nicht gerade ereignisarme Geschichte der Sowjetunion zwischen 1927 und 1953, bekommt dafür aber einen impliziten Leitsatz präsentiert, der salopp formuliert ungefähr so geht: Schlimme Vergehen, die hat's in dieser Zeit schon gegeben, aber die da im imperialistischen Lager mit ihren Kolonialverbrechen, die stehen auch nicht besser da – vergleichende Verbrechen Geschichte.

Kritik des Liberalismus

Die Suche nach den Sünden der anderen bringt allerdings die starke Seite im Schaffen von Losurdo zum Vorschein. Kaum jemand dürfte den tiefen Abgrund zwischen dem bis in heutige Zeit kolportierten Mythos von den menscheitsbeglückenden Segnungen des Liberalismus seit seinem Anbeginn und den ganz realen Schädelstätten, die in seinem Namen in den vergangenen gut 200 Jahren angehäuft worden sind, so gründlich durchmessen haben wie der italienische Philosophiehistoriker. Das Material, das er dabei heranschafft, entlarvt das Mindset etlicher gefeierter Vorzeigedenker, denen die universellen Menschenrechte des liberalen Zeitalters eine ziemlich exklusive Angelegenheit für weiße Männer war, die nicht nur den Ausschluss der übrigen rechtfertigten, sondern auch die Versklavung der und die Massaker an den Völkern der Kolonien.

¹ Kurt Gossweiler: Genosse Domenico Losurdos »Flucht aus der Geschichte« – Kritische Anmerkungen. In: Offen-siv – Zeitschrift für

Sozialismus und Frieden, Heft 10/2001; siehe auch: <https://kurt-gossweiler.de/genosse-domenico-losurdos-flucht-aus-der-geschichte-2001/>

So erhellend dieser Ansatz für die Beurteilung der Epoche des Liberalismus, so begrenzt zur Klärung der Geschichte der kommunistischen Bewegung. Als Methode ist er im Wesentlichen Ablenkung oder, um einen in jüngerer Zeit recht gebräuchlichen Terminus zu verwenden, Whataboutism: Ich spreche von den anderen, um es von den eigenen nicht tun zu müssen.

So, wie dieser Modus der Gegenüberstellung kaum geeignet ist, der Dynamik gesellschaftlicher Ordnungen auf den Grund zu gehen, so sehr irritiert ein anderes wiederkehrendes Muster, das sich bereits im Aufsatz des Jahres 2000 findet und eine Spur legt zum Kern des politisch-historischen Standpunkts von Losurdo. Es ist bereits erwähnt worden, dass er ideologischen Fragen den Vorrang erteilt bei der Ergründung der Ursachen des großen Kollaps der sozialistischen Staaten. Die hätten sich nämlich als unfähig erwiesen, »die eigene Geschichte zu bilanzieren und die eigene Ideologie gründlich zu überdenken: ihre Führer versicherten immer wieder und wieder, man schreite rasch voran auf dem Weg zur Verwirklichung des Kommunismus – eines Kommunismus, der auf die phantastische Art verstanden wurde, die oft die uns von Marx und Engels überlieferte Definition charakterisiert«.²

Phantastischer Kommunismus bei Marx und Engels? Losurdo recurriert hierbei auf die Andeutungen, die beide in der zur Veröffentlichung gar nicht vorgesehenen Frühschrift unter ihrem späteren Titel »Deutsche Ideologie« zu einer künftigen kommunistischen Gesellschaft und zum Absterben des Staates geben. Was immer dazu noch zu sagen wäre, ignoriert er interessanterweise reifere Ausführungen beider, etwa in Marxens »Randglossen« oder in Engels' »Anti-Dühring«, ebenso wie diesbezüglich

Lenins »Staat und Revolution«. Dieses von ihm ausgemachte falsche Verständnis von Kommunismus jedenfalls soll das eigentliche Problem, der Untergangsbooster gewesen sein: »Die sowjetischen Führer beteten wieder und wieder ihre ermüdende Leier von der Ankunft des Kommunismus der oben geschilderten phantastischen Sorte herunter. Und derartige Litanenien hatten ihrerseits sehr nachteilige Auswirkungen auf die Ökonomie: Die bereits offenkundigen Rückstände und Ungleichgewichte hätten energische Eingriffe zur Erhöhung der

An die Stelle des Klassenkampfes tritt der nationale Befreiungskampf, an die Stelle des Aufbaus des Sozialismus der Aufbau autonomer Staatlichkeit innerhalb der befreiten Nationen.

Arbeitsproduktivität erfordert; doch die Lösung dieses Problems wurde gewiss nicht erleichtert durch die Ansicht, man befinde sich auf dem Weg zu einem auf allgemeinen Müßiggang ausgerichteten Kommunismus, und auch nicht durch das verbreitete ideologische Klima, in dem jeder Anlauf zur Rationalisierung des Produktionsprozesses als »Restauration des Kapitalismus« gebrandmarkt wurde. Wenn es einen Kollaps in Osteuropa gab, so war dieser weit mehr ideologischer als ökonomischer Natur«.³

² Domenico Losurdo: Flucht aus der Geschichte? Die kommunistische Bewegung zwischen

Selbstkritik und Selbsthass". Marxistische Blätter, Flugschrift 01, Essen 2000, S. 37

³ Ebd., S. 38

Kommunistisches Selbstbewusstsein ohne Kapitalismuskritik?

Es sei dem Leser überlassen, über solche Sätze zu urteilen; es kann hier jedenfalls nicht der Ort sein, jede einzelne fehlerhafte Aussage in diesen Zeilen zu korrigieren. Entscheidend in diesem Kontext ist hingegen: Die Figur eines angeblich überspannten und irreleitenden Messianismus in der kommunistischen Bewegung, der zu bekämpfen sei, wolle diese Bewegung auch in der westlichen Hemisphäre wieder auf die Beine kommen, findet sich beinahe durchgängig bis in die letzten Veröffentlichungen Losurdos. Das sind vor allem die in deutscher Übersetzung erst posthum erschienenen Bände »Der Kommunismus, Geschichte, Erbe und Zukunft« (2023) sowie »Der westliche Marxismus. Wie er entstand, verschied und auferstehen könnte« (2021).

In der erstgenannten Schrift macht Losurdo sich nicht die Mühe zu definieren, was Kommunismus für ihn ist: eine Bewegung, ein Ziel, ein gesellschaftlicher Zustand oder ein intellektueller Standpunkt. Frappierend ist auch hier die völlige Abwesenheit der Kategorien der Kritik der politischen Ökonomie wie auch der Verzicht auf die Geschichte des realen Sozialismus, auf dessen Leistungen und Widersprüche, auf dessen Grenzen und Verfehlungen. Und berücksichtigt, dass die kommunistische Bewegung ein Derivat der Arbeiterbewegung ist, und die wiederum deren Adressat, dass also von Kommunismus als Bewegung nicht zu reden geht, ohne von dem zur »Klasse für sich« formierten Proletariat etwa ab der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in Europa zu reden, ist das Interesse an dieser Arbeiterbewegung verblüffend gering (das gilt im Übrigen auch für das 2016 auf Deutsch erschienene Buch »Der Klassenkampf«). Statt dessen erneut die Extrapolation

des als problematisch erachteten Messianismus: also überspannte abstrakte und utopische Vorstellungen von den Dingen nach der Revolution – die Abschaffung des Staates und damit auch das Verschwinden nationaler und staatlicher Grenzen. Dies sei eine gleichsam religiöse, fanatische und deshalb törichte Vorstellung: »Weil alle materiellen und objektiven Voraussetzungen für die Verwirklichung dieser gänzlich neuen Welt, die da beschworen und gefordert wird, fehlen, wird das Subjekt, die das Wunder vollbringen soll, in höheren Wesen erblickt.«⁴ Wer die sein sollen, bleibt indes das Geheimnis von Losurdo. In diesem Zusammenhang jedenfalls wird der Kommunistischen Internationale vorgeworfen, sie habe sich als »bolschewistische Weltpartei aufgespielt«, die nicht fragte »nach der Gefahr, dass ein solcher überspannter Internationalismus, der mit Geringschätzung auf Grenzen und nationale Identitäten blickte (...), in die Verherrlichung und die Weihe einer ›Musternation« (...) münden würde.«⁵ Und diese »Musternation« wiederum verletzte später »das enge Prinzip des Respekts der nationalen Souveränität«, das »durch den proletarischen und kommunistischen Internationalismus überwunden worden« sei. »Es war dies eine These, die de facto das Recht der UdSSR zur brüderlichen Intervention in diesen oder jenen Bruderstaat bestätigte. Und auch hier kehrte sich (...) der vorgebliche Internationalismus wieder in Großmachtchauvinismus um.«⁶

Nationale Souveränität vs. Internationale Solidarität

Tatsächlich wäre sehr ernsthaft die Frage zu diskutieren, ob die kommunistische Bewegung zum Anhängsel der Außenpolitik der Sowjetunion verkümmerte und ob mit Recht die Rede von Großmachtchauvinismus zu gehen hat,

⁴ Domenico Losurdo: Der Kommunismus – Geschichte, Erbe und Zukunft, Köln 2023, S. 168

⁵ Ebd., S. 180

⁶ Ebd., S. 194

wenn zu befürchten stand, dass die Entwicklungen in den betreffenden Ländern Ungarn und ČSSR 1956 beziehungsweise 1968 eine offen konterrevolutionäre Richtung nahmen, die den gesamten Block sozialistischer Staaten hätten gefährden können. Aber wieder einmal fehlt bei Losurdo auch nur ansatzweise eine Auseinandersetzung mit solchen Fragen. Da nun auch nicht zu erfahren ist, wie ein nicht überspannter proletarischer Internationalismus auszusehen hätte, muss unterstellt werden, dass er auf dieses Prinzip der kommunistischen Bewegung nicht allzu viel gibt. So ist denn auch das vielleicht größte Ereignis der internationalen Solidarität – die Verteidigung der Spanischen Republik durch Internationale Brigaden – eine einzige Leerstelle, sind mithin hervorragende Spanienkämpfer aus Italien, Leute wie Giovanni Pesce, Francesco Leone oder Luigi Longo in Losurdos Schaffen Abwesende.

Sein Fluchtpunkt ist nicht die internationale Solidarität, sondern die Nation, wovon denn auch ausgiebig in »Der westliche Marxismus« erzählt wird. Bereits die Anlage der Schrift ist problematisch: Als Vertreter des westlichen Marxismus fungieren samt und sonders Intellektuelle, die mal tatsächlich Marxisten sind – Ernst Bloch, Georg Lukács, Walter Benjamin –, mal solche, von denen auch nach erheblichem Biegen und Brechen nicht herauskommt, dass sie Marxisten sind – Maurice Merleau-Ponty, Max Horkheimer, Simone de Beauvoir, Hannah Arendt –, von denen dann aber mit Leichtigkeit gesagt werden kann, sie argumentierten nicht gerade sehr marxistisch – die Masche mit den Pappkameraden. Niemals aber werden Repräsentanten der kommunistischen Bewegung aus westlichen Staaten angerufen. Umgekehrt wird der »östliche Marxismus« ausschließlich von

Staatsmännern repräsentiert, Führern einer befreiten Nation, die zugleich der jeweiligen Partei vorstehen – Mao oder Ho Chi Minh. Und den zitiert Losurdo zustimmend so: »Was mich eigentlich drängte, an Lenin und die Dritte Internationale zu glauben, war der Patriotismus, nicht der Kommunismus.«⁷

Wäre es übertrieben zu sagen, dies ist das Leitmotiv von Domenico Losurdo? So schreibt er: Seit dem »Entsetzen über das Blutbad des Weltkrieges«, gemeint ist der erste, »der von der einen wie der anderen Seite offiziell im Namen der Verteidigung des Vaterlands geführt wurde«, habe sich »in breiten Kreisen des westlichen Marxismus ein exaltierter und abstrakter Internationalismus« verbreitet, »der dazu neigt, die nationale Frage für überwunden zu halten und folglich die nationalen Befreiungsbewegungen der Kolonialvölker zu delegitimieren (ein indirekter Ausdruck des prowestlichen Chauvinismus)«.⁸ Man wird schwerlich entgegenhalten können, dass diese Behauptung bloß ausgedacht sei, sie trifft einen wahren Kern. Problematisch aber ist die Vereinseitigung, die zu einer Neuetikettierung führt. Was ist damit gemeint?

Losurdo spricht von einer »verhängnisvollen zeitlichen und räumlichen Amputation des Marxismus«, die zu revidieren die »Marxisten im Westen« nicht fähig sein werden, wenn sie »die Beziehung zur weltweiten antikolonialen Revolution (oft angeführt von kommunistischen Parteien) nicht wiederherstellen, jener Revolution, die der Hauptinhalt des 20. Jahrhunderts war und weiterhin eine wesentliche Rolle in dem Jahrhundert spielt, in das wir inzwischen eingetreten sind«.⁹ Von der Oktoberrevolution ging demnach nicht das Signal zum Aufbau des Sozialismus aus, sondern das Signal der Befreiung vom kolonialen Joch. Oder in seinen Worten:

⁷ Domenico Losurdo: Der westliche Marxismus – Wie er entstand, verschied und auferstehen könnte, Köln 2021, S. 28

⁸ Ebd., S. 49

⁹ Ebd., S. 249

»Es geht darum, die koloniale Unterwerfung zu beseitigen, um einen unabhängigen Nationalstaat aufzubauen: Was die Revolution der Kolonialvölker zu inspirieren vermag, ist nicht die Parole eines ›Staates auf dem Weg seiner Auflösung‹, sondern eines Staates auf dem Weg seiner Bildung.«¹⁰

Umdeutung der Begriffe

So, wie Losurdo zutreffend darauf verweisen kann, dass es im Westen Theoretiker der Linken gibt, die den Anteil des Oktobers an den antikolonialen Befreiungsbewegungen und wiederum deren (progressiven) Nationalismus gering-schätzen, so sehr vereinseitigt er seinerseits die ganze Angelegenheit, nur eben in die entgegengesetzte Richtung, oder anders gesagt: auch seine Argumentation ist amputiert – nicht mehr die Proletarier aller Länder und die unterdrückten Völker sollen sich hier vereinigen, sondern bloß noch die Letztgenannten. An die Stelle des Klassenkampfes tritt der nationale Befreiungskampf, an die Stelle des Aufbaus des Sozialismus der Aufbau autonomer Staatlichkeit innerhalb der befreiten Nationen. Unter dem Gesichtspunkt der historischen Verlaufsformen wird man zwar sagen können, dass Losurdo die Geschichte vordergründig auf seiner Seite hat, denn eines der Ergebnisse der antikolonialen Revolution – wenigstens formal unabhängige Nationalstaaten – hat Bestand, die der sozialistischen sind weitgehend beseitigt.

Problematisch daran ist aber, dass er sich ausdrücklich an ein kommunistisches oder marxistisches Publikum richtet, dem ein ganzer Sack voller Flausen auszutreiben sei, und zu diesem Zweck die angedeutete Neuetikettierung betreibt bis hin zu den Buchtiteln: »Der Klassenkampf« handelt über weite, weite Strecken von der nationalen Frage, deren Lösung kurzerhand zu einer Form des Klassenkampfes erklärt wird. »Der Kommunismus« wiederum

beschäftigt sich nicht mit dem, was gemeinhin unter Kommunismus verstanden wird, sondern wiederum mit der antikolonialen Revolution und den Verbrechen im Namen des Liberalismus. Die Erzählung erhält neue Parameter, allerdings unter den althergebrachten Namen.

Dabei wird gar nicht nach Qualität und Richtung gefragt: Der erfolgreiche antikoloniale Kampf ist eine Emanzipation von imperialistischer Unterjochung – einfache Negation. Doch Emanzipation zu welchem Ende hin? Es geht Losurdo um die Anerkennung der Nationen als souveräne und gleichberechtigte. Wie die befreiten Nationen das anstellen, also unter welchen Produktionsverhältnissen sie sich ihren Erfolg sichern, ist gleichgültig. So rückt denn das Motiv der Entwicklung der Produktivkräfte in den Mittelpunkt der von einer befreiten Nation zu bewältigenden Aufgabe. Was nun ganz real bedeutet, dass diese Emanzipation im wesentlichen neue Nationalstaaten auf kapitalistischer Grundlage geschaffen hat, die den bereits existierenden mal mehr, mal weniger erfolgreich als Konkurrenten um Anteile auf dem Weltmarkt begegnen.

Den Ausgangspunkt beziehungsweise die Betrachtungsebene bildet hier ausschließlich die jeweilige politische Tat, die objektive Dynamik des Kapitals ist hingegen, wir wissen es bereits, eine Unbekannte. Losurdo kennt nicht den negativen Universalismus des Kapitals, des großen Gleichmachers globaler Verhältnisse der Ungleichheit. Er weiß nichts von der Dialektik der übergreifenden Einheit von Vereinheitlichung und Spaltung: Die Welt zerfällt in ein Pluriversum von Staaten, die einander im Modus der Konkurrenz begegnen. Die Schaffung des Weltmarkts aber ist der vereinheitlichende Prozess – sukzessive wird der gesamte Planet in einem Zeitraum von Jahrhunderten nach den Gesetzen des Kapitals geformt. Gegen dieses

¹⁰ Ebd., S. 24

unerbittliche Regime war die Oktoberrevolution der erste Ausbruchsversuch von Dauer. Und dazu gehörten unzweifelhaft die antikolonialen Revolutionen, aber eben nur in ihrer Verbundenheit mit dem Sozialismus im Aufbau.

Keine Hilfestellung

So bleibt ein Befund: Losurdos Schriften liefern keine Hilfestellung in der Debatte zur Bestimmung des gegenwärtigen Imperialismus und geben auch keine befriedigende Antwort auf die Frage, was Sozialismus war, ist und sein könnte beziehungsweise sein sollte. Gleichwohl ist Losurdo so etwas wie ein intellektuelles Maskottchen innerhalb einer geschwächten kommunistischen Community in Deutschland. Die positive Rezeption bringt aber implizit mit sich, dass für Kommunisten entscheidende Parameter entweder ignoriert oder brutal verbogen werden müssen. Imperialismus ist dann kein politökonomisches Weltverhältnis mehr, sondern die 500jährige Eroberungs- und Unterwerfungsgeschichte eines »Kulturraums« (der Westen), Sozialismus nicht mehr Anspruch und Versuch, andere gesellschaftliche Verkehrsformen zu etablieren, deren gesellschaftlicher Reich-

tum nicht mehr auf Ausbeutung der Ware Arbeitskraft beruht und deren Bewegungsprinzip nicht mehr der potentiell unendliche und unendlich expansive Prozess der Kapitalakkumulation ist, sondern Sozialismus ist dann der Versuch, ehemals kolonialer oder halbkolonialer Nationen, ihren Weg der Emanzipation von eben jenem »Westen« zu beschreiten, ganz gleich ob die dabei gewählte ökonomische Form nun kapitalistisch, sozialistisch oder sonst wie genannt wird.

Losurdo erzählt eine beeindruckende Geschichte von Unterdrückung und Emanzipation, und diese Geschichte hat epochale Bedeutung bis hin zu den welthistorischen Verschiebungen der heutigen Zeit. Sein Zugriff auf diese Veränderungen ist aber idealistisch, nicht historisch materialistisch. Seine Welt ist im Wesentlichen die der intellektuellen Kontrahenten. Das kann erhellend sein. Als Generalansatz zur Klärung der Geschichte der kommunistischen Bewegung langt dieser Weltzugriff daneben und wirkt für deren Selbstverortung ziemlich desorientierend.

*

Kuba, (k)ein Beispiel für Selbstbefreiung?

von Tobias Kriele

Die Welt hält aktuell nicht, was die Epoche verspricht; kein Wunder, dass die kommunistische Bewegung großen Klärungsbedarf hat. Gut, dass auch die DKP darum ringt, sich diese Debatten anzueignen. Ein vom Parteivorstand aufgerufenes Thema ist die Frage des Kolonialismus und Antikolonialismus. Auf der Theoretischen Konferenz im Juni 2026 zeigte sich, dass es dazu innerhalb der Partei keine großen Meinungsunterschiede gibt: Natürlich gibt es heute

einen Kampf um nationale Befreiung, und natürlich ist er ein Bezugspunkt für die deutschen Kommunisten.

Eine andere Antwort hätte auch überrascht, kämpfte doch zu diesem Zeitpunkt die Kubanische Revolution bereits seit fünf Monaten in einem seitens des US-Imperialismus unerbittlich geführten Wirtschaftskrieg um ihr Überleben. Eingeläutet wurde dieser durch die Militärintervention in Venezuela am 3. Januar 2026, bei welcher die venezolanische Landesverteidigung

ausgeschaltet und der venezolanische Präsident Nicolás Maduro und seine Ehefrau entführt wurden. Unter anderem 32 kubanische Leibwächter ließen bekanntlich ihr Leben für Maduro, für Venezuela und für die Verteidigung der Souveränität der Länder Lateinamerikas.

Es wäre folglich ein passendes Thema für die Konferenz gewesen, darüber zu beraten, welche Bedeutung der Widerstand des kubanischen Volkes für unser Verständnis der Welt und für unsere eigene Strategie hat. Angesichts dessen war es erstaunlich, dass die Frage der nationalen Befreiung in Lateinamerika in der UZ auf ganz andere Weise eingeleitet wurde. Dort erschien am 27. März 2026 als zweiter Teil der Serie „Antikolonialismus gestern und heute“ ein Beitrag von Günter Pohl, der sich vornahm, die Geschichte von Kolonialismus und Antikolonialismus in Lateinamerika zusammenfassend abzubilden. Darin fand sich eine Erzählung der Geschichte Lateinamerikas als eines Kontinents, dessen Versuche, sich aus dem Kolonialismus zu befreien, im Laufe der Geschichte immer wieder gescheitert sind. Das macht der Autor daran fest, dass die „Ureinwohner“ des Subkontinents, also die Indigenen, bis heute keine Emanzipation erlebt hätten. Dementsprechend war der Artikel überschrieben mit: *Bedingte Selbstbefreiung*.¹

Tatsächlich erzählt der Autor die Geschichte des Subkontinents in einem quasi identitätspolitischen Ansatz entlang der ethnischen Auseinandersetzung zwischen „Ureinwohnern“ (üblicherweise „Indigene“ genannt) und „Spaniern“ (mit der Unterform ihrer in Lateinamerika lebenden Nachfahren, den „Criollos“). Dabei gelangt er zu markanten Schlüssen: Der in Caracas geborene Simón Bolívar zum Beispiel sei ein Spanier gewesen, der die „Ureinwohner“ Lateinamerikas schon deshalb nicht befreien konnte,

weil er nicht auf ihren Kontinent gehörte. Die *Libertadores* (deutsch: Befreier), zu denen neben Bolívar auch etwa Sucre oder Miranda zählen – Vorkämpfer des Kampfes um antikoloniale und später antiimperialistische Souveränität – werden dafür kritisiert, dass sie „in erster Linie sich selbst befreiten und dergestalt eigene Interessen bedienten“. Und nicht etwa die Interessen der Indigenen, wie es der Tenor des Artikels nahelegt.

Auch 150 Jahre nach ihrer offiziellen Abschaffung haben die im Rahmen der Sklaverei begangenen Verbrechen in den ehemals kolonialiserten Gebieten Lateinamerikas bis heute tiefe Spuren hinterlassen. Der Rassismus als Rechtfertigungsideologie der Sklaverei prägt bis heute die nachkolonialen Verhältnisse und ist ein stabilisierender Faktor des Imperialismus.

Aber nicht nur die Anführer der Unabhängigkeitskriege fallen der Logik „hier Indigene – da Spanier“ zum Opfer. Auch der Kubanischen Revolution wird im genannten Beitrag kein nennenswerter Beitrag zur antikolonialen Geschichte attestiert. So hätten die Ureinwohner

¹ <https://www.unsere-zeit.de/bedingte-selbstbefreiung-4812963/#more-4812963>

„keine guten Erfahrungen“ mit ihr machen können, denn „just im Land des weitestreichenden Versuchs von Gleichheit (Kuba) waren die Indigenen längst ausgerottet“. Abgesehen davon, dass die Annahme, in Kuba seien alle Indigenen „ausgerottet“ worden, längst wissenschaftlich widerlegt und ihre Wiederholung journalistisch fragwürdig ist, ist es natürlich prinzipiell wichtig und richtig, auf das Leid der „Ureinwohner“ hinzuweisen. Allein, eine fortschrittliche Position ergibt dies für sich genommen noch nicht.

Die Kritik an der Misshandlung, Ausbeutung und Vernichtung der indigenen Bevölkerung Lateinamerikas ist so alt wie die Eroberung des Kontinents. Der Pater Bartolomé de las Casas setzte sich schon zu Beginn des 16. Jahrhunderts dafür ein, die Indigenen als Gotteskinder anzuerkennen. Seine Vision, an ihrer Statt aus Afrika herbeigeschleppte afrikanische Sklaven zu knechten, wurde kurz darauf bittere Wirklichkeit. Die Sklaverei entwickelte sich zu einem weltumspannenden System der ökonomischen, politischen und kulturellen Gewaltherrschaft. Sie prägte entscheidend die geschichtliche Entwicklung Lateinamerikas. Die Sklaverei bedeutete objektiv in Teilen Amerikas, auch seines südlichen Subkontinents, eine gewaltige Produktivkraftentwicklung und bahnte den Weg zum Übergang in kapitalistische Ausbeutungsverhältnisse, beispielsweise in der Zuckerproduktion. Sie war einer der wesentlichen ökonomischen Grundpfeiler des Kolonialismus. Dementsprechend hatte der Widerstand gegen die Sklaverei das Potential, das System zu erschüttern. Nicht ohne Grund hielt Marx seinerzeit die Sklavenaufstände für „das Größte, was jetzt in der Welt vorgeht“.²

Auch 150 Jahre nach ihrer offiziellen Abschaffung haben die im Rahmen der Sklaverei began-

genen Verbrechen in den ehemals kolonialiserten Gebieten Lateinamerikas bis heute tiefe Spuren hinterlassen. Der Rassismus als Rechtfertigungsideologie der Sklaverei prägt bis heute die nachkolonialen Verhältnisse und ist ein stabilisierender Faktor des Imperialismus.

Eingezwängt durch den selbst auferlegten Dualismus von „Indigenen“ und „Spaniern“, erwähnt besagter UZ-Grundsatzartikel über den Kolonialismus in Lateinamerika die Sklaverei wiederum lediglich in einem Nebensatz. Mit ihr fällt auch der Befreiungskampf der Sklaven und ihrer Nachfahren, im heutigen Lateinamerika in ihrer übergroßen Mehrzahl Teil der Arbeiterklasse, unter den Tisch. Damit ist der Weg zu einem tieferen Verständnis von dem verstellt, was Befreiung im lateinamerikanischen Kontext ausmachte. Schließlich war der Widerstand gegen Sklaverei und Rassismus ein geschichtlicher Faktor der Kubanischen Revolution, deren Beginn aus kubanischer Sicht tief im 19. Jahrhundert anzusiedeln ist. Nicht aus Zufall gab der kubanische *Vater des Vaterlandes* Carlos Manuel de Céspedes mit dem Auftakt zum ersten Unabhängigkeitskriege gegen die spanische Krone am 10. Oktober 1868 „seinen“ Sklaven die Freiheit zurück und forderte sie auf, sich dem antikolonialen Kampf anzuschließen. Die sich daraufhin entwickelnde Unabhängigkeitsbewegung der Mambisen und ihrer Nachfolger in Kuba ist ein gutes Beispiel dafür, wie sich der Kampf um nationale Unabhängigkeit mit dem Kampf gegen die Sklaverei und den sich entwickelnden Kapitalismus verbinden konnte – bei aller Widersprüchlichkeit, die in der Natur der Sache liegt. Aus dieser Geschichte stammt das Selbstverständnis der Kubanischen Revolution unter Fidel Castro (in der Logik des UZ-Artikels nur ein weiterer „Spanier“). Fidel hat die Auffassung geprägt, Kuba habe mit Blick auf die mit

² Marx an Engels, Brief vom 11. Januar 1860 (MEW 30: 6)

seiner Geschichte verknüpfte Sklaverei eine Schuld gegenüber dem afrikanischen Kontinent zu begleichen. Aus ihr leiteten sich internationalistische Missionen wie in Angola ab, die schlussendlich zur Abschaffung der Apartheid führten.

Ähnliche Überschneidungen findet man, betrachtet man die Ansätze zur Befreiung der Frau in der Kubanischen Revolution. Wenige Monate nach dem Beginn des ersten Unabhängigkeitskrieges versammelte sich in der Kleinstadt Guáimaro in der heutigen Provinz Camagüey die konstituierende Versammlung der *Republik in Waffen* und verabschiedete die erste Verfassung des freien Kubas. Die Kubanerin Ana Betancourt trat dort anknüpfend an die Befreiung aus der Sklaverei mit der Forderung nach einer Gleichberechtigung der Geschlechter auf. Sie wird wie folgt zitiert: „Mitbürger! Hier waren wir alle Sklaven nach unserer Herkunft, unserer Hautfarbe und nach unserem Geschlecht. Ihr habt euch entschieden, die herkunftsbezogene Versklavung bis zum Tode zu bekämpfen. Ihr habt die Sklaverei nach Hautfarbe zerstört, indem ihr den Sklaven befreit habt. Es ist nun der Moment gekommen, auch die Frau zu befreien.“ Das zeigt, dass in der kubanischen Unabhängigkeitsbewegung ein umfassendes Verständnis von Befreiung herrschte.

Diese Art von Kämpfen und revolutionärer Subjektwerdung, bei denen Kategorien wie Unabhängigkeit, Souveränität, patriarchale Unterdrückung, Klassenkampf und Antiimperialismus im Mittelpunkt stehen, hat es an verschiedenen Orten Lateinamerikas gegeben. Doch nur in Kuba haben sie sich letzten Endes zu einer Bewegung entwickelt, welche in der Lage war, die Machtfrage zu stellen sowie ein nationales Gebiet von Imperialismus und kapitalistischer Ausbeutung zu befreien und nachhaltig zu behaupten.

Daher stellte der Widerstand Kubas insbesondere gegen den US-Imperialismus eine wesentliche Orientierung für die lateinamerikanischen Bewegungen gegen den Neokolonialismus dar. Auf der ganzen Welt haben Menschen, Parteien und Bewegungen erkannt, dass in Kuba derzeit eine Schlacht von weltweiter Bedeutung geschlagen wird. Auch in der UZ konnte man zu verschiedenen Gelegenheiten darüber lesen. Im scharfen Kontrast dazu steht besagter Grundsatzartikel, der sich zu der Aussage versteigt, Kuba könne „derzeit leider nur indirekt, als Objekt eines möglichen regionalen Solidaritätsaufbegehrens, zum Fortschritt beitragen“. Gerade in dieser historischen Situation der sich zuspitzenden Angriffe auf die Revolution wird Kuba in besagtem Artikel zu einem „Objekt“ gemacht, zu einem Opfer, das allenfalls auf nachbarschaftliches Mitleid hoffen kann.

Diese Position, von der die UZ auch auf spätere Nachfrage nicht abrücken wollte, steht, vorsichtig ausgedrückt, in einem Spannungsverhältnis zur auch von der DKP unterstützten Abschlusserklärung des 24. Welttreffens der Kommunistischen und Arbeiterparteien Anfang August 2026 in Havanna. Dort unterstrichen die anwesenden Parteien aus der ganzen Welt die Bedeutung der Ideen Fidel Castros als „unerlässlich“, um den kolossalen Herausforderungen der aktuellen Weltlage begegnen zu können. Vereinbart wurden fünf konkrete Aktionsfelder, von denen sich die ersten beiden explizit auf die Solidarität mit Kuba bezogen.

Es herrscht also offensichtlich große Einigkeit der Weltbewegung über die herausragende weltweite Bedeutung des Abwehrkampfes Kubas gegen die Angriffe des Imperialismus. Umso mehr verwundert die Beharrlichkeit, mit der die UZ einige Wochen zuvor Kuba partout nicht mehr als eine „regionale“ Bedeutung zuschreiben mochte. Der revolutionären Insel, die seit 1959 in der Praxis gezeigt hat, in welchem

Ausmaß Befreiung möglich ist, attestiert die UZ, dass sie derzeit „nur indirekt“ zum Fortschritt beitragen könne. Interessant ist aber die Frage: Welcher andere Player könnte denn einen solchen direkten Beitrag zum Fortschritt leisten, zu dem Kuba angeblich nicht imstande ist? Offensichtlich scheint hier Regierungshandeln als der einzig denkbare Akteur von Befreiung übrig geblieben zu sein. Klassenkämpfe und Befreiungsbewegungen spielen in dieser Geschichtsschreibung Lateinamerikas keine erkennbare Rolle mehr.

Und hier kommen wir zurück zu der Frage: Warum eigentlich veröffentlicht die Wochenzeitung der DKP in einem Moment, in dem Kuba mit dem Rücken zur Wand steht, einen Beitrag, der die Bedeutung der Kubanischen Revolution in Lateinamerika und darüber hinaus relativiert?

Die Antwort findet sich möglicherweise in der Vorstellung von dem Weg aus der kolonialen Abhängigkeit Lateinamerikas, der in besagtem Artikel angedeutet wird. Hier ist von einem „weltweiten Aufbruch zu einer multipolaren Ordnung“ zu lesen. Aus lateinamerikanischer Perspektive scheint dieser irgendwie von außen zu kommen. Genaues erfährt man nicht. Der Artikel lässt sich so lesen, dass Widerstand der Unterdrückten Lateinamerikas selbst zwecklos ist – und zugleich überflüssig, denn Lösungen sind nicht von ihnen selbst, sondern von außen zu erwarten. Dieses Szenario einer Rettung der Unterdrückten – Indigene oder nicht – als Ergebnis eines von außen kommenden Regierungshandelns findet sich auch im Tenor einiger programmatischer Überlegungen, die aktuell in unserer Partei angestellt werden.

Die Hoffnung darauf, dass die Erlösung eines Tages aus dem Morgenland komme, lässt sich möglicherweise damit erklären, dass sich das revolutionäre Subjekt in unserem Land in einem recht ramponierten Zustand befindet. Es

ist verständlich (wenn auch politisch fehlleitend), dass man, wenn man sich und den seinen Lösungen nicht mehr zutraut, den Blick in die Ferne gleiten lässt. Kommt man allerdings aus einer solchen Haltung heraus mit der erstaunlich lebendig-optimistischen Kubanischen Revolution in Berührung, kann es zu Verstörungen kommen. Nicht nur, dass der fortgesetzte Widerstand der kubanischen Bevölkerung und ihrer Partei gegen die Vernichtungsstrategie beeindruckt. Er zeigt auch, dass in Kuba weiterhin der Gedanke aus der *Internationale* gilt: „Uns aus dem Elend zu erlösen, können wir nur selber tun!“ Und Kuba bleibt keine andere Wahl, als sich selbst zu erlösen, denn von besagtem Aufbruch der Länder des Globalen Südens war im für Kubas Revolution existentiellen Jahr 2026 bislang wenig zu spüren.

Im Gegenteil, das Beispiel Kuba macht sichtbar, dass Revolutionen, die diesen Namen verdienen, auch heutzutage von der Kampfbereitschaft der eigenen Klasse getragen werden müssen – bei Strafe des eigenen Untergangs. Und so schwankt die Haltung der UZ zwischen einer aufrichtigen Solidarität mit Kuba und einer verstörten (und verstörenden) Distanzierung, weil das, was in Kuba geschieht, nicht recht in die eigene, in Renovierung befindliche Weltauffassung passt.

Falls man mir vorwerfen möchte, ich solle bitte mit derlei Kritiken das Gespräch mit der Zeitung suchen, die sie betrifft: Der Abdruck meines Leserbriefes zu besagtem UZ-Grundsatzartikel wurde abgelehnt. Das Argument: Mein Kommentar entspräche nicht der Position der Redaktion. Diese sähe sie im kritisierten Beitrag allerdings zutreffend abgebildet. Ich glaube nicht, dass die UZ-Redaktion den bürgerlichen Unfug nicht wahrgenommen hat, den der besagte Artikel schleudert, und ich unterstelle ihr auch nicht, dass sie die Entsolidarisierung von Kuba mitträgt, auf die er hinausläuft.

Ich vermute, der hier analysierte Artikel zeichnet sich aus Sicht der Redaktion dadurch aus, dass er den Weg zu den gewünschten Schlussfolgerungen öffnet: Segen der multipolaren Welt, Heilsbringer China, Vorrang der nationalen bzw. Menschheitsfragen vor Klassenkämpfen. Ob so eine Diskussion aussieht, welche die kollektive Weisheit der Partei entfaltet? Man

darf es bezweifeln. Beziehungsweise, man darf es nicht.

In jedem Fall gratuliere ich den *KlassenFragen* nachträglich zur ersten Ausgabe, denn ich fürchte, die Partei braucht sie.

*

Kuba: Markt contra Emanzipation

Blockade, Markt und die Wiederkehr überwundener Ungleichheit – ein Bericht aus einem Gespräch mit einer kubanischen Soziologin

von Tomke Blotekamp

Mit dem Sieg der Revolution im Jahr 1959 hat Kuba die Zeit der Fremdbestimmung und Abhängigkeit von den USA überwunden und mit der Weichenstellung für den sozialistischen Aufbau seine Wirtschaft am Interesse der kubanischen Bevölkerung ausgerichtet. Dazu wurde der Großgrundbesitz aufgelöst, Unternehmen weitestgehend enteignet, die Produktion verstaatlicht und geplant. Seitdem gilt die kubanische Revolution als Vorbild für andere Befreiungsbewegungen weltweit. Den USA war und ist das sozialistische Beispiel vor der eigenen Haustür selbstverständlich von Anfang an ein Dorn im Auge. So bauten sie seit den 1960er Jahren eine Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade auf, die den Zugang zum kapitalistischen Weltmarkt für die sozialistische Insel massiv einschränkte. Mit dem Ende der Sowjetunion und des RGW schlug die Blockade massiv gegen Kuba durch und wurde zugleich - mit Un-

terbrechung durch die Obama-Regierung - immer weiter verschärft. Heute ist sie umfangreicher denn je und wird auch immer präziser angewendet. Medikamente, Vorprodukte, Ersatzteile und Maschinen können, selbst wenn Kuba sie mit Devisen bezahlt, durch staatliche Betriebe und Institutionen nicht importiert werden – jeder Lebensbereich ist dramatisch von der Blockade betroffen.

Die kubanische Revolution steht aufgrund der Verschärfung der US-Blockade aktuell vor der vielleicht größten Herausforderung ihrer Geschichte. Seit Anfang Februar hat (mit einer Ausnahme) kein Öltanker mehr Kuba erreicht.¹ Viele Errungenschaften der Revolution sind in bisher nicht gekanntem Ausmaß bedroht. Es gibt oft nur zwei bis drei Stunden täglich Strom, manchmal auch keinen. Das System der öffentlichen Verkehrsmittel ist teilweise zusammengebrochen, weil es nur sehr wenig Treibstoff (und den zu europäischen Preisen) gibt. Gerade

¹ Ein Tanker deckt 12% des monatlichen Bedarfs des Landes. Quelle: Granma Deutschland vom Juni 2026.

im Osten des Landes sind Fahrrad und Pferd aktuell die wichtigsten Verkehrsmittel. Schulen und Universitäten arbeiten in reduziertem Umfang und größeren Kursen. Die Preise für Lebensmittel und Produkte des täglichen Bedarfs haben sich vervielfacht und sind für einen Durchschnittsverdienst kaum noch erschwinglich. Nicht nur Armut ist sichtbar, sondern auch der Reichtum derjenigen, die diese Preise noch bezahlen können. Es gibt stellenweise Lebensmittelunterversorgung, die Lebenserwartung sinkt, die Säuglingssterblichkeit² steigt, es gibt unermessliches, vermeidbares Leid.

Als Ergebnis der Wirtschaftsreformen werden heute die geschlechtsspezifischen Ungleichheiten wieder größer: Männer verbringen insgesamt mehr Zeit in bezahlter Erwerbsarbeit und sind häufiger in Genossenschaften, der Selbstständigkeit oder kleinen und mittleren Privatunternehmen tätig.

Unter diesen Bedingungen schafft es das kubanische Volk bisher dennoch, den Sozialismus zu verteidigen. Die Revolution brachte enorme Verbesserungen von Lebenserwartung, Bildungszugang, Gesundheit, Wohnraum, demokratischer Mitbestimmung und Arbeitsbedingungen. Besonders profitierten davon die Bau-

ern, die Arbeiterklasse, Schwarze, Frauen, Kinder, ältere Menschen – alle Klassen und gesellschaftlichen Gruppen, die vorher besonders unterdrückt oder schlecht gestellt waren.

Sie sind es auch, die heute am meisten zu verlieren haben. Die Blockade hat das Ziel, das sozialistische Kuba zu zerstören und setzt die Errungenschaften der Revolution massiv unter Druck. Wenn der Krankenwagen aufgrund der Blockade kein Benzin hat oder keine Ersatzteile für Ultraschallgeräte importiert werden können, tauchen alte, durch die Revolution überwundene Ungleichheiten wieder auf.

Blockade contra Revolution

In den letzten Jahren sah sich Kuba mit der Notwendigkeit konfrontiert, begrenzte Marktöffnungen zuzulassen. Die Erneuerung des alten planwirtschaftlichen Modells der Wirtschaftslenkung, wie sie Kuba seit etwa 2011 betreibt, hat neben anderen Intentionen auch das Ziel, die US-Blockade zu umgehen und den Import dringend benötigter Waren und Investitionen zu ermöglichen. Das Kalkül ist dabei, dass Privatunternehmen weniger von der US-Blockade betroffen sind als Staatsbetriebe oder Militär-nahe Gesellschaften. Denn das ist das Ziel der Blockade: den Kapitalismus auf Kuba zu restaurieren, die Bevölkerung zu brechen und so Kuba wieder zum Hinterhof der USA zu machen.

Die wirtschaftlichen Öffnungen der vergangenen Jahre haben wichtige neue Einkommensquellen geschaffen, von denen jedoch nicht alle Bevölkerungsgruppen gleichermaßen profitieren. Besonders der wachsende private Sektor, die Möglichkeit zur Gründung kleiner und mittlerer Unternehmen sowie Einkünfte aus dem Ausland haben neue soziale Schichten entstehen lassen. Menschen, die Verwandte im Aus-

² Von 4,0 auf 9,2 pro Tausend Lebendgeburten.
Quelle: Granma Deutschland vom Juni 2026.

land haben und dadurch Überweisungen erhalten oder über die finanziellen Mittel verfügen, ein Unternehmen zu gründen, können ihre wirtschaftliche Situation deutlich verbessern.

Ein Beispiel: Einen der berühmten alten „Ami-Schlitten“ in Havanna zu besitzen war nach der Revolution kein besonderes Privileg mehr, weil Mobilität durch einen guten und für rein symbolische Preise nutzbaren Öffentlichen Nahverkehr garantiert wurde. Im Gegenteil: Die hohen Unterhaltungskosten für das Auto machen es zu einem teuren Hobby. Oder: Ob man im Zentrum von Havanna oder am Stadtrand wohnt, machte keinen großen Unterschied. Die Errungenschaften der Revolution sind für alle zugänglich. Bildung, Kultur und Freizeitgestaltung wurden bis in den letzten Winkel der Insel gebracht. Die verschärfte Blockade und die Wirtschaftsmaßnahmen haben die Situation schrittweise geändert: Ein Auto ist jetzt eine mögliche Unternehmensgrundlage, ein Haus in Havanna-Zentrum ein Ort, um ein lukratives Geschäft zu eröffnen. Das geht am Stadtrand nicht. In Havanna-Zentrum wohnen eher die Nachfahren der weißen Mittelschicht. Autobesitzer sind eher männlich als weiblich. Alte, überwundene Unterschiede, von der Revolution weitgehend bedeutungslos gemacht, tauchen mit den Marktreformen wieder auf.

Die Stellung der Frau

Durch die Revolution hat sich die gesellschaftliche Stellung der Frauen erheblich verbessert. Frauen sind heute stärker in den Arbeitsprozess integriert, verfügen über weitreichende körperliche und sexuelle Selbstbestimmung und können Erwerbstätigkeit und Mutterschaft grundsätzlich miteinander vereinbaren. Staatliche Programme zum Schutz vor geschlechtsspezifischer Gewalt unterstreichen den politischen Anspruch, Gleichstellung aktiv zu fördern. 55,3 Prozent der Abgeordneten im Parlament sind Frauen.

Als Ergebnis der Wirtschaftsreformen werden heute die geschlechtsspezifischen Ungleichheiten wieder größer: Männer verbringen insgesamt mehr Zeit in bezahlter Erwerbsarbeit und sind häufiger in Genossenschaften, der Selbstständigkeit oder kleinen und mittleren Privatunternehmen tätig. Während Männer vor allem im produzierenden Gewerbe beschäftigt sind, arbeiten Frauen dagegen überwiegend im sogenannten Dienstleistungssektor – genau jenem Bereich, in dem in den vergangenen Jahren besonders viele Stellen abgebaut und die Arbeitsbelastung gleichzeitig erhöht wurde. In der Landwirtschaft besitzen Frauen deutlich seltener eigenes Land als Männer. Stattdessen arbeiten viele als Helferinnen innerhalb familiärer Betriebe, ohne ein eigenes Einkommen zu erzielen. Geschlechtsspezifische Arbeitsteilung und ungleiche Einkommensmöglichkeiten führen dazu, dass soziale Unterschiede auch auf dem Land wieder zunehmen. Gleichzeitig erschwert der Markt eine geplante, gleichmäßige Entwicklung des ländlichen Raums.

Die materielle Basis für Rassismus

Die Revolution bekämpfte den institutionellen und strukturellen Rassismus und verbesserte die Lebensbedingungen der schwarzen Bevölkerung erheblich. Der gleichberechtigte Zugang zu Bildung, Gesundheitsversorgung, Wohnraum und Land führte zu einer deutlichen sozialen Aufwertung vieler afro-kubanischer Familien.

Doch auch hier sieht die Soziologin in der jüngeren Vergangenheit Veränderungen: Weiße Kubanerinnen und Kubaner verfügen heute häufiger über ein kleines Unternehmen oder sind in der Befehlskette in Unternehmen weiter oben angesiedelt. Schwarze Menschen hingegen sind häufiger in informellen Beschäftigungsverhältnissen tätig, die mit geringerer sozialer Absicherung und unsichereren Arbeitsbedingungen verbunden sind. Besonders

schwarze Männer brechen ihre Ausbildung häufiger ab, um früh zum Familieneinkommen beizutragen, wodurch ihre Chancen auf höher qualifizierte Berufe sinken. Hinzu kommen Unterschiede in den Lebensbedingungen: Schwarze Familien leben häufiger in überfüllten Wohnungen, verfügen seltener über elektrische Haushaltsgeräte und wohnen öfter in Gebäuden mit schlechterem baulichen Zustand.

Die sozialistischen Errungenschaften verteidigen

Das Wissen des kubanischen Volkes darum, dass nur die Revolution und der Sozialismus Kuba seine Souveränität und Unabhängigkeit ermöglicht haben und bis heute garantieren, ist das größte Faustpfand der kubanischen Revolution. Auf Kuba sind die Bedürfnisse der Menschen, Menschlichkeit und Solidarität das Maß aller Dinge – das konnte sich nur in einer Gesellschaft ohne Konkurrenz entwickeln.

Kuba widersteht jeden Tag, verteidigt die Errungenschaften der Revolution und versucht die Folgen der Blockade so weitgehend wie

möglich sozial abzumildern. Gleichzeitig hat die Wiedereinführung von Marktelementen neue Möglichkeiten der privaten Bereicherung hervorgebracht. Dadurch entwickeln sich neue Gruppen und Klassen mit eigenen partiellen Interessen. Die Bedingungen, den Sozialismus weiter aufzubauen und ihn zu verteidigen, sind heute so schwerer denn je.

Mehr denn je fehlt Kuba das sozialistische Lager von vor 1989. Viele Kubaner fühlen sich von der Welt allein und im Stich gelassen. Das ist Gift für das jetzt benötigte Durchhaltevermögen, den Kampfgeist und die Kreativität im Kampf gegen die Entbehrungen des Alltags unter den Blockadebedingungen. Die Solidarität (materiell, politisch und sei es durch symbolische Akte und Gesten) der Arbeiterklasse und der Völker der Welt mit der kubanischen Revolution ist das wirksamste Gegenmittel gegen das Gift der Verzweiflung. Es ist dringend, dass wir unsere Solidarität mit Kuba intensivieren. Es liegt auch an uns, ob die kubanische Revolution überlebt oder nicht.

*

Chinas Kapitalexporte

TEIL 2

von Markus Bernd

Im ersten Teil dieses Artikels wurden zunächst die theoretischen Grundlagen des Kapitalexports entwickelt und anschließend am Beispiel der laotisch-chinesischen Eisenbahn konkret gezeigt, wie chinesische Direktinvestitionen und Kredite organisiert sind. Dabei wurde deutlich, dass diese Investitionen kommerziell strukturiert sind, mit Verschuldung und Sicherheiten verbunden bleiben und zur Festigung von Eigentumsansprüchen chinesischen Kapitals beitragen, während die produktiven Effekte im Empfängerland begrenzt bleiben.

Doch das Beispiel Laos allein kann noch nicht beantworten, ob es sich hierbei um einen Einzelfall handelt oder um Ausdruck eines allgemeinen Musters. Um diese Frage zu klären, ist es notwendig, die Perspektive zu erweitern und die chinesische Kreditvergabe und Kapitalexporte in ihrem globalen Zusammenhang zu betrachten.

Der zweite Teil dieses Beitrags untersucht daher die Struktur, Bedingungen und Folgen chinesischer Kreditvergabe gegenüber den Ländern der Dritten Welt insgesamt. Dabei wird insbesondere der

Frage nachgegangen, wie sich Zahlungsströme zwischen China und den Empfängerländern entwickeln, welche Rolle Sicherheiten, Zinsen und Eigentumsverhältnisse spielen und ob sich China inzwischen selbst zu einem Zentrum des internationalen Werttransfers entwickelt hat. Abschließend werden diese empirischen Befunde im Zusammenhang der marxistischen Theorie des Kapitalexports diskutiert.

Globale Muster chinesischer Kreditvergabe

Ist Laos eine Ausnahme oder lässt sich diese Entwicklung auch anderswo beobachten? Um dies zu klären, betrachten wir die globale Perspektive.

Um auf Statistiken zurückzugreifen, müssen wir den Blick von den Zweckgesellschaften wie dem LCR Joint Venture abwenden, die Schulden außerhalb der Staatshaushalte verlagern. Die offiziellen Statistiken, auf die wir uns im Folgenden berufen, bilden nur die Schulden öffentlicher Institutionen ab. Diese Verschleierung ist dabei durchaus gewollt, da sie den Blick auf die Kredite gegenüber der eignen Bevölkerung abschirmen.

Chinas Kredite in der Dritten Welt sind nicht gleichmäßig verteilt, sondern häufen sich bei Rohstoffexportländern (Angola, Sambia, Venezuela) und geografisch nahen BRI-Mitgliedslän-

dern wie Pakistan, Kirgistan und Laos. Für Entwicklungsländer ist China der dominierende Kreditgeber und übertrifft private und andere bilaterale Geber.¹

Die Kreditvergabe wurde notwendig wegen der massiven chinesischen US-Dollar-Reserven die mit mehr Rendite verwertet werden mussten² – umso mehr, als die Vergabe in der Regel mit dem Kauf von chinesischen Waren und Dienstleistungen verbunden ist. Zudem sicherte sie Zugang zu Rohstoffen für chinesische Firmen.³

Chinesische Kredite sind grundsätzlich kommerziell, die Mehrheit ist in US-Dollar denominated und ca. 50 % sind durch Sicherheiten abgedeckt. Sicherheiten werden durch die Hinterlegung von Rohstoff Erlösen auf chinesischen oder Offshore-Konten gestellt, die im Ausfallsfall direkt zugänglich sind.⁴ Dies steht im Gegensatz zur Rohstoffsoveränität, bei der das Volk über die Verwendung des eigenen Naturreichtums bestimmt. Chinesische Kredite sind zwar langfristig angelegt, aber nicht zinslos. Zwar sind sie im Schnitt günstiger als private Kredite, aber nicht günstiger als die Kredite westlicher bzw. westlich dominierter Geberinstitutionen. Letztere vergeben Kredite zwischen 0 und 2 %, während die chinesischen Entwicklungsbanken zwischen 3,14 und 4,57 % liegen.⁵ Die teilweise gewährten „Schuldenerlasse“ Chinas beziehen sich meist auf politische Gesten; tatsächlich

¹ Sebastian Horn/Carmen M. Reinhart/Christoph Trebesch: *China's Lending to Developing Countries. From Boom to Bust* (NBER Working Paper 34359), Cambridge, MA: National Bureau of Economic Research 2025, S. 9, online: <https://www.nber.org/papers/w34359>.

² Zongyuan Zoe Liu: *Sovereign Funds. How the Communist Party of China Finances Its Global Ambitions*, Cambridge, MA/London: The Belknap Press of Harvard University Press 2023, S. 31–73.

³ Horn et al.: *China's Lending*, S. 11.

⁴ Ebd., S. 13; Hong Zhang: *From Shielding to Pushing. Evolving Risk Management Regimes in China's*

Infrastructure Export Industrial Policy, in: *Studies in Comparative International Development* (2025), Online First, S. 14, online: <https://link.springer.com/article/10.1007/s12116-025-09483-1>.

⁵ Rebecca Ray/Kevin P. Gallagher/Zheng Zhai/Marina Zucker-Marques/Yan Liang: *Reviving Chinese Development Finance in the Global South* (GCI Working Paper 045), Boston: Boston University Global Development Policy Center 2025, online: <https://www.bu.edu/gdp/2025/10/10/reviving-chinese-development-finance-in-the-global-south/>.

handelt es sich in der Regel um Schuldenrestrukturierungen oder Aussetzungen ausstehender Zins- und Tilgungszahlungen größerer Kredite.⁶

Die beiden großen chinesischen Entwicklungsbanken, die China Development Bank und die China Exim Bank, haben über 472 Mrd. US-Dollar an Entwicklungsländer vergeben.⁷

Dadurch hat China inzwischen einen beträchtlichen Rentenanspruch gegenüber den Ländern in der Dritten Welt aufgebaut. Ab 2023 begann sich das Verhältnis der Rückzahlungen aus Entwicklungsländern zu drehen. Seitdem wird mehr Kapital aus den Entwicklungsländern nach China transferiert als umgekehrt.⁸ Auf die Entwicklungs- und Schwellenländer insgesamt angewendet, kehrte sich der Transfer bereits 2018 um.⁹ Die „Netto-Schuldenübertragung“ (Auszahlungen minus Rückzahlungen/Zinsen) zeigt, dass China mehr Geld von Entwicklungsländern erhält als selbst auszahlt und damit vom Netto-Geber zum Netto-Schuldeneintreiber wurde.¹⁰ Spätestens ab diesem Zeitpunkt genießt China das Privileg anderer kapitalistischer Zentren, die am Werttransfer aus der Peripherie und an den Rentenansprüchen aus der

Verwertung des chinesischen Kapitals durch fremde Hände partizipieren.

Der springende Punkt ist, dass chinesische Kredite sich nicht maßgeblich von denen anderer Kreditgeber unterscheiden. Auch chinesische Banken vergeben Kredite gegen Zins, mit festen Rückzahlungsfristen und zu Konditionen, die sich am Ausfallrisiko orientieren.

Chinesische Banken, die in einer kapitalistischen Wirtschaft mit allen krisenhaften Erscheinungen agieren, sind gezwungen, diese zyklischen Krisen in ihrer Kreditvergabe zu reflektieren.¹¹ Konkret: läuft das Geschäft in China fließen die Kredite, bei krisenhaften Verwerfungen trocknet der dringend benötigte Geldfluss aus.

⁶ Vgl. z. B. Gatién Bon/Gong Cheng: *Understanding China's role in recent debt relief operations. A case study analysis*, in: International Economics 166 (2021), S. 23–41, online: <https://www.sciencedirect.com/science/article/abs/pii/S2110701721000172>; Sebastian Horn/Carmen M. Reinhart/Christoph Trebesch: *China's Overseas Lending and the Looming Developing Country Debt Crisis*, in: Gabriel Felbermayr (Hg.): *The World Economy after the Coronavirus Shock. Restarting Globalization?* (Kielier Beiträge zur Wirtschaftspolitik 26), Kiel: Institut für Weltwirtschaft 2020, S. 35–40, online: https://www.kielinstitut.de/fileadmin/Dateiverwaltung/IfW-Publications/fis-import/e4ea2899-0a28-4951-af63-b42aa8401d5f-KBW_26.pdf; Christoph Trebesch, zitiert in: Institut für Weltwirtschaft Kiel:

Defaults on Chinese Debts. Developing countries risk prolonged debt overhang, Meldung vom 4. Februar 2022, online: <https://www.kielinstitut.de/publications/news/defaults-on-chinese-debts-developing-countries-risk-prolonged-debt-overhang/>.

⁷ Axel Dreher/Andreas Fuchs/Bradley Parks/Austin Strange/Michael J. Tierney: *Banking on Beijing. The Aims and Impacts of China's Overseas Development Program*, Cambridge: Cambridge University Press 2022.

⁸ Ray et al.: *Reviving Chinese Development Finance*.

⁹ Horn et al.: *China's Lending*, S. 1.

¹⁰ Ray et al.: *Reviving Chinese Development Finance*, S. 9.

¹¹ Horn et al.: *China's Lending*.

Es wird deutlich, dass die chinesische Kreditvergabe marktgetrieben ist und nicht etwa Ausdruck eines proletarischen Internationalismus.

Von 31 Entwicklungsländern erhielt China 2023 mehr Rückzahlungen. Im Schnitt 1,6 % des jeweiligen Staatshaushalts. China nimmt hier einen bequemen Platz neben den Entwicklungsbanken und Gebern des „Paris Clubs“ ein.¹²

Der springende Punkt ist, dass chinesische Kredite sich nicht maßgeblich von denen anderer Kreditgeber unterscheiden. Auch chinesische Banken vergeben Kredite gegen Zins, mit festen Rückzahlungsfristen und zu Konditionen, die sich am Ausfallrisiko orientieren.¹³ Ein erheblicher Teil der chinesischen Entwicklungsfinanzierung erfolgt zudem nicht zu besonders günstigen, sondern zu marktähnlichen Bedingungen.¹⁴ Ebenso werden Rückzahlungen teilweise durch Projekteinnahmen, Rohstoff Erlöse oder spezielle Konten abgesichert – Instrumente, die auch aus der klassischen Export- und Projektfinanzierung westlicher Kreditgeber bekannt sind.¹⁵ Und auch bei chinesischen Infrastrukturprojekten gehen die Bauaufträge häufig an chinesische Unternehmen, ähnlich

wie auch westliche Exportkredite historisch häufig der Förderung der eigenen Unternehmen dienen.¹⁶

Die Punkte, in denen sich chinesische Kredite unterscheiden, sind wiederum nicht unbedingt positiv für die Gläubigerländer. So finden vergleichende Untersuchungen bei chinesischen Kreditverträgen besonders häufig weitreichende Geheimhaltungsklauseln, Sicherungsmechanismen zugunsten des Gläubigers und Bestimmungen, die gemeinsame Umschuldungen mit anderen Gläubigern erschweren.¹⁷

Von 2008 bis 2024 waren chinesische Kredite für Infrastruktur zu 58 % auf Transport und zu 35 % auf Energie beschränkt. Der Fokus der Kredite liegt auf Transport und dem Energiebereich, wodurch diese Länder auch langfristig auf den Export von Rohstoffen ausgerichtet werden. Neben der Abhängigkeit von den schwankenden Weltmarktpreisen leistet dies insbesondere einer Deindustrialisierung Vorschub. Um tatsächlich einen Beitrag zur Entwicklung der Länder zu leisten, wäre es notwendig, Investitionen und Kreditvergaben in produktive Kapazitäten zu ermöglichen. Das ist jedoch nicht der

¹² Ray et al.: *Reviving Chinese Development Finance*, S. 14.

¹³ Anna Gelpern/Sebastian Horn/Scott Morris/Brad Parks/Christoph Trebesch: *How China Lends. A Rare Look into 100 Debt Contracts with Foreign Governments*, Washington, DC/Kiel/Williamsburg, VA: Peterson Institute for International Economics/Kiel Institute for the World Economy/Center for Global Development/AidData 2021, S. 13, online: https://docs.aiddata.org/ad4/pdfs/How_China_Lends_A_Rare_Look_into_100_Debt_Contracts_with_Foreign_Governments.pdf.

¹⁴ Ammar A. Malik/Bradley Parks/Brooke Russell/Joyce Jiahui Lin/Katherine Walsh/Kyra Solomon/Sheng Zhang/Thai-Binh Elston/Seth Goodman: *Banking on the Belt and Road. Insights from a new global dataset of 13,427 Chinese*

development projects, Williamsburg, VA: AidData at William & Mary 2021, S. 20, 39–40, online: <https://www.aiddata.org/publications/banking-on-the-belt-and-road>.

¹⁵ Anna Gelpern/Omar Haddad/Sebastian Horn/Paulina Kintzinger/Bradley C. Parks/Christoph Trebesch: *How China Collateralizes* (AidData Working Paper 136), Williamsburg, VA: AidData at William & Mary 2025, S. 3–4, online: <https://www.aiddata.org/publications/how-china-collateralizes>.

¹⁶ Malik et al.: *Banking on the Belt and Road*, S. 9, 15; Simon Scott: *The accidental birth of „official development assistance“* (OECD Development Co-operation Working Papers 24), Paris: OECD Publishing 2015, S. 4, online: <https://doi.org/10.1787/5jrs552w8736-en>.

¹⁷ Gelpern et al.: *How China Lends*, S. 22, 26, 34.

Fall, wie der Fokus auf Infrastruktur und Rohstoffe zeigt.

Rufen wir uns in Erinnerung, dass der Sinn und Zweck des chinesischen Kapitalexports laut Patrik Köbele darin besteht, Mittel für den Sozialismus zu erwirtschaften. Eine perverse Situation: wenn China die Schulden aus der Dritten Welt eintreibt, ist das in dieser Denkweise noch ein Dienst am Aufbau des Sozialismus. Nun ist damit nicht gesagt, dass westliche Geber maßgeblich anders agieren. Deutlich geworden sein sollte jedoch, dass sich China als Kreditgeber nicht anders verhält als andere Kapitalgeber auch. Und Kapital will verwertet werden.

Diskussion und Schluss

Die empirischen Befunde aus Laos sowie die aggregierten globalen Daten bestätigen, was bereits aus der Theorie des Kapitalexports folgt: Chinas Kreditvergabe und Direktinvestitionen folgen den allgemeinen Gesetzmäßigkeiten kapitalistischer Verwertung. Sie sind marktgetrieben, zyklisch und auf Profitmaximierung ausgerichtet. In der Konkurrenz zwischen Kapitalen, sehen wir die Verdrängung schwacher Kapitale durch die chinesischen Monopole. Weder im konkreten Fall Laos noch auf globaler Ebene lässt sich erkennen, dass chinesischer Kapital-export strukturell zur Entwicklung produktiver Kapazitäten in den Empfängerländern beiträgt. Stattdessen verfestigt er bestehende Abhängigkeiten, bindet Länder langfristig an Rohstoffexporte und verschärft die Verschuldung.

Das Beispiel der laotisch-chinesischen Eisenbahn illustriert diese Logik besonders deutlich. Das Projekt wird als infrastruktureller Fortschritt präsentiert, ist jedoch vollständig kreditfinanziert, kommerziell organisiert und mit Rohstoffsicherheiten unterlegt. Die PPP-Konstruktion verschleierte staatliche Haftung, ohne sie real aufzuheben. Die Folge ist eine Situation, in der Laos faktisch das Risiko trägt, während

chinesisches Kapital über Zinszahlungen, Eigentumsanteile und Zugriff auf Sicherheiten abgesichert ist. Gleichzeitig bleibt der produktive Effekt im Land gering: Ohne industrielle Weiterverarbeitung verstärkt die Bahn primär Laos' Rolle als Rohstofflieferant für den chinesischen Markt. Die Entwicklung der Produktivkräfte stagniert, während Wert abfließt und zentrale Infrastruktur in chinesischen Besitz überführt wird.

Global zeigt sich dasselbe Muster. China ist inzwischen zu einem Netto-Schuldensammler geworden, der mehr Kapital aus Entwicklungs- und Schwellenländern zurückerhält, als er neu bereitstellt. Kredite konzentrieren sich auf Transport und Energie, sind überwiegend in US-Dollar denominiert und häufig durch Sicherheiten abgesichert. Diese Struktur erzeugt einen systematischen Rückfluss von Wert in das chinesische Zentrum und reiht China in die Gruppe der kapitalistischen Kernländer ein, die von Rentenansprüchen aus der Peripherie profitieren.

Damit bestätigt sich praktisch, was wir aus der marxistischen Befassung mit der Welt längst wissen: Ungleichheit, Kapitalexport und Kreditvergabe reproduzieren internationale Hierarchien, anstatt sie abzubauen. Entwicklungsländer können zwar einzelne problematische Exportnischen besetzen, bleiben jedoch strukturell im Defizit, was wiederum neue Verschuldung notwendig macht. Kredite schließen diese Lücke – nicht als solidarische Hilfe, sondern als zinstragendes Kapital. Der Kreislauf aus Defizit, Verschuldung und Rücktransfer von Wert stabilisiert diese Ungleichheit.

Vor diesem Hintergrund erweist sich die Darstellung chinesischer Kapitalexporte als „Win-Win-Kooperation“ als ideologische Verkürzung. Der Verweis auf fehlende koloniale Vergangenheit oder auf formale Staatseigentümerschaft chinesischer Unternehmen ändert nichts daran, dass die Investitionen den kapitalistischen

Verwertungslogiken unterliegen. Dass chinesischer Kapitalexport offiziell dem Aufbau des Sozialismus dienen soll, verschärft diesen Widerspruch zusätzlich: Wenn Wert aus der Dritten Welt extrahiert wird, um den Sozialismus im Zentrum zu finanzieren, entsteht eine perverse Konstellation, in der Ausbeutung internationalisiert wird.

Zugleich wäre es verkürzt, hier einen bloßen Gegensatz zwischen „China“ und „dem Westen“ zu konstruieren. Wie gezeigt, unterscheidet sich China als Kreditgeber strukturell kaum von anderen kapitalistischen Akteuren. Auch westliche Entwicklungsbanken operieren innerhalb derselben Logik. Der entscheidende Punkt ist nicht die nationale Herkunft des Kapitals, sondern seine Funktion: Kapital will verwertet werden.

Ebenso wenig führt eine bloße Umorientierung der chinesischen Kreditvergabe an den Interessen der Empfängerländer aus dem Dilemma. Selbst wenn produktive Investitionen ausgeweitet würden, bliebe die Eigentumsfrage zentral. Wer die Produktionsmittel kontrolliert, bestimmt über Mehrwert und Entwicklungspfade. Eine Kombination aus FDI und Kreditfinanzierung verschiebt diese Kontrolle zugunsten ausländischen Kapitals und erschwert eine

spätere Überführung in gesellschaftliches Eigentum.

Damit schließt sich der Kreis zur Einleitung: Der chinesische Kapitalexport stellt keine Alternative zum imperialistischen Weltsystem dar, sondern reproduziert dessen Mechanismen in neuer Form. Werttransfer, Rohstoffbindung, Verschuldung und Deindustrialisierung bleiben zentrale Merkmale. Die Hoffnung, über kapitalistische Mittel sozialistische Ziele zu erreichen, erweist sich empirisch als Illusion.

Wollte man etwas anderes behaupten, müsste der PV die theoretische Innovation leisten, darzustellen wie der chinesische Kapitalexport ohne Ausbeutung auskommt. Er müsste zudem darstellen, inwieweit chinesische Kredite im Unterschied zu anderen Krediten tatsächlich den Aufbau produktiver Kapazitäten vorantreiben und zur Stärkung nationaler Kapitale in den Ländern beitragen. Vor dem Hintergrund der unzureichenden Befassung mit der Funktionsweise des Weltmarkts und der mehrfach falschen Bestimmungen in den theoretischen Ausführungen des PV, sind die begeisterten Aussagen, wie wir sie in der UZ lesen, nicht zu rechtfertigen.

*

Uwe Behrens: Drei Bücher über China – und was man davon lernen kann

von Markus Bernd

Uwe Behrens hat sich bislang in drei Büchern mit China auseinandergesetzt: Feindbild China (2021), Der Umbau der Welt – Wohin führt die Neue Seidenstraße (2022) und Chinas Gegenentwurf – Ein Weg in die Zukunft (2025). In der

UZ wurden die Bücher als „wegweisende Bücher“¹ gelobt. Björn Blach resümierte: „Dennoch kommt an dieser Publikation niemand

¹ Conny Renkl: *Wann, wenn nicht jetzt?*, in: Unsere Zeit (UZ) vom 18. November 2022, online:

<https://www.unsere-zeit.de/wann-wenn-nicht-jetzt-4774474/>.

vorbei“.² Zudem schreibt Behrens regelmäßig für die UZ zu China und vertrat auf der „China-Konferenz“ 2023 des PV die Linie zur Neuen Seidenstraße. Das sind gute Gründe, seine Bücher genauer zu lesen.

Der in der DDR promovierte Logistiker konnte nach 1990 im China-Geschäft Fuß fassen. Gerade darauf beruht der besondere Wert seiner Bücher: Am stärksten ist Behrens dort, wo er aus eigener Erfahrung berichtet. Feindbild China (2021) ist daher das überzeugendste seiner Werke. Die Erinnerungen eines DDR-Bürgers an der Schwelle der Konterrevolution, der sich plötzlich zwischen den Welten bewegt, sind lebendig erzählt. Seine Schilderungen der Arbeit als Logistiker mit staatlichen Stellen, die den ersten Schritt in der Marktwirtschaft gehen, eröffnen Einblicke in die Konsolidierung der Reform- und Öffnungspolitik der 1990er Jahre, wie sie heute kaum noch zu finden sind. Gerade seine betriebswirtschaftlichen Beobachtungen wirken fundiert. Sobald Behrens jedoch die Ebene der Erinnerung verlässt und politische Schlussfolgerungen zieht, treten die Schwächen seiner Argumentation hervor.

Deutlich wird das im Umbau der Welt (2022), in dem sich Behrens am ausführlichsten mit der Außenwirtschaftspolitik der VR China beschäftigt. Nach einem Überblick über Entstehung und Projekte der Neuen Seidenstraße referiert er zunächst unstrittige Fakten, etwa welche chinesischen Banken den Kapitalexport finanzieren.³ Auch problematische Aspekte chinesischer Investitionen – von Umweltzerstörung bis zur Vertreibung der Bevölkerung für Infrastrukturprojekte – werden erwähnt.⁴ Eine eigenständige Analyse entwickelt das Buch jedoch nicht.

Stattdessen stützt sich Behrens vor allem auf diejenigen bürgerlichen Autoren, deren Einschätzungen seine Position bestätigen, und schafft es damit bürgerliche Panikmache zu widerlegen. Eine inhaltliche Bestimmung oder eigene Befassung mit dem Wirken von Kapitalexporten entlang der Seidenstraße leistet er jedoch nicht. Am Ende reicht ihm das Erfolgsargument in den spärlichen Statistiken, die einen Anstieg der Infrastrukturprojekte weltweit belegen. Das ist Journalismus, der sich durch seine besonderen Blickwinkel von bürgerlichen Zeitungen unterscheidet, aber keine tieferen marxistisch fundierten Erkenntnisse zutage fördert.

So erscheint China einerseits als Möglichkeit für Entwicklungsländer, sich von kapitalistischen Institutionen unabhängiger zu machen⁵, während Behrens unmittelbar anschließend Chinas Rolle innerhalb eben solcher (kapitalistisch organisierten) Institutionen wie der African Development Bank beschreibt⁶, ohne diesen Widerspruch aufzulösen. Insgesamt beschreibt er die chinesische Außenwirtschaft als normalen kapitalistischen Wettbewerb, dessen Besonderheit allein im Verzicht auf politische „Bevormundung“ liege.⁷ Die guten Absichten, die China abseits der wirtschaftlichen Interessen, verfolge, muss man ihm glauben. Belege dafür liefert er nicht.

Auch Chinas Gegenentwurf (2025) lebt zunächst von den Stärken des Autors. Behrens beschreibt den chinesischen Alltag anschaulich – bisweilen verklärend, etwa wenn es um Toiletten in Beijing geht, dann wieder offen, wenn er den aussichtslosen Kampf enteigneter Bauern gegen ein Unternehmen schildert.⁸ Fast immer

² Björn Blach: *Aufstiegschance für die Unterdrückten*, in: Unsere Zeit (UZ) vom 3. Juni 2022, online: <https://www.unsere-zeit.de/aufstiegschance-fuer-die-unterdrueckten-169441/>.

³ Uwe Behrens: *Der Umbau der Welt. Wohin führt die Neue Seidenstraße?*, Berlin: edition ost 2022, S. 62.

⁴ Ebd., S. 154.

⁵ Ebd., S. 167.

⁶ Ebd., S. 168.

⁷ Ebd., S. 252.

⁸ Uwe Behrens: *Chinas Gegenentwurf. Ein Weg in die Zukunft?*, Berlin: edition ost 2025, S. 63–64.

bewahrt er dabei einen grundsätzlich positiven Blick auf die Entwicklung Chinas.

Besonders aufschlussreich wird das Buch jedoch dort, wo Behrens sein theoretisches Verständnis offenlegt. Die Erkenntnisse aus dem Kapital seien auf Asien „überhaupt nicht übertragbar“, da dort „traditionell andere Lebens- und Gesellschaftsvorstellungen“ herrschten.⁹ Statt einer marxistischen Analyse entwickelt er einen kulturelrelativistischen Ansatz: China erscheint vor allem deshalb besonders, weil es anders sei. Chinesische marxistische Debatten bleiben ausgeblendet.

Auffällig ist weniger, dass Behrens als China-Experte herangezogen wird, sondern dass seine teils eigenständigen und von Positionen des Parteivorstands abweichenden Auffassungen kaum diskutiert werden.

Bezeichnend ist, dass sich für Behrens die Frage, ob China sozialistisch oder kapitalistisch sei, kaum stellt. Dass eine Gesellschaft zugleich kapitalistisch und sozialistisch sein könne, deutet er als Ausdruck der Einheit der Gegensätze in der chinesischen Philosophie.¹⁰ Anders als viele Apologeten bestreitet er den Kapitalismus in China nicht. Vielmehr konstatiert er die kapi-

talistische Realität Chinas, deren negative Folgen wiederum durch das kluge Handeln der KPCh begrenzt würden.¹¹

Gerade deshalb sind seine Schilderungen der Reformzeit so interessant, die wie dargelegt auch auf persönlichen Erfahrungen beruhen. Entgegen anderen Autoren der UZ übernimmt Behrens nicht einfach die offizielle chinesische Geschichtserzählung. Er beschreibt die Reformen zutreffend als von oben eingeleiteten Prozess¹² und schildert Privatisierung und Entdemokratisierung der Wirtschaft nüchtern als Übernahme durch „Manager“, aus denen Kapitalisten wurden.¹³ Ebenso stellt er fest, dass auf „allen Ebenen der Administration und der Partei“ Kapitalisten dominieren¹⁴ und eine Zuordnung der Parteimitglieder zu einer Klasse kaum noch möglich sei.¹⁵ Zustimmend zitiert er Einschätzungen, wonach Xi weder an Marx noch an Lenin oder dem Kommunismus interessiert sei, sondern an der chinesischen Zivilisation¹⁶.

An anderen Stellen bleibt seine Position oberflächlich. So behauptet Behrens, die KPCh habe die Reformpolitik „gemeinsam mit den Arbeitern“ auf den Industriesektor übertragen, ohne dies zu belegen. Wiederholt verweist er auf die NÖP und die „Kommandohöhen“ der Wirtschaft, ohne deren Bedeutung näher zu bestimmen.¹⁷ Zwar stellt er zutreffend fest, dass die Staatsbetriebe in den 1980er Jahren nicht privatisiert wurden, verschweigt aber, dass genau dies ab 1992 zum Kernstück der „sozialistischen Marktwirtschaft“ wurde. Hinzu kommen Widersprüche, etwa wenn unter Xi zugleich stärkere Weltmarktintegration Wachstum schaffen und die Abhängigkeit vom Weltmarkt verringern soll.¹⁸

⁹ Ebd., S. 9.

¹⁰ Ebd., S. 243.

¹¹ Ebd., S. 249.

¹² Uwe Behrens: *Feindbild China. Was wir alles nicht über die Volksrepublik wissen*, Berlin: edition ost 2021, S. 87.

¹³ Ebd., S. 88.

¹⁴ Behrens: *Chinas Gegenentwurf*, S. 251.

¹⁵ Ebd., S. 253.

¹⁶ Ebd. S. 239.

¹⁷ Ebd., S. 247.

¹⁸ Ebd., S. 249.

Der Wert von Behrens' Büchern liegt deshalb weniger in ihrer politischen Analyse als in ihrem Charakter als Erfahrungsberichte. Seine Schilderungen des chinesischen Alltags und der Umbrüche seit den 1990er Jahren sind authentisch und lesenswert. Der Autor räumt selbst ein, nie wissenschaftlich gearbeitet zu haben. Entsprechend verlieren seine Bücher an Überzeugungskraft, sobald sie das Erlebte in ein allgemeines politisches Deutungsmuster einordnen. So beschreibt er Südostasien als friedliche Region, in der Ethnien und Religionen „friedlich zusammenleben“¹⁹, obwohl zur selben Zeit der Bürgerkrieg in Myanmar, der Konflikt in Westpapua oder Grenzkämpfe zwischen Thailand und Kambodscha diesem Bild mehr als offensichtlich widersprechen.

Behrens betreibt keinen wissenschaftlichen Sozialismus. Meist stellt er gängigen Auffassungen über China seine eigene Sicht gegenüber, ohne sich mit den zugrunde liegenden Argumenten systematisch auseinanderzusetzen.

Gerade deshalb verdienen seine Bücher eine kritische Lektüre.

Vor diesem Hintergrund wirft ihre nahezu ausschließlich positive Rezeption in der UZ Fragen auf. Auffällig ist weniger, dass Behrens als China-Experte herangezogen wird, sondern dass seine teils eigenständigen und von Positionen des Parteivorstands abweichenden Auffassungen kaum diskutiert werden. Der Verweis auf ihn und seine Bücher dient häufig als Beleg für ein positives China-Bild, ohne zentrale Aussagen zur chinesischen Gesellschaft, zur Restauration des Kapitalismus, zur Klassenbasis der KPCh zu reflektieren. Damit wird man weder der Debatte über China noch Behrens als Autor gerecht. Denn gerade weil seine Bücher auf jahrzehntelanger Erfahrung beruhen, lohnt es sich, sie nicht selektiv zustimmend zu zitieren, sondern in Gänze wahrzunehmen und kritisch zu lesen.

*

Materialistische Geschichtsschreibung

„Socialism Betrayed: Behind the Collapse of the Soviet Union“ von Roger Keeran und Thomas Kenny

von Leo Mielke

Warum konnte die Konterrevolution in der Sowjetunion siegen? Gab es einen Konstruktionsfehler im Sozialismus und können wir uns dementsprechend für künftige Konzeptionen einer anderen Gesellschaft überhaupt an der Sowjetunion und den anderen realsozialistischen Staaten orientieren? Viele finden auf solche Fragen idealistische Antworten in vermeintlich mangelnder Demokratie und der Unterdrückung politischer Gegner. Andere bohren tiefer

und gehen die Sache materialistisch und ohne Vorurteile an. Keeran und Kenny beschäftigen sich in ihrem 2010 veröffentlichten Buch mit der geschichtlichen Entwicklung der Sowjetunion, der Politik der KPdSU und ihrem Zusammenhang mit der ökonomischen Basis der Gesellschaft. Zentral ist dabei die These, dass sich von Beginn bis Ende zwei in Konkurrenz zueinanderstehende Tendenzen durch die sowjetische Politik zogen.

¹⁹ Ebd., S. 239.

Bei allen konkreten Unterschieden sehen die Autoren eine politische Kontinuität des rechten Opportunismus, die von Nikolai Bucharin über Nikita Chruschtschow bis hin zum späten Michail Gorbatschow reichte. Auf der anderen Seite steht eine Linie, die unter anderem repräsentiert wird von Lenin, Stalin, Molotow und Juri Andropow. Die zwei Pole bildeten sich laut Keeran und Kenny, „da die Sieger der Russischen Revolution zwei Klassen waren: die Arbeiterklasse und das Kleinbürgertum, vor allem die Bauernschaft.“ (S.17)¹

Im Herangehen an den Aufbau des Sozialismus gab es bei beiden Flügeln erhebliche Unterschiede. Die Linie der Arbeiterklasse bevorzugte den schnellen Aufbau einer Industrie, die Kollektivierung der Landwirtschaft und eine Politik der Stärkung der Kommunistischen Partei, vor allem im Hinblick auf die zentrale ökonomische Planung. Die Politik im Interesse des Kleinbürgertums wiederum „befürwortete den Aufbau des Sozialismus schrittweise, indem Aspekte des Kapitalismus beibehalten oder integriert wurden, beispielsweise die Beibehaltung des Privateigentums, wettbewerbsorientierte Märkte und Gewinnanreize.“ (S.18)

Die Basis für diese marktwirtschaftlichen Ideen stellten zunächst die Klasse der Bauern und diejenigen, die sich im Rahmen der Neuen Ökonomischen Politik (NÖP) privatwirtschaftlich betätigten. Die Bauern verwandelten sich allerdings mit der Zeit in landwirtschaftliche Arbeiter und die NÖP wurde spätestens 1928 eingestellt. Was also war die ökonomische Basis, auf deren Grundlage sozialdemokratische Ideen, die die Beibehaltung des Privateigentums forderten, weiterbestehen konnten? Keeran und Kenny sehen diese in den Teilen der Bevölkerung, „die einer privaten wirtschaftlichen

Tätigkeit zum persönlichen Gewinn nachging, und zwar in einer „zweiten Wirtschaft“, die neben der ersten, sozialistischen Wirtschaft existierte.“ (S.63) Darunter fallen kleine Reparaturen, Dienstleistungen und Tauschgeschäfte, aber auch der illegale Schwarzmarkt und Schwarzarbeit. Vor allem dort, wo die zweite Wirtschaft Ressourcen zu ihren Gunsten umleitete, schädigte sie die sozialistische Wirtschaft.

Keeran und Kenny liefern im Kapitel über die zweite Wirtschaft eine umfangreiche Darstellung des Forschungsstandes über den Umfang der privatwirtschaftlichen Tätigkeiten. Formen von Privatwirtschaft gab es in der Sowjetunion immer. Sie wurden unter Stalin zurückgedrängt, wuchsen ab den 1960ern aber stetig.

Sie erschwerte die Fähigkeit zur Planung, verstärkte die ökonomische Ungleichheit und schürte so die Motivation, sich an der illegalen Wirtschaft zu beteiligen. Und: Wer in der zweiten Ökonomie wirtschaftete, brauchte gute Kontakte zu Staat und Partei, um das eigene, meist halb-legale Geschäft vor polizeilicher Verfolgung zu sichern, aber auch, um an bestimmte Produkte überhaupt heranzukommen.

¹ Eine dritte, ultralinke Position, die darauf hinauslief, das Bündnis von Arbeiterklasse und Bauernschaft aufzukündigen, wurde phasenweise von Leonid Trotzki vertreten. Vergleiche dazu den Beitrag

zu den Irrtümern über die NÖP in dieser Ausgabe von KlassenFragen.

Das war idealer Nährboden für Korruption, die dann wiederum dem Ansehen und der Führungsrolle der KPdSU massiv schadete. Hierin und in der zu starken Öffnung der Partei für nicht-proletarische Teile des Volkes sehen die Autoren Gründe für die schwächer werdende Verbindung der Partei zur Arbeiterklasse.

Keeran und Kenny liefern im Kapitel über die zweite Wirtschaft eine umfangreiche Darstellung des Forschungsstandes über den Umfang der privatwirtschaftlichen Tätigkeiten. Formen von Privatwirtschaft gab es in der Sowjetunion immer. Sie wurden unter Stalin zurückgedrängt, wuchsen ab den 1960ern aber stetig. Die Autoren gehen für das Jahr 1988 davon aus, dass der (legale und illegale) Anteil der jährlichen Einkommen der privaten Haushalte etwa bei 30% lag. Das hatte gesamtgesellschaftliche Folgen, weil die Tätigkeiten, die diese Einkommen erwirtschaften, der staatlichen Planung mehr oder weniger entzogen sind. Dieser Umstand führte in den 80ern zu wirtschaftlichen und politischen Problemen, die die Sowjetunion zwangen, Reformen durchzuführen, die Gorbatschow zum Vorwand nahm, den Sozialismus abzuwickeln. Die zweite Wirtschaft stellte die „wirtschaftliche Grundlage für die Ideen und politischen Maßnahmen, die Gorbatschow schließlich umsetzte und die den sowjetischen Sozialismus zum Scheitern verurteilten.“ (S.76)

Die Lösung der wirtschaftlichen Probleme sah Gorbatschow in einem „dritten Weg“, der im Wesentlichen den Ideen von Bucharin und Chruschtschow entsprach. Kern waren die uneingeschränkte Legalisierung der zweiten Wirtschaft, Privatisierungen und die massive Schwächung der Kommunistischen Partei. Nicht ökonomische Krisen führten zum Untergang, sondern der Opportunismus, der sich vermittelt durch Gorbatschow und seine Anhänger in der kommunistischen Partei breit machte. Die zweite Ökonomie bot, so Keeran

und Kenny, die ökonomische Basis, auf der Opportunismus und Verrat wachsen konnten. Sie hatte aber auch einen erheblichen Anteil an der Wirtschaftskrise Ende der 80er, die eine Situation erzeugte, in der sich die Konterrevolution, getragen von einer großen Unzufriedenheit in der Bevölkerung, durchsetzen konnte. Noch Mitte der 80er war die ökonomische Lage der Sowjetunion problematisch, aber nicht aussichtslos. 1985 und 1986 stiegen Produktion und Konsumption an, die Wirtschaft wuchs je 1-2%. Die katastrophalen Entwicklungen der späten 80er waren jedoch hervorgerufen durch die Marktreformen im Rahmen der Perestroika-Reformen Gorbatschows.

Bei aller Kritik an der Politik Gorbatschows und seiner geistigen Vorgänger machen die Autoren nicht den idealistischen Fehler, diesen als bezahlten Agenten darzustellen, was gewissermaßen die Gegenseite zur sozialdemokratischen Verteufelung Stalins darstellen würde. Die Stärke des Buchs liegt darin, dass es den Blick auf die Klassenlage lenkt, die als Basis des Opportunismus dient. Die Erkenntnis, dass Ideen und Entscheidungen eine materielle Basis haben, ist nicht neu, sondern im Gegenteil grundlegend für unsere Weltanschauung. Sie aber auf die Sowjetunion anzuwenden ist die große Leistung von Keeran und Kenny.

Trotz einiger guter Ansätze im Buch bleibt noch ungeklärt: Wieso konnten sich opportunistische Positionen in der Sowjetunion (und in anderen realsozialistischen Staaten) immer wieder durchsetzen? Was hätte dagegen unternommen werden können? Wie konnte Chruschtschow auf Stalin folgen, wie Gorbatschow an die Macht kommen? Wie konkret und wie bewusst spiegelte sich die materielle Basis im Bewusstsein der Opportunisten wider? Sicherlich liefern die objektiven materiellen Gegebenheiten (Krisen, Druck durch den Imperia-

lismus, die Einstellungen im Volk, der Schwarzmarkt) hierfür einige Anhaltspunkte; sie erklären aber nicht alles.

Künftige Untersuchungen werden sich verstärkt mit Fragen der Aufrechterhaltung der richtigen Weltanschauung in der Partei beschäftigen müssen. Berechtigterweise betonen Keeran und Kenny die Bedeutung des subjektiven Faktors beim Aufbau des Sozialismus. Sie vergleichen den Kapitalismus mit einem primitiven Floß, das ohne große Steuerung seinem

Ziel entgegen schwimmt. Der Sozialismus hingegen sei wie ein modernes Flugzeug – es ist dem Floß um ein Vielfaches überlegen, aber es handelt sich eben auch um ein vielfach komplexeres System. Kleine Fehler können große Auswirkungen haben und die Steuerung ist viel entscheidender, wenn das Flugzeug erfolgreich fliegen und nicht abstürzen soll.

*

Debatte

Zu unserer Erstausgabe haben uns eine Reihe von Zuschriften erreicht. Mehrfach wurde darin betont, dass »KlassenFragen« als Chance angesehen wird, eine Diskussion um strittige Fragen anzustoßen. Auch inhaltliche Anmerkungen zu den Beiträgen in Heft 1 gab es. Auf eine wollen wir hier eingehen, weil es einerseits die ausführlichste Zuschrift war, andererseits aber auch, weil diese Zuschrift des Genossen Jörg Lang aus Stuttgart einige Grundannahmen erkennbar macht, welche ihn zu seinen kritischen Anmerkungen bringen und sich ebenfalls in Entwürfen und Referaten der Parteiführung wiederfinden.

Antwort auf eine Zuschrift von Jörg Lang

von der Redaktion

Sieben Seiten umfasst die Zuschrift¹ von Jörg Lang. Für diese Mühe danken wir ihm ausdrücklich. Sie verdeutlicht auch, wie sehr uns Alle die zur Diskussion stehenden Fragen umtreiben. Jörg leitet seinen Text mit der Bemerkung ein:

„Die März 2026-Ausgabe von KlassenFragen liefert bedenkenswerte Analysen. Den Herausgeberkreis treibt - wie auch mich und hoffentlich uns alle - die Sorge um die vergleichsweise Schwäche unserer Partei um - und dies angesichts eines immer zerstörerischen Imperialismus.“

Er stellt – und auch das ist dankenswert – weitere Gemeinsamkeiten heraus:

„Auch Ihr stellt fest, dass im Verhältnis zu diesen Gefahren der Widerstand dagegen hierzulande noch viel zu schwach ist. Ihm fehlt v.a. eine ‚klare Perspektive‘, und zwar gerade auf der Grundlage des wissenschaftlichen Marxismus-Leninismus und auch den historischen Erfahrungen der kommunistischen Partei. [...]“

Auch ich sehe die erwähnten Probleme und Defizite. Als Defizit sehe ich dabei v.a. auch, dass die DKP zwar viele richtige Analysen zum Imperialismus und insbesondere zum deutschen Imperialismus erarbeitet, aber abgesehen von Appellen eher schwach ist in der Ent-

¹ Die Zuschrift haben wir vollständig auf unsere Webseite gestellt:

<https://preview.klassenfragen.org/docu/zuschrift-jlang>.

wicklung einer konkreten und nachvollziehbaren Strategie zur Überwindung dieses Imperialismus und zur Entwicklung des Sozialismus.“

Dann äußert er umfangreiche Kritik an Positionen aus unserem ersten Heft, auf die wir gerne eingehen wollen um Differenzen und Gemeinsamkeiten zu klären. Bei einigen Punkten fällt das schwer, weil die Kritik von Jörg da wenig konkret ist und unbelegte Vorwürfe enthält. (So z.B. wenn er von „Aversion gegenüber der heutigen Politik der VR China“ schreibt und uns vorwirft, „abstrakt dogmatisch und a-historisch“ zu analysieren.)

Wir verstehen aber das Folgende als die Überlegung, die seine Zuschrift durchzieht und hoffen, diese in Jörgs Sinn richtig wiedergeben zu können:

Die heutige Kriegsgefahr beruht auf einem zerstörerischen Imperialismus. Dem entgegenzuwirken ist die vordringende Aufgabe der Kommunisten. Strategisch sollen sie dazu im Bündnis „mit allen nur denkbaren Kräften“ national und international zuerst diese Gefahr abwenden. Die Frage, wie und mit wem Sozialismus aufgebaut werden kann, stellt sich zwar weiterhin – ist aber erst dann zu beantworten, wenn die Frage der Kriegsverhinderung zuvor beantwortet und gelöst ist.

Wir nehmen an, dass wir den Kern seiner Argumentation, die in der Zuschrift natürlich ausführlicher und mit mehr Details dargestellt ist, damit zutreffend wiedergegeben haben. Weil analoge Überlegungen nicht nur bei Jörg vorhanden sind und weil er uns – da wir die von ihm behauptete Abfolge strategischer Schritte nicht berücksichtigen würden – daraus den Vorwurf macht, „a-historisch und deshalb unmarxistisch! in theoretische Argumentationen und abstrakte Dogmen der ‚reinen‘ Lehre“ zu flüchten, wollen wir uns in unserer Antwort darauf konzentrieren.

Über das menscheitsgefährdende Ausmaß der heutigen Kriegsgefahr besteht – wie Jörg zu Recht betont – Einigkeit. Differenzen bestehen aber bereits in der Bestimmung der Ursache der Kriegsgefahr. (Und weil die genaue Analyse der Wirklichkeit Grundlage unserer Strategie sein muss, ist die Klärung dieser Differenzen

Ein Fehler ist es jedoch, aus dieser Tatsache zu schließen, der Kampf zur Verhinderung des Kriegs sei deswegen auch unabhängig von Klassenfragen zu gewinnen.

eben keine Flucht in die Theorie, sondern unverzichtbar für eine marxistische Arbeitsweise.) Jörg schreibt davon, der Imperialismus mit seiner Kriegsgefahr gehe „vom Westen, d.h. in erster Linie von den USA und den dort basierten aggressivsten Monopolfraktionen“ aus. Das ist ein anderer Ansatz, als den Imperialismus als eine global wirkende Produktionsweise zu verstehen; als ein System von monopolkapitalistisch geprägten ökonomischen, politischen, und weiteren Herrschaftsverhältnissen, welches aus den Widersprüchen der kapitalistischen Gesellschaftsformation hervorgeht. Die erstere Deutung interpretiert den Imperialismus als eine besonders aggressive Politik, als etwas, was von den Akteuren im Westen, von den in den USA beheimateten aggressivsten Monopolfraktionen betrieben wird. Die Kriegsdrohung ist dann ein Attribut, bloßer Bestandteil dieses Imperialismus. Und es erscheint als zweckmäßiger Weg zur Vermeidung des Krieges, die Herrschenden von dieser Beigabe abzubringen.

Wenn wir den Imperialismus aber als Entwicklungsstadium des Kapitalismus verstehen,

welcher von den inneren Widersprüchen dieses Systems hervorgebracht wurde, dann erklären wir die Kriegsgefahr nicht als etwas von den Akteuren (z.B. wegen ihrer Gier, ihrer Unvernunft, ihrem Profitinteresse, also letztlich willkürlich) bewirkt wird, sondern als eine Gefahr, die gesetzmäßig entsteht aus der ungleichen Entwicklung der nationalstaatlich zusammengefassten monopolkapitalistischen Ökonomien. Wir meinen, damit der marxistischen Imperialismusanalyse Lenins zu folgen. So verstanden hilft es dann aber nicht, die Akteure – durch Aufklärung über deren Unvernunft, durch Überzeugung besserer Wege oder auch durch Zwang – von ihrem aggressiven Vorhaben abzubringen: die Produktionsweise des Imperialismus wird stets die passenden Akteure neu hervorbringen. Ohne Kampf gegen die zugrundeliegende Produktionsweise wird sich die Kriegsgefahr nicht beheben lassen und mehr noch: ohne die Perspektive, den Kapitalismus/Imperialismus zu überwinden, ohne Bewusstsein von der Notwendigkeit des Klassenkampfs wird auch der Kampf gegen die Kriegsgefahr immer wieder in die Falle gehen, von der Lenin spricht, wenn er sagt, die Menschen wären *„stets die einfältigen Opfer von Betrug und Selbstbetrug, und sie werden es immer sein“* und *„von den Verteidigern des Alten übertölpelt werden“* – nämlich solange sie nicht begreifen, *„dass sich jede alte Einrichtung, wie sinnlos und faul sie auch erscheinen mag, durch die Kräfte dieser oder jener herrschenden Klassen behauptet.“*²

Es ist eben kein scholastischer Kampf um „reine Theorie“, sondern es ist eine grundsätzliche Entscheidung für unsere Strategie, ob wir meinen – wie Jörg es empfiehlt – die Frage der Kriegsverhinderung könne zuerst *„beantwortet und gelöst“* werden – also zumindest zeitlich losgelöst vom Klassenkampf um den Charakter der Gesellschaftsordnung.

Jörg weist darauf hin, *„dass diese umfassende Gefahr heute – anders als in der bisherigen Geschichte des Klassenkampfs bzw. der Klassenkämpfe! – eben nicht mehr nur v.a. die arbeitenden Menschen, ihre Klasse und ihre Bewegungen lebensgefährlich bedroht, sondern immer unausweichlich alle Menschen, ja auch die Eliten der Monopolkapitale selbst, einschließlich auch ihrer Kinder.“* Es ist Tatsache, dass die drohende Gefahr eines katastrophalen Weltkriegs auch die Mitglieder der herrschenden Klasse nicht ausspart. (Selbst deren private Bunker und perversen Weltraum-Flucht Ideen ändern nichts an der Vernichtung der ganzen Zivilisation und Verlust jeglicher gesellschaftlicher Beziehungen.) Ein Fehler ist es jedoch, aus dieser Tatsache zu schließen, der Kampf zur Verhinderung des Kriegs sei deswegen auch unabhängig von Klassenfragen zu gewinnen. Dies würde an die einlullende Ideologie der „Menschheitsfragen“ aus Gorbatschows Zeiten erinnern. Es bleibt notwendig, die gesellschaftlichen Verhältnisse stets konkret als Klassenverhältnisse zu analysieren. (Und damit auch die Geschichte als Geschichte von Klassenkämpfen zu verstehen.)

Als fehlerhaft – allerdings konsequent, weil auf vorausgehenden Fehleinschätzungen beruhend – erscheint uns, wenn aus der vermeintlichen Vorrangstellung der Friedensfrage geschlossen wird, der Friedenskampf könne als Bündnispartner nicht *„die klassischen nationalen Arbeiterbewegungen“* genügen, sondern es gehe darum, *„auch bestimmte Teile der Monopolkapitale einzubeziehen“*. Hier zeigt sich, wie aus fehlerhaftem Verständnis der alles bestimmenden Klassenfragen eine Handlungsorientierung wird, bei der die Arbeiterbewegung zum Bündnispartner degradiert wird (und ihr dann auch noch bescheinigt wird, dass sie dazu auch nicht „genüge“). Wer ist denn dann das Subjekt dieser

² W.I.Lenin: Drei Quellen und drei Bestandteile des Marxismus, LW19, S.8

Strategie, bei der wir meinen, die Arbeiterbewegung als Bündnispartner gewinnen zu sollen, und Teile des Monopolkapitals noch dazu? Sind das wir Kommunisten? Dann wären wir über die Arbeiterklasse erhoben und würden ihr unsere vernünftigen Ziele (die wir anscheinend auch mit Teilen der Monopole teilen) von außen diktieren. Das führt zum Dogmatismus, bei dem die Arbeiterklasse als die entscheidende selbstbewusste Kraft aus dem Horizont unserer Programmatik verschwindet.

Es ist klar, dass diese Antworten auf die Zusage des Genossen Jörg Lang nur einige der von ihm angesprochenen Themen behandelt. Wir haben uns bewusst darauf beschränkt, was wir als zentral für die weitere Diskussion in der Partei erachten. Wir begrüßen es und sind dankbar, wenn sich Jörg ebenso wie möglichst viele weitere Genossinnen und Genossen daran beteiligen und so dazu beitragen, die DKP klüger und stärker zu machen.

*

Stellungnahme der Herausgeber von »KlassenFragen«

von Jan Meier, Jürgen Lloyd, Lucas Zeise und Maxi Meyer

Wir verstehen es als Anspruch an unsere Zeitschrift »KlassenFragen«, einen Beitrag zu leisten für die kollektive Diskussion von kontroversen Antworten und Positionen im gemeinsamen Kampf unserer Partei. Unser Projekt beruht auf folgenden Einsichten:

1. Es gibt Fragen, die innerhalb der kommunistischen Bewegung kontrovers diskutiert werden.
2. Dies sind Fragen mit Relevanz für das Selbstverständnis der kommunistischen Partei, mit Relevanz für das Verständnis ihrer Aufgabe und Relevanz für unsere gemeinsame politische Praxis.
3. Die kommunistische Partei kann und muss der Ort realer Vermittlung von Theorie und Praxis sein, weil (und insofern) in ihr die vielfältigen Erfahrungen und daraus entwickelten Positionen der Genossinnen und Genossen zu einem kollektiven Handeln aus gemeinsamer Einsicht verarbeitet werden. Ein Prozess, der sich nicht dadurch ersetzen lässt,

dass vermeintliche oder auch tatsächliche Einsichten lediglich passiv als vorgegeben übernommen werden.

Es wäre abwegig, so zu tun, als gäbe es innerhalb der kommunistischen Bewegung keine strittigen Fragen. Solche bestehen auch in der DKP.

Wir halten diese offene Diskussion auf gemeinsamer weltanschaulicher Grundlage für unverzichtbar und alternativlos. Eine Partei, in der dies nicht mehr gelebt wird, gibt einen zentralen Moment ihres Charakters auf, kommunistische Partei zu sein.

In einem Brief an die Parteiführung haben wir daher unseren Eindruck formuliert, „dass in Referaten und Beiträgen der Parteiführung –

- ein Imperialismusverständnis vermittelt wird, bei dem der Imperialismus nicht mehr bestimmt wird als das System von Herrschaft im Inneren und nach Außen, welches aus dem Übergang des Kapitalismus zum Monopolkapitalismus erwächst, sondern stattdessen als Inhalt des Imperialismusbegriffs alleine auf das aggressive Dominanzverhalten der G7-Staaten verwiesen wird;
- ein Sozialismusverständnis vertreten wird, bei dem das Wirken des Marktes und des Profitprinzips als grundsätzlich vereinbar mit dem Sozialismus und als Vorteil gegenüber einer Planwirtschaft erklärt werden. Wir halten jedoch die Überwindung der allein durch den Markt vermittelten kapitalistischen Vergesellschaftung der Arbeit durch die bewusste – und das heißt geplante – Organisation dieser Verhältnisse für das konstitutive Merkmal des Sozialismus. (Was nicht ausschließt, dass zeitweilige, vorübergehende Rückgriffe auf Marktprinzipien vorkommen können. Dies sind dann aber durch besondere Lagen bedingte Maßnahmen, die im Sozialismus als Fremdkörper wirken und eben nicht prinzipiell vereinbar mit diesem Gesellschaftssystem sind. Nicht der Markt, sondern die bewusste sozialistische Vergesellschaftung der Menschen hebt die Schranke auf, die der Kapitalismus der weiteren Entwicklung der Produktivkräfte entgegenstellt.)
- mit der Orientierung auf eine „Regierung des Friedens“ der Arbeiterklasse die Illusion vermittelt wird, eine andere Regierung –

und nicht erst die revolutionäre Aufhebung des imperialistischen Klassenstaats – wären in der Lage, „eine friedliche Perspektive Deutschlands und eine grundlegende Demokratisierung der Gesellschaft“ zu ermöglichen. Wir befürchten, dass sich hier ein Staatsverständnis einschleicht, mit dem die Arbeiter- und Friedensbewegung desorientiert würde und das sich mit der Theorietradition des Marxismus nicht verträgt. Damit verbunden taucht auch eine Verschiebung des primären Austragungsortes und des Fokus unseres Kampfes auf: Hin zu einem anderen Regierungshandeln und weg vom Handeln der Klassen. Wir stellen uns die Frage, welche Gründe es gibt, anzunehmen, dass Klassenkämpfe weniger Bedeutung haben als in der Vergangenheit und warum wir in unseren Dokumenten vorrangig über Regierungshandeln sprechen.“¹

Dass es innerhalb der kommunistischen Partei Diskussionen gibt, dass Kritik (und Selbstkritik!) geäußert wird, stellt keinen Mangel im Leben der Partei dar, sondern ist Ausdruck ihres Charakters als Partei des wissenschaftlichen Sozialismus. Hans Heinz Holz formulierte 1991:

„Ist der Marxismus die Widerspiegelung der tatsächlichen Widersprüche und Tendenzen des aktuellen historischen Prozesses, so bedeutet das auch, dass er in unterschiedlichen Positionen entwickelt wird und sich auf verschiedenen Niveaus von Erfahrungen systematisiert. Dabei können Diskrepanzen zwischen theoretisch fortgeschrittenen Positionen und einem noch zurückgebliebenen Bewusstseinsstand auftreten, die selbst ein Moment des Weitertreibens von Erkenntnis in offener Diskussion sind.“²

¹ Brief an den Parteivorstand vom 8.9.2026.
<https://www.klassenfragen.org/docu/gespraechsangebot-pv>

² These 5.3.1.1 in Hans Heinz Holz: »Thesen über die Zukunft des Marxismus«, wiedergegeben in

Wir halten diese offene Diskussion auf gemeinsamer weltanschaulicher Grundlage für unverzichtbar und alternativlos. Eine Partei, in der dies nicht mehr gelebt wird, gibt einen zentralen Moment ihres Charakters auf, kommunistische Partei zu sein. Die Diskussionen stehen auch nicht dem einheitlichen Handeln der Partei entgegen und der notwendigen Disziplin, die in der Partei beschlossene Praxis gemeinsam umzusetzen. Im Gegenteil sind sie das wichtigste Mittel, das gemeinsame Handeln zu bewirken.

Was Hans Heinz Holz die „Widerspiegelung der tatsächlichen Widersprüche und Tendenzen des aktuellen historischen Prozesses“ nennt, bestimmt den Kern unserer Theorie. Ihr Verhältnis zur Wirklichkeit ist nicht bloß anschauend, sondern notwendigerweise eingreifend. Damit die Genossinnen und Genossen nicht bloß Zuschauer, sondern Teilnehmer der historischen Entwicklung sind, können sie nicht einfach eine vorgegebene Theorie aufgreifen (das wäre Dog-

matismus), sondern müssen an deren Erarbeitung mit ihren eigenen Erfahrungen und Positionen teilhaben. In unserem Brief zitieren wir aus »Kommunisten heute« von H.H.Holz, die Partei könne

„ihr Konzept aber nicht als vorgegeben übernehmen, auch nicht von ihrer Parteiführung dekretieren lassen, sondern muss es aufgrund theoretisch sauberer Analysen in ihren eigenen Reihen erarbeiten und dauernd überprüfen. Sie muss selbst zum Ort werden, an dem aus politischem Handeln theoretische Reflexion hervorgeht, die wieder in politisches Handeln übergeht.“³

Wir sehen es nicht nur als unser Recht, „einzeln oder in Verbindung mit anderen Mitgliedern politische Positionen, Kritik und Vorschläge zu entwickeln“⁴, sondern wir verstehen es als unsere Pflicht – wie auch die Pflicht jeder anderen Genossin und jedes anderen Genossen – uns in die Diskussionen in der Partei einzubringen. In diesem Sinn legen wir hier das Heft #2 unserer »KlassenFragen« vor.

*

Dokumentiert

Briefwechsel zwischen Hans-Peter Brenner und Hans Heinz Holz.

aus »Theorie & Praxis«, Ausgabe 2, September 2005

Die Zeitschrift »Theorie & Praxis« war ab 2005 eine Zeitschrift, in der – wie Hans Heinz Holz im Editorial der ersten Ausgabe schreibt – für die gemeinsame Arbeit an „Fragen, deren Beantwortung für unsere Praxis unerlässlich ist“, ein Ort geschaffen wurde: „Der Arbeitskreis, der diese Initiative nimmt, kann und will nichts anderes sein als einer der Orte, an dem diese Zusammenarbeit erfolgt. Ein Brennpunkt für den Austausch von Informationen, Meinungen, Schlussfolgerungen.“ So fanden in T&P Diskussionen um das 2006 verabschiedete Parteiprogramm statt, und es erschienen dort wichtige Beiträge zur Kritik der

Domenico Losurdo (Hrsg.): Zukunft des Marxismus, Köln, 1995

³ Hans Heinz Holz: Kommunisten heute, Essen, 1995, S.19

⁴ Statut der DKP, Artikel 2

2010 veröffentlichten „Thesen des Sekretariats des PV“, mit denen die DKP in den Abweg des Sozialdemokratismus geführt werden sollte. Neben Holz war insbesondere die Münchener Genossin Renate Munder maßgeblich an der Zeitschrift beteiligt. In T&P schrieben Genossinnen und Genossen, die dann ab dem 20. Parteitag der DKP 2013 in der neuen Parteiführung Verantwortung übernahmen. Patrik Köbele gehörte bis zu seiner Wahl als Parteivorsitzender zum Herausgeberkreis der Zeitschrift. Auch in den Folgejahren war T&P ein Ort, an dem die Kritik an den in der Partei u. a. vom sogenannten „Netzwerk“ vertretenen rechtsopportunistischen Positionen artikuliert wurde oder auch Debatten um die Entwicklung der antifaschistischen Strategie in der DKP geführt wurden.

Im Heft 2 der Zeitschrift »Theorie & Praxis« vom September 2005 wurden Auszüge aus einem Briefwechsel zwischen Hans-Peter Brenner und Hans Heinz Holz dokumentiert. Da hierbei Vorwürfe eine Rolle spielen, die wir nun auch in Bezug auf »KlassenFragen« hören, scheint uns ein Verweis auf den damaligen Briefwechsel hilfreich.

T&P - Wozu?

(...)

Ich kann nicht nachvollziehen, wenn Hans Heinz im Editorial schreibt: „Für Arbeit an einer praxisbezogenen sozialistischen Theorie fehlt es gegenwärtig in unserem Land an den organisatorischen Plattformen. Sie können nicht einfach aus dem Boden gestampft werden. Sie müssen aus dem Austausch und der Auseinandersetzung wachsen.“

Dies unterschlägt in mir nicht nachvollziehbarer Weise, dass es seit 1918 in Form der KPD / DKP-SED-SEW genau diese „organisatorische Plattform“ gab und dass auch nach 1989 in Form der DKP diese „Plattform“ weiterexistiert.

Es ist doch die kommunistische Partei, in welcher die theoretischen und praktischen Erfahrungen kommunistischer Politik und marxistischer Theorie reflektiert, diskutiert und auch weiterentwickelt werden (müssen).

Wo denn sonst soll denn Theoriebildung stattfinden? Wo denn sonst als in der kommunistischen Partei bündeln sich die Erfahrungen der Marxisten-Leninisten aus Wissenschaft, Politik und politischer Praxis in Betrieb, Gewerkschaften und Kommunen?

Wo denn sonst als in der DKP hat es nach 1989/90 den Versuch gegeben, die gemeinsame Niederlage der Kommunisten in der BRD und in der DDR kollektiv auszuwerten? Wo denn sonst als in der „UZ“, in den „Marxistischen Blättern“ und in der „Marx-Engels-Stiftung“ suchten Kommunisten nach Antworten auf die neuen Fragen?

„Du aber argumentierst, als ob es ein Parteileben nur in der vom Apparat organisierten Form geben dürfte. Das ist nicht unser Parteiverständnis.“ (H.H.Holz)

Die Einschätzung von Hans Heinz, dass diese organisatorische Plattform angeblich fehle, ist das nicht in der Konsequenz der Aufruf zur Schaffung eben einer neuen „organisatorischen Plattform“? Wo dann bitte schön wird diese ihren Platz haben? Als „Fraktion“ in der DKP oder als neue Gruppierung außerhalb? Hans Heinz und Dogan wissen doch, welche statutarischen Rechte, aber auch Pflichten (!) wir als Kommunistinnen und Kommunisten haben.

Alle positiven Beiträge zur Imperialismusfrage in „T&P“ Nr. 1 werden automatisch für uns als Mitglieder der DKP entwertet, indem sie aus dem kollektiven, organisatorischen und politischen Zusammenhang und Meinungsstreit herausgenommen und neben die Partei gestellt werden. Das darf doch so nicht sein! Der Meinungsstreit gehört in die Partei und in deren Strukturen und Medien. Die Partei als die Zusammenfassung des in ihr gebündelten Wissens der Kommunistinnen und Kommunisten ist der Ort der Diskussion und der Klärung von Differenzen.

Hans-Peter Brenner

Lieber Hans-Peter,

der 17. Parteitag und der PV haben zum Programm eine breite Diskussion der Parteibasis gefordert. Dafür sehe ich in der Tat keine ausreichende publizistische Ebene. Die UZ – das ist ausdrücklich nicht als Kritik gesagt – hat viele andere Aufgaben und kann nur gelegentlich und sehr selektiv Diskussionen durchziehen. Die MBL tun dies auf hohem theoretischem Niveau und flankieren damit die innerparteiliche Diskussion, aber sie können sie schon wegen des zweimonatigen Abstands nicht in Gang halten. Das gilt noch mehr für die ME-Stiftung. In der Programmkommission wurde oft beklagt, dass in

den Grundorganisationen und Kreisen der Anstoß zur Diskussion der Programminhalte und anderer theoretischer Fragen fehle. Anstöße müssen von vielen Seiten kommen und unterschiedliche Erfahrungen einbringen. Auch von Marxisten, die nicht organisiert sind. T&P ist ein Versuch dazu. Dass es keine Alternative zur Einheit der Partei gibt – auch keine „Strömungspartei“ nach italienischem Muster –, habe ich oft genug gesagt und geschrieben.

Du aber argumentierst, als ob es ein Parteileben nur in der vom Apparat organisierten Form geben dürfte. Das ist nicht unser Parteiverständnis. Nur wenn an der Basis selbst Initiativen entstehen, in den Grundeinheiten Diskussionen stimuliert werden, die zur Bewusstseinsbildung der Genoss/innen beitragen, wird die Partei sich auch nach außen in jedem Genossen und durch jeden Genossen kämpferisch darstellen. Lenin hat uns da viele Beispiele geliefert. Und schon Engels schrieb an Kautsky: „Dass die Leute endlich einmal aufhören, die Parteibeamten – ihre eignen Diener – mit den ewigen Glacéhandschuhen anzufassen und vor ihnen wie vor unfehlbaren Bürokraten gehorsamst, statt kritisch, dazustehen, ist auch nötig.“

Mit herzlichen Grüßen

Hans Heinz

*
